

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Frühjahr 2005
Nr. 147, 34. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Vorherrschaft heißt nicht Allmacht

Die Bush-Regierung droht nicht weniger als sieben Staaten mit Krieg



Ganz gleich, wie knapp und mit welchen fragwürdigen Methoden das Ergebnis der Präsidentenwahl am 2. November 2004 zustande kam: Bush steht als unbestrittener Sieger da. Die rechtsextreme Politik nach innen und nach außen kann nun vollends ausgebaut werden. Die Millionen, die im liberalen Teil der USA wie in New York oder San Francisco in jener Nacht das Resultat schweigend in tiefer Betroffenheit zur Kenntnis nehmen mußten, spürten wohl, daß für die Vereinigten Staaten und die ganze Welt vier besonders gefährliche Jahre angebrochen waren.

Eine Ära von Kriegen

Den Rechtskonservativen kann nicht vorgeworfen werden, daß sie ihre volks- und friedensfeindlichen Pläne verheimlicht hätten. Nun kann die Regierung, im Gleichklang mit Finanzkapital und Großkonzernen, den

Fortsetzung Seite 3

inneren Umbau vorantreiben, wie mit dem Bulldozer die verbliebenen sozialen Absicherungen zermalmen und die Justiz mit ihren Parteigängern besetzen. Mit antidemokratischen Manipulationen und in Fortsetzung der Kulturrevolution von rechts werden die Neokonservativen versuchen, ihre errungenen Positionen für lange Zeit zu zementieren. Der außenpolitische Kurs Washingtons zur Erringung der Weltherrschaft wird, wie angekündigt, fortgesetzt. Der Aggressionskrieg gegen den Irak war kein Ausrutscher; die dortigen Rückschläge erweisen sich für Bush als verkraftbar, solange es im eigenen Land keinen relevanten Widerstand gibt.

Bush hat keinen Zweifel gelassen: Es soll keine souveränen Staaten

mehr geben! Wer sich nicht unterwirft, wird mit Krieg überzogen; mißliebige Regierungen werden durch Subversion gestürzt. Die Finanzmittel und die CIA stehen dafür bereit, Wirtschaftssanktionen können kleine Länder ökonomisch erdrosseln. Die vielen Fälle aufzuzeigen, in denen seit Ende des II. Weltkriegs Umstürze auf diese Weise gelungen sind, dafür reicht kein DIN A 4-Blatt mehr. Wer erinnert sich z. B. noch daran, daß vor 15 Jahren Panama bombardiert wurde, was die dort lebenden Menschen 7.000 Tote gekostet hat? Das war der Preis für die weitere Beherrschung des Panama-Kanals durch die USA, nachdem der „Pachtvertrag“ abgelaufen war.

Bush und seine zur Außenministerin beförderte Kumpalin Condoleezza Rice haben ihre nächsten Opfer bereits benannt, sollten diese nicht zur totalen Kapitulation bereit sein oder, wie Libyens Gaddhafi, überraschend umschwenken. Inzwischen wurde die ursprüngliche

Inhalt

- Vorherrschaft heißt nicht Allmacht	Seite 1
- In eigener Sache	Seite 2
- Neoliberaler Kurs und neofaschistische Gefahr	Seite 13
- Dorfen: NPD – Wegschauen oder widerstehen	Seite 16
- Öffentlicher Dienst: Anstatt einer Tarifrunde	Seite 18
- WSI-Verteilungsbericht 2003	Seite 22
- Diskussion zur WASG	Seite 23
- Venezuela, ein Land im Aufbruch	Seite 26
- Genosse Joseph Bergmann ist tot! Nachruf	Seite 31
- Zur Lage in Spanien	Seite 31
- Leserbrief	Seite 33

Rezensionen

- Der neoliberale Koloss ist verwundbar	Seite 35
- Mehr als ein Parteisoldat der PDS	Seite 37

In eigener Sache

An Stoff ist wahrlich kein Mangel. Wieder können wir eine Menge Ereignisse nicht behandeln. So finden z.B. in Rußland in vielen Teilen des Landes große Demonstrationen gegen die Putin-Regierung statt, da diese einen rigorosen Abbau der Sozialleistungen aus der Sowjetzeit vornehmen will. Auch in Frankreich gingen die Arbeiter auf die Straße, um gegen die Rückgängigmachung der 35-Stunden-Woche zu demonstrieren und gegen den unsozialen Kurs der Pariser Rechtsregierung. Dagegen herrscht in Deutschland, wo die Massenentlassungen trotz hoher Profite der Unternehmen weitergehen und die Lohnabhängigen dem brutalen Diktat des Kapitals unterworfen sind, immer noch „Friedhofsruhe“; und das trotz einer Dauerarbeitslosigkeit, die immer höher steigt. Einzig bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein bekam die SPD, vor allem von Stammwählern, für ihre neoliberale Politik die Quittung. Ihre Verluste waren mit 13% bei den Arbeitern und mit 13% bei den Arbeitslosen verhältnismäßig groß. Nahezu untergegangen ist dabei in den Nachrichten, daß die NPD um 90% zugenommen hat, wenn auch „nur“ auf 1,9% und die PDS stark abgenommen hat, nämlich von 1,4 auf 0,8%.

Die WASG hat sich inzwischen als Partei konstituiert, um auf den sozialen Unmut aufzubauen und darauf, daß die SPD keine traditionelle Sozialdemokratie mehr ist. Auch bei unseren Lesern hat diese Entwicklung Spuren erzeugt und Fragen hinterlassen. Wir setzen deshalb den Meinungs-

tausch mit zwei Beiträgen zu diesem Thema fort. So, wie es jetzt aussieht, wird die ASG in NRW ein Desaster erleben, was leider auf der Linken zu neuen Depressierungen führen wird.

Mit der Kapitulationspolitik der Gewerkschaften befasst sich ein weiterer Artikel in diesem Heft. Auch das Aufzeigen der neofaschistischen Gefahr ist uns ein großes Anliegen. Konkret sind wir in diesem Zusammenhang auf die Umtriebe der Rechtsradikalen und auf die bezeichnenden Reaktionen der sogenannten bürgerlichen Mitte in einem Bericht über die Vorgänge im oberbayerischen Dorfen eingegangen.

Die steigende Arbeitslosigkeit, die Entwürdigung der Lohnabhängigen und die zunehmende Kluft zwischen Reich und Arm werden die neofaschistische Gefahr erhöhen. Ein weiterer Artikel befaßt sich daher mit dem Verteilungsbericht des WSI, des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, der diese soziale Brisanz deutlich werden läßt.

Auch in dieser Ausgabe haben wir einen Artikel über Venezuela. Aus Mallorca bekamen wir eine Einschätzung der Linken in Spanien. In Rezensionen werden Bücher über eine PDS-Biografie und über die Entwicklung in Venezuela vorgestellt.

Die Bewegungen in Südamerika zeigen auch: „Der neoliberale Koloß ist verwundbar.“ (Eine Besprechung des Venezuela-Buches vom Kollektiv p.i.s.o. 16 / siehe letzte Seite!) Das trifft sich mit dem Resümee des Leitartikels: „Vorherrschaft ist nicht Allmacht!“

Leider haben wir bekanntzugeben, daß die ehemalige KPO-Kämpferin **Elisabeth Hausen** im Alter von 99 Jahren am 3. Februar in Swarthmore, Pennsylvania, USA, verstorben ist.

Wir gratulieren dem Genossen **Manfred Behrend**, dem unermüdlichen Kämpfer für den Sozialismus und Autor der „Arbeiterstimme“ und anderer linker Publikationen, zu seinem 75. Geburtstag am 9.4. recht herzlich. Wir wünschen ihm weiterhin viel Kraft für die gemeinsame Sache! Zu seinen Ehren erschien der Band „Zeiten der Hoffnung - Zeiten des Zorns“, Untertitel: „In der Sicht eines DDR-Chronisten“ (Verlag am Park). Das Buch kann zum Preis von 14,60 € über unsere Adresse bezogen werden. In ihm sind 78 Texte enthalten, die von 1948 bis 2004 entstanden. Eine Rezension erfolgt in der nächsten Nummer.

ACHTUNG !!! Das **Abo für 2005** wird fällig! Wir haben für diesen Zweck einen Überweisungsschein beigelegt. Wir können unsere Aufgabe nur erfüllen, wenn wir durch unsere Leser die finanzielle Unterstützung dafür erhalten. Allen, die schon bezahlt oder gespendet haben, sagen wir hier schon herzlichen Dank!

Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Artikel müssen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion entsprechen.

Voraussichtlich am **4./5. Juni** findet wieder unser Treffen mit den Gruppen International Dorfen und Landshut sowie mit anderen Genossen und Genossen in **Landshut** statt!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
**Thomas Gradl, Bucherstraße 20,
90408 Nürnberg**

Druck: **Eigendruck im Selbstverlag.**

Verleger, Zuschriften: **Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg**

e-Mail:

redaktion@arbeiterstimme.org

Internet: **www.arbeiterstimme.org**

Bankverbindung

**Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit an-

deren Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Liste der „Achse des Bösen“ noch erweitert. Als angebliche „Schurkenstaaten“

wurden benannt: Kuba, Burma, Weißrußland, Zimbabwe, Nordkorea und, ganz aktuell im Visier, Syrien und der Iran. Folgen später China und Rußland? Condoleezza Rice hat schon gemahnt, Rußland horte zu viel Macht!

Ein Militärschlag gegen den Iran?

Das Drehbuch der „Junta“ Cheney, Rumsfeld, Bush, Wolfowitz & Co. gegen den Iran ähnelt ganz jenem der Anti-Irak-Kampagne, mit der diese den Angriffskrieg begründeten, unter Bruch des Völkerrechts und ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrats. Die Lügen über die behaupteten Massenvernichtungsmittel Bagdads sind kaum entlarvt, da werden Ängste vor „atomarem Terror“, gemünzt auf Iran und Nordkorea, wieder bedient. Wahrscheinlich weiß niemand genau, wie weit dort Anfänge einer nuklearen Entwicklung bereits gediehen sind. Freilich kann es auch niemanden, ganz gleich aus welchem politischen Lager (mit Ausnahme der Islamisten) kalt lassen, ob die Mullahs in Teheran jemals zu Atomwaffen gelangen. Doch ist von vornherein das Verhältnis Liliput Iran zu Goliath USA bestimmend. Jeder Gebrauch solcher Waffen würde den unmittelbaren Gegenschlag nach sich ziehen, der einer zivilisatorischen Auslöschung des Iran gleichkäme. Die Ungleichbehandlung in dieser Region ist offensichtlich: Sowohl der instabile Nachbar Pakistan verfügt über Atomwaffen wie auch Israel, der Feind Nr. 1, wie er von Persien aus gesehen wird (ganz zu schweigen von den vor Waffen starrenden etablierten Atommächten).

Nukleargigant sind mehr denn je die USA, die gegenwärtig an Mininukes basteln. Die bisherigen Bestimmungen wurden geändert, nach denen Atomwaffen nur im Verteidigungsfall eingesetzt werden durften. Bush kann sie nun auch bei einem „präventiven“ Militärschlag verwenden. Die Heuchelei der NATO-Mächte, aber auch von Kanzler Schröder,

ist nicht mehr zu überbieten, wenn sie sich über die Atomentwicklungspläne des Iran oder Nordkoreas aufregen, während das atomare Wettrüsten in der Welt weitergeht. Aber, was sich die Mächtigen erlauben dürfen, ist kleinen Ländern, die sich dem Kommando der USA entziehen, bei Strafe ihres Untergangs verboten: da gibt es keine Gleichbehandlung. Wer das nukleare Monopol hat, zusammen mit den nötigen Interkontinentalraketen, U-Booten und Langstreckenbomben, der hat auch die politische Überlegenheit.

Man soll wohl vergessen, daß es die USA waren, die bereits 1945 Atombomben in jenen fürchterlichen Angriffen auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen, und dies zu einem Zeitpunkt, als das militärpolitisch gar nicht mehr nötig war.



Die USA haben als einzige Atommacht Nuklearwaffen im Ausland stationiert: In Großbritannien, Italien, Belgien, den Niederlanden und in der Türkei. Auch in Deutschland, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel an der Mosel und in Ramstein lagern 150 Atomwaffen mit der Sprengkraft von mehreren hundert Hiroshima-Bomben.

Wie fadenscheinig die Argumente der NATO-Mächte gegenüber dem Iran und Nordkorea sind, fällt sofort ins Auge, wenn man das atomare Kräfteverhältnis heranzieht. Demnach verfügen z.B. die USA über etwa 10.000 Kernsprengköpfe, Frankreich über 350, Israel über 200 und Pakistan über 50. Demgegenüber werden Nordkorea ganze 2 nachgesagt. Sollte der Iran in der Atomforschung wirklich vorankommen, könnte es sich auch nur um eine Größenordnung sehr minderen Ranges handeln.

Ginge es nicht um reine Machtpolitik, müßte die Losung heißen: atomare Abrüstung aller Länder. Ginge es um eine atomwaffenfreie Zone in der Region, beträfe dies Israel, Pakistan, Indien, aber genauso auch die US-Abschußrampen in der Türkei.

Doch die USA können seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion mehr denn je nach dem Motto verfahren: Wer die Macht hat, den kümmert kein Völkerrecht. Die Regierungen in Pjöngjang und Teheran mußten erkennen, daß sich eine Aggression nur abwenden läßt, wenn das eigene Land in der Lage ist, mit Atomwaffen – zumindest regional – zurückzuschlagen zu können.

Allen Beteuerungen Teherans zum Trotz, einer der Präsidentschaftskandidaten im Iran, der Konservative Djawad Larijani, hat ausgesprochen, um was es für sein Land geht: „In sicherheitspolitischer Hinsicht macht es überhaupt keinen Sinn, dass der Feind über Atomwaffen verfügt, wir aber darauf verzichten. (...) Es ist unser gutes Recht, Atomwaffen zu besitzen, weil alle Staaten um uns herum Atomwaffen besitzen. Israel verfügt über Atomwaffen, daher ist niemand legitimiert, uns das zu untersagen.“

Rußland und den Iran verbindet eine Militärkooperation. Rußland hat auch den Reaktor Buschehr wieder aufgebaut. Andererseits muß auch das Pentagon zugeben, daß das Land noch eine nukleare Entwicklungszeit von drei bis fünf Jahren benötigen würde. Der IAEA-Chef Baradei – der inzwischen von der CIA abgehört wird – gesteht ein: „Wir haben noch keinen rauchenden Colt gefunden, keinen letzten Beweis für die Kernwaffenambitionen.“

Doch, wie am Beispiel Irak abzulesen, kann so etwas die Pläne der US-Kriegstreiber nicht erschüttern. So haben sie, entgegen ihrer offiziellen Propaganda, im geheimen ihre Aggressionsvorbereitungen längst in Gang gesetzt, trotz der Warnungen von Kofi Annan, ein Krieg gegen den Iran sei illegal.

Es war wieder der Journalist Seymour Hersh, der einst den Massenmord der US-Soldateska im vietnamesischen My Lai aufgedeckt hatte, der nun in der Zeitschrift „The New Yorker“ die entsprechenden Recherchen veröffentlichte. Schon seit vorigem Sommer gebe es geheime Spionagemissionen, um die Ziele für „Präzisionsangriffe“ ausfindig zu machen. US-Einsatzgruppen seien aus dem benachbarten Afghanistan eingesickert, um unterirdische Anla-



gen ausfindig zu machen. In diesem Zusammenhang hat das Pentagon

Kabuls Präsidenten Karsai veranlaßt, den im Westen Afghanistans herrschenden Mudschaheddin-Führer Ismail Khan, der enge Beziehungen zum Iran hat, zu entmachten. Hersh berichtet auch, es gebe eine Zusammenarbeit mit Israel, dessen Geheimdienst Ziellisten mit Chemiefabriken, Raketenproduktionsstätten und Atomanlagen zusammenstelle. Wie weit subversive Operationen bereits im Gange sind, ist unklar. Wie die indische Presse berichtet, wird der Iran seit längerem von US-Spezialflugzeugen überflogen, die eine perfekte digitale Radarkarte anlegen wollen. Es gehe darum, im Kriegsfall das iranische Flugabwehrsystem extern abschalten zu können, punktgenau durch satellitengesteuerte Laserstrahlen. (Übrigens: Wie hierzulande weniger bekannt ist, gibt es ein Militärabkommen zwischen Indien und den USA, das den US-Militärs Zugang zu Gebirgstützpunkten an der indisch-chinesischen Grenze in Sikkim einräumt, wie der „Freitag“ berichtete.)

Unmittelbar nachdem Bush seine zweite Präsidentschaft antrat, erhielt Rumsfeld neue Vollmachten über die Geheimdienste, dagegen wurde deren Kontrolle durch den Kongreß zurückgedrängt. Mehrere Länder sollen nun eng mit der CIA kooperieren: der Sudan, der Jemen, Syrien, Malaysia und nun auch Tunesien. Die politische und militärische Einkreisung des Iran ist weit gediehen; sie ergibt sich aus der Stationierung der US-Streitkräfte in der erweiterten Region: An US-Truppen stehen in Afghanistan 8.500, in Usbekistan 1.000, im Irak 146.000, in Kuwait 38.000, in Bahrain 4.500, in Katar 3.300, in Saudi-Arabien 400, in der Türkei 2.000, in Pakistan 1.300. Genug Stützpunkte für die US-Bomberverbände sind also vorhanden. Bezeichnend ist auch das neue Verhältnis zweier ehemaliger Todfeinde: Beim Einmarsch in den Irak kam es zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen den US-Aggressoren und den im irakischen Exil befindlichen iranischen Volksmudschaheddin. Deren 4.000 Kämpfer könnten eines

Tages als willkommenes „Kanonenfutter“ für die US-Generäle zum Einsatz kommen.

Wahrscheinlich ist mit einem Militärschlag erst dann zu rechnen, wenn für die US-Besitzer im Irak sich die Lage dort zu ihren Gunsten stabilisieren wird. Insofern bewirkt der dortige Widerstand – ganz gleich, wie man die verschiedenen Richtungen beurteilen muß – ein Durchkreuzen weiterer sofortiger Aggressionshandlungen der Bush-Administration.

Andererseits nutzt Nordkorea derzeit die Situation aus, um vollendete Tatsachen zu schaffen, mit denen Pjöngjang glaubt, dem US-Würgergreif zu entkommen. Es kann aber auch sein, daß das „Atombomben-Bekenntnis“ nur die Position im künftigen Verhandlungspoker verbessern soll. China wird sich schon aus eigenem Interesse gegen scharfe Wirtschaftssanktionen wenden, da es bei einem Zusammenbruch Nordkoreas große Flüchtlingsströme befürchtet.

Komplizen und Konkurrenten

Das Desaster der USA im Irak hat die Yankee-Überheblichkeit doch etwas erschüttert. Es scheint so, daß auch die Bush-Regierung in der Lage ist, aus Erfahrungen zu lernen, leider nur, um ihre Weltmachtspolitik erfolgreicher fortsetzen zu können. Dazu kommt, daß das nächste Ziel Iran eine härtere Nuß ist, die man nicht so leicht knacken kann. Der Aderlaß der US-Truppen durch den Widerstand im Irak und die ins uferlose gehende Kostenlawine schrecken ab und könnten eines Tages selbst im Mittleren Westen nicht mehr auf uneingeschränkte Zustimmung stoßen. Deshalb haben die Rechtskonservativen im Weißen Haus ihren harten Kurs gegenüber den Alliierten, der UNO und anderen Beteiligten modifiziert. Condoleezza Rice und Bush versuchen nun, für ihre weiteren Kriegspläne möglichst viele, vor allem die NATO-Mächte, auf ihre Seite zu ziehen. Dabei wird es weniger um offene Kriegsbeteiligung gehen, als um politische Unterstützung, höhere Tributeleistungen und stärkeres Engagement an anderen Brennpunkten zugunsten der US-Politik. Jetzt ist eine neue Gesichtsmaske gefragt. Mit Charme und sanftem Druck versu-

chen Bush und Rice die „alten Europäer“ in die Front gegen die „Schurkenstaaten“ einzubinden.

Es gibt da ja auch keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten, es geht höchstens um die Methode, wobei man bei außenpolitischen Interventionen im „alten Europa“ größere innenpolitische Rücksichten nehmen muß. Doch die Interessen der USA sind im Kern auch die Interessen der imperialistischen Mächte Europas. Die sieben mit Krieg bedrohten und als „Schurkenstaaten“ denunzierten Länder haben ja gemeinsam, daß sie sich nicht oder nicht völlig dem kapitalistischen Weltmarkt geöffnet haben oder sich der barrierefreien Globalisierung entziehen. Das ist auch für London, Paris und Berlin ein Ärgernis, das Waren- und Kapitalexport behindert. Schutzzölle, Verstaatlichungen und Verhinderung der Übernahme von Firmen durch ausländisches Kapital sind für alle imperialistischen Länder Teufelswerk. In der Kolonialzeit sind einst Kanonenboote vorgeschickt worden,

Eine Analyse von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahr 1848 (!):

„Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. (...) Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr; eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

(MEW Bd. 4, S. 466)



um die Marktöffnung zu erzwingen; wie man nun erleben kann, eben

nicht nur damals. Wie schrieb schon vor längerer Zeit das liberale Paradeblatt „Die Zeit“: „Das amerikanisch-europäische Zerwürfnis im Irakkonflikt hat eines überdeckt: Bei dem neuen globalen Interventionismus geht es um ein gemeinsames westliches Projekt. Auch der Streit um die Legitimierung militärischer Gewalt durch die Vereinten Nationen und das Völkerrecht stellt diese Gemeinsamkeit nicht in Frage. (...) Längst dienen militärische Interventionen der Selbstbehauptung westlicher Demokratien - als Instrument ihrer Weltinnenpolitik. Diese läuft auf einen 'demokratischen Neokolonialismus' hinaus.“ (Richard Herzinger. „Wo Demokraten schießen“./ 12.6.03)

„Bei allen Unterschieden verfolgen wir die gleichen Ziele“, hat die US-Außenministerin in Brüssel den Europäern ins Stammbuch geschrieben. Die Entwicklung nach dem Irakkrieg hat es ja an den Tag gebracht, wie aus den Ablehnern Stück um Stück Unterstützer der Aggressoren wurden, auch wenn sie sich nicht direkt mit Truppen beteiligten. Deutschland hat dafür seinen Einsatz in Afghanistan verstärkt, es bildet heute irakische Soldaten der Kollaborationsstreitkräfte aus und streicht großzügig Schulden des besetzten Landes.

Auch Schröder und Chirac wünschen nun eine Stabilisierung im Irak, was nur heißen kann: eine Festigung der dortigen US-Herrschaft und ihrer Satrapen. Mehr denn je geht es den Industriestaaten auch um die ungestörte Versorgung mit dem immer knapper werdenden Rohstoff Öl.

Die bisherige Politik der Bush und Rumsfeld war nicht so erfolgreich wie erhofft. 1.700 tote GI's und über 100.000 tote Iraker sind ein ein-

druckvoller Blutzoll. Zwar wurden die Hauptkriegsziele erreicht: Der Diktator Saddam Hussein wurde gestürzt, das Baath-Regime beseitigt, die Ölquellen besetzt, in Teilen des Nahen Ostens die US-Vorherrschaft gestärkt und ein erbitterter Feind Israels wurde ausgeschaltet. Nach Serbien und Afghanistan wurde wieder ein Staat beseitigt, der sich den USA nicht unterworfen hatte.

Doch die Zukunft des Irak ist völlig offen. Das Land kann in drei Teile zerfallen, auch eine Herrschaft der schiitischen Kleriker ist möglich. Vorerst ist weder das Chaos überwunden, noch gibt es eine staatliche Ordnung, nicht genügend Wasser, Benzin und Strom und keine Arbeitsplätze; daran änderten auch die „Wahlen“ nichts.

Die „Koalition der Willigen“ zerbröseln immer mehr, ein Verbün-



deter nach dem anderen zieht seine Truppen wieder zurück. Dem britischen Partner Blair wird in der Heimat gehörig eingeheizt und die Abzugsforderungen werden immer lauter, was vor den Wahlen besonderes Gewicht hat. Unter diesen Umständen ist an eine erneute offene Kriegsbeteiligung, diesmal gegen den Iran, nicht zu denken.

Neben der systembedingten Interessenidentität gibt es auch Sonderinteressen. Die Europäer, allen voran Großbritannien, Frankreich und Deutschland, möchten ein kriegerisches Vorgehen gegen den Iran verhindern, fürchten sie doch die Auswirkung eines US-amerikanischen

oder israelischen Militärschlages auf den Nahen und Mittleren Osten. Auch möchten sie ihre wirtschaftlichen Interessen im Iran nicht gefährden. Als aufstrebender Handelspartner, Öl- und Gaslieferant hat Persien durchaus seinen Stellenwert, besonders für die Zukunft. Das Land besitzt mit ca. 130 Mrd. Barrel die viertgrößten Ölvorräte und daneben die zweitgrößten Gasvorräte der Welt. Die EU ist deshalb auf Verhandlungskurs gegangen und verlangt von Teheran den Verzicht auf die Entwicklung von Nuklearwaffen. Da das Land dann jederzeit durch die USA und durch die benachbarten Atomstaaten erpreßbar wäre, ist es unwahrscheinlich, daß die Ajatollahs darauf eingehen. Darauf setzt auch die Bush-Regierung, deren wahres Ziel der Sturz des Mullah-Regimes ist. Washington muß gegenwärtig wegen

der Irak-Verstrickung noch auf Zeit setzen und läßt die EU deshalb gewähren, um am Schluß den „Beweis“ in Händen zu halten, Teheran verstünde eben nur die Sprache der Gewalt. Die angeblichen Friedensstifter wären dann widerlegt und kämen in Zugzwang, die US-Kriegspolitik zu unterstützen. Cheney hat nun dem Mullah-Regime vorgeworfen, „den Terrorismus“ und Al-Qaida zu unterstützen. Der Iran streitet

dies ab und verweist darauf, Al-Qaida-Leute unter Hausarrest gestellt zu haben. Da kommt „le monde diplomatique“ dem Hauptmotiv schon näher, wenn er schreibt, der Iran sei „die letzte Bastion gegen eine dauerhafte Vormachtstellung der USA im Nahen Osten“. Da die israelische Regierung mit Vehemenz die Bombardierung der iranischen Atomanlagen fordert, wird der Luftangriff immer wahrscheinlicher. Israel hätte dann das Atommonopol im Nahen Osten gesichert. Bush hätte in diesem Punkt von den oppositionellen Demokraten nichts zu befürchten. Wie sagte es der Präsidentschaftskandidat Kerry: „Wir müssen hart werden gegen den Iran.“



Die europäischen Mächte haben aber auch angesichts des nach wie vor ungelösten israelisch-palästinensischen Konfliktes große Bedenken, ein Angriff auf den Iran könnte den Nahen Osten noch mehr in Instabilität versetzen. Auch sehen sie die militärischen Aussichten der US-Streitkräfte weniger rosig als die Strategen des Pentagon. Der Iran ist dem Kräfteverhältnis nach von größerem Kaliber als der Irak: Die Fläche ist viermal so groß, die Einwohnerzahl mit fast 70 Millionen nahezu dreimal. Der Iran mit seinen Gebirgen ist ein strategisch schwierigeres Gelände, seine militärische Stärke ist größer, als es Saddams schon einmal geschlagene Armee darstellte. Das sind ungünstige Bedingungen für eine Eroberung und dauerhafte Besetzung des Landes. Eine Aggression würde zudem die Mehrheit des Volkes wieder um die Mullahs scharen. Träume von einem Aufstand sind Illusionen Washingtons. Wie die Schiiten im Irak auf so einen Angriff reagieren würden oder die Hisbollah im Libanon, kann man nur vermuten. Da die Atomanlagen breit im Lande gestreut sind, kann man nicht von ihrer totalen Vernichtung ausgehen. Außerdem ist ein Gegenschlag nicht auszuschließen, da die iranischen Raketen eine Reichweite von 1.300 km haben, also Tel Aviv und die Türkei treffen könnten. Es hat also seinen Grund, warum Rumsfeld meint, ein Militärschlag gegen den Iran stehe **gegenwärtig** nicht auf der Tagesordnung. Die Kriegstreiber in den USA brauchen dafür noch eine Vorbereitungszeit und sie müssen erst die Kriegsbeute Irak verdauen, ein Brocken, der ihnen im Halse stecken geblieben ist.

Die Propagandamaschine in den USA und bei ihren Nachäffern in der „westlichen“ Welt läuft unverdrossen weiter. Sie richtet sich neben dem Iran auch gegen die anderen angeblichen „Länder des Bösen“. Bush will nicht nur sie, sondern den ganzen Nahen Osten „demokratisieren“, ihnen die „Freiheit“ bringen. Hinter diesem ideologischen Rauchschleier verbirgt die Bush-Regierung ihr Weltmachtstreben und ihren Anspruch auf Absatzmärkte und Rohstoffquellen. Nur seltsam, daß sie mit

der „Demokratisierung“ nicht bei den mit ihnen verbündeten Diktaturen beginnt, von Ägypten über Jordanien und Saudi-Arabien bis Pakistan, von ihren übriggebliebenen lateinamerikanischen Figuren ganz abgesehen. In der bisherigen Geschichte war den USA kein Regime zu grausam und kein Diktator zu korrupt, wenn der Schweinehund **ihr** Schweinehund war, wie sie selbst es formulierten.

„Die Gewalt ist der Motor Amerikas“ (Arthur Miller)

Den Begriff „Freiheit“ hat Bush in seiner Antrittsrede 27 mal verwendet. „Demokratie“, „Freiheit“ und „Menschenrechte“ und die angeblich „religiöse Mission“ sind der Deckmantel für ganz andere, höchst profane Absichten. (Die Lichtgestalt aus Texas sprach ganz offen von ihrer „Berufung von jenseits der Sterne“ – nicht von der „Vorsehung“; das war Hitler vorbehalten.) Doch: „an ihren Taten sollt ihr sie erkennen“.

In der Zeit der kolonialen Unterdrückung ging der Satz um: „Sie brachten die Bibel und nahmen uns das Land, sie predigten das Christentum und meinten Kattun.“ Der heraufbeschworene nationale Notstand in den USA wird von den „neokonservativen“ Scharfmachern mit dem Terrorismus in der Welt begründet. Doch, woher kommt der Terrorismus? Vor allem doch wohl aus jenen Kreisen von religiösen und nationalistischen Fanatikern, die einst von der CIA hochgepäppelt wurden im Kampf gegen die Sowjetunion. Ihren Zulauf bekommen sie von jenen, die ohnmächtig und verbittert von der Gewalt und dem Staatsterrorismus der USA und von deren Satrapen heimgesucht wurden und werden.

Der Erzkapitalist und Börsenjongleur George Soros hatte lange vor der Präsidentenwahl die Alarmglocken schrillen lassen, da er vermutlich fürchtet, das kapitalistische System als solches könnte durch Bushs Aggressivität diskreditiert und dadurch instabil werden. Die illustrierte „Stern“ fragte den internationalen Finanztycoon: „Es heißt immer, diese schrecklichen Terrorakte haben die Welt verändert?“, worauf er entgegnete: „Nein, die Welt wird dadurch verändert, wie die Bush-Regierung auf diesen Terror reagiert,

wie sie ihn ausbeutet und für sich nutzt – bürgerliche Freiheiten beschneidet, die unumschränkte Herrschaft auf dem Globus anstrebt. (...) Sie haben in Deutschland auch Extremisten, Republikaner, Nazis, aber nicht in der Regierung. Das ist der Unterschied.“ (...) „Wir leben in ungewöhnlichen Zeiten.“ „Die kommende Wahl ist einzigartig. (...) Diese Wahlen sind eine Frage von Leben und Tod. (...) Die Bush-Regierung möchte ihren Willen der ganzen Welt aufzwingen. Diese Regierung ist in die Hände von politischen Extremisten gefallen, die einer primitiven Form des Sozialdarwinismus anhängen: Das Leben ist für sie ein ständiger Kampf ums Dasein, und das Überleben wird durch Gewalt, letztendlich Krieg, gesichert. Amerika ist eine Gefahr für die Welt.“

Ein Zerrbild von „Demokratie“ in den USA

Für die „Demokratie“ und die „Freiheit“, die Bush vorgibt, anderen Völkern zu bringen – und sei es mit Feuer und Schwert – wäre es an der Zeit, sie erst einmal im eigenen Land zu verwirklichen. Doch gerade die Bush-Ära steht für das Gegenteil; die bürgerlich-demokratischen Rechte werden immer weiter abgebaut. Aber auch unter anderen Präsidenten lagen der Wahlmechanismus und die Wahlbedingungen im Argen. Schon der Wahlvorgang ist alles andere als korrekt: Die Wahlberechtigten, die wählen wollen, müssen sich zuvor erst einmal registrieren lassen. Da gibt es bereits Hemmnisse und Beeinflussungen. In vielen Bundesstaaten ist es nicht gewährleistet, daß die Auszählung exakt die Stimmentscheidungen wiedergibt. Das Ergebnis der Wahlmaschinen läßt sich vielerorts nicht mehr nachprüfen; das ermöglicht Manipulationen. Es gibt keine Bestimmung über die Anzahl von Wahllokalen im Verhältnis zur Anzahl der registrierten Wähler. So wurden Gegenden mit größerem republikanischem Publikum mit Abstimmungslokalen bevorzugt, während in Vierteln mit demokratisch wählenden Mehrheiten manche Wähler bis zu vier Stunden warten mußten oder gleich umkehrten. Oder, wie die NN aus Atlanta berichteten: „Es ist auch nicht unüblich, vor allem



afro-amerikanische Wähler von einem Wahllokal zum anderen zu

schicken, bis diese schließen! So werden sie an der Abgabe ihrer Stimme gehindert.“ In den USA gibt es über zwei Millionen Gefangene. Sie und viele, die einmal mit dem Gesetz in Konflikt gerieten, dürfen ohnehin nicht wählen.

In den USA hat kein Präsidentschaftskandidat Aussicht auf Erfolg, der nicht das große Geld hinter sich hat. Die Aufwendungen für die schmutzigen Wahlkämpfe sind so riesig, daß alle, die mit Kleinspenden-Millionen antreten, nur Zählkandidaten sein können. Die Großunternehmen und Finanzkonzerne sollen über eine Milliarde \$ in den Wahlkampf der Republikaner investiert haben. Vor allem die Öl- und Gaskonzerne und die Rüstungsindustrie sind dabei zu nennen. Die Energiefirmen haben in den letzten sechs Jahren an die Politiker beider Parteien mehr als 440 Mio. \$ gespendet, wovon drei Viertel an das Bush-Lager gingen.

Der Grund für die geringe Wahlbeteiligung in den Vereinigten Staaten liegt vor allem darin, daß die beiden großen Parteien wenig politische Unterschiede aufzuweisen haben und große Schichten der Bevölkerung sich von der Politik keine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erwarten. Viele republikanische und demokratische Politiker sind austauschbar; alle sind sie dem Großkapital verpflichtet. So hat Senator Kerry im Wahlkampf immer wieder versichert, er werde keinen Augenblick zögern, Krieg zu führen, wenn es darum gehe, „die Interessen Amerikas zu verteidigen“. Der ehemalige Präsident Clinton erklärte gar: „Bush ist ein guter Mensch.“ Mehr kann man zur Verwirrung nicht beitragen. Da kommen einem „Ton, Steine; Scherben“ in den Sinn: „Ich bin nicht frei und ich kann nur wählen, welche Mörder mir befehlen, welche Diebe mich bestehlen.“ In diesem politischen Zirkus hätte auch eine linksbürgerliche Partei keine Chance, da fast alle Fernsehkanäle und die Zeitungen, die von breiten Bevölkerungsschichten gelesen werden, im Sinne der herrschenden Politik ausgerichtet sind. So kommt es, daß in einem Land, das sich als Hort von „Freiheit“ und „Demokra-

tie“ aufspielt, der Präsident – wie jetzt geschehen – nur von ca. 30% der wahlfähigen Bürger gewählt wird. Die meisten Medien in Deutschland schrieben von „Wiederwahl“ Bushs, auch linke Zeitungen, wie der „Rotfuchs“. Doch Bushs erste Regierungsperiode kam nur durch Betrug, Manipulationen und durch eine parteiische Justizentscheidung zustande. Übrigens haben die ansonsten eifrigen Wahlkritiker in den EU-Hauptstädten sofort eifertig gratuliert, statt eine internationale Untersuchungskommission zu fordern. Sie hätten auch diesmal genug Anlaß dazu gehabt. (Man stelle sich nur einmal vor, die selben Vorgänge hätten sich in Weißrußland abgespielt!)

**in finsterner Zeit
blutiger Verwirrung
verordnete Unordnung
planmäßiger Willkür
entmenschter Menschheit**

B. Brecht

Am Schluß wurde die Präsidentschaftswahl in Ohio entschieden. 100.000 Stimmen für Bush dort weniger und Kerry wäre der neue Präsident geworden. Die Entscheidung wurde jedoch ohne das endgültige Wahlergebnis von Ohio verkündet. Dieses lag auch vier Wochen später noch nicht vor. Es ging um 93.000 strittige Wählerstimmen und um 155.000 „provisorische“ Stimmabgaben, die nicht bewertet wurden. Dazu kommt, die verwendeten elektronischen Wahlmaschinen mit nicht nachprüfbar Ergebnissen stammen von der Firma Diebold, deren Chef von vornherein versprochen hatte, Ohio „an Bush zu liefern“. Es gab noch eine Menge anderer Ungeheimheiten. So wurden in einer Hochburg der Demokraten ungewöhnlich viele Stimmen für ungültig erklärt. Im Wahlkreis Franklin County wurden 3.893 Stimmen für Bush eingetragen, obwohl dort insgesamt nur 638 Stimmen abgegeben wurden. Sowohl in Ohio wie auch in Florida und in Pennsylvania gab es ein solch krasse Mißverhältnis zwischen vorheriger Wählerbefragung und dem späteren Ergebnis, daß der Verdacht der Manipulation sich aufdrängt. Jesse Jackson, der vieles aufdeckte, forderte für die Vereinigten Staaten „einen Verfassungszusatz, der allen Bürgern das Wahlrecht garantiert“. Das also ist der Staat, der andere Staaten Demokratie „lehren“ will. Aber es

kommt noch viel schlimmer für die „Menschenrechtler“.

US-Staatsterrorismus: Folter, Mißhandlungen, Morde

Gewalt und Kriege sind die Geißel der Menschheit, die andere Verrohungen nach sich ziehen, im Inneren wie nach außen. Nach dem 11. September wurden nicht nur die Bürgerrechte in den USA beschränkt, ohne Rechtsgrundlage wurden auch über 1.000 Personen inhaftiert und verschleppt, nur weil sie aus dem Nahen Osten stammten. Ein Klima geistiger Intoleranz wurde geschürt, die Grundlage für Repressionen. Im Gefolge des Afghanistan- und des Irakkrieges wurden völkerrechtswidrig Gefangene in KZ-ähnliche Verließe gesperrt und mißhandelt. Unter Mißachtung der Genfer Konvention verlegte die US-Army 595 der Al Qaida-Mitgliedschaft Verdächtige und Talibankämpfer in ein Käfiglager in Guantanamo auf Kuba. Sie werden dort seit mehreren Jahren ohne Ge-

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In akt. Ausgabe (2/05) u.a.:

- ◆ Michael Schöfer: »Biedermänner und Brandstifter im Glashauss«, zum neuerlichen (Neo-) Nazismus-Diskurs
- ◆ Anton Kobel: »Streik und Boykott«, Kunden und Beschäftigte – Gemeinsam erreichen wir mehr
- ◆ HL: »Führungsschwäche?«, Anmerkungen zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
- ◆ Joachim Hirsch: »Was ist eigentlich deutsch an der Deutschen Bank«, eine Globalisierungsfarce
- ◆ »An den Grenzen des Tarifvertrags«, Gespräch mit Werner Sauerborn und Bernd Rießinger
- ◆ Michael Quetting: »Kopf hoch«, Kommentar zum Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst
- ◆ bahn von unten: »Fahrplanänderung durch Weichenumstellung«, Basis will Bahn-Abschluss nicht

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62- 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de



richtsverhandlung festgehalten, gequält und zu falschen Geständnissen ge-

zwungen. Inzwischen wurden einige freigelassen, vor allem auf britischen Einspruch hin. Bei manchen hat sich erwiesen, daß sie nichts mit dem Terrorismus zu tun hatten – sorry. Andere Kriegsgefangene wurden in Länder wie Afghanistan und Pakistan verbracht, wo die Menschenrechte sowieso nichts gelten. Dort konnten die Geheimdienste noch schärfere Verhörmethoden anwenden.

Wie die US-Regierung immer skrupelloser handelte, sollte erst im Verlauf des Irakkrieges an den Tag kommen. Die nun auftauchenden Fotos von den Scheußlichkeiten im Gefängnis von Abu Ghoraib waren ja nur die Spitze eines Eisberges, denn normalerweise ist es eher nicht üblich, Folter und Mord zu fotografieren oder zu filmen. Die Berichte von Mißhandlungen dort und in Guantanamo wirken wie Horrorszene aus dem Mittelalter. Freigelassene Kuwaiter berichteten, wie sie in US-Lagern in Pakistan mit Ketten bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, an den Fußgelenken aufgehängt und mit Elektroschocks malträtiert wurden. In Afghanistan gibt es „private“ Gefängnisse, in denen fünf Menschen bei Verhören zu Tode gequält worden sein sollen. Die Methoden in Guantanamo waren: 10 oder 20 Stunden in schmerzhafter Haltung anketten inklusive Selbstbeschmutzung, Schlafentzug, die Räume bis zum Eintritt der Bewußtlosigkeit überhitzen, die Gefangenen mit Hunden bedrohen usw. Einige Brutalitäten von Abu Ghoraib sind ja durch die Fotos bekannt geworden, die sexuellen Demütigungen, die Schläge und Fußtritte. Das meiste wird wohl nie ans Tageslicht kommen, auch nicht, wie viele Häftlinge die Torturen nicht überstanden haben. Nur manches konnte nicht verheimlicht werden, wie die Ermordung des irakischen Luftwaffenchefs, Generalmajor Mouhusch, der im „Verhör“ an Erstickung starb. Oder wenn ein GI, wie Jim Talib, nach seiner Heimkehr von unglaublichen Brutalitäten berichtete. Als er einen Gefangenen zum Verhör brachte, herrschte ihn der Vorgesetzte an: „Er-schieß ihn einfach!“ Fast 5.500 GI's

sollen nach ihrem Urlaub von der Truppe desertiert sein. Wenn jetzt einzelne Soldatinnen und Soldaten vor Gericht gestellt werden wegen ihrer Quälereien, so nur deswegen, weil man den Skandal nicht mehr ganz vertuschen kann. Sie werden als Sündenböcke geopfert, die von der Verantwortlichkeit an höherer Stelle ablenken sollen. Dabei wurde doch durch die Regierung die rechtliche Grauzone geschaffen, in der solche Grausamkeiten geschehen konnten. Der moralischen Enthemmung wurde durch eine Regierungspropaganda der Terroristenverteufelung und durch andauernde Bedrohungshysterie Vorschub geleistet. Der Kriegsgefangene wird dementsprechend dann nicht mehr als Soldat eines Staates oder einer Gruppe akzeptiert, deren Interesse er mit der Waffe in der Hand verteidigt. Er wird als bloßer Verbrecher behandelt, als Parteigänger des Bösen. Da liegt für labile Menschen dann der Schluß nahe, solche Gefangene dann auch entsprechend „behandeln“ zu können, vor allem dann, wenn Signale von oben dazu ermuntern. Der bisherige Kommandant der Hölle von Guantanamo, Generalmajor Geoffrey Miller, hat nun im Irak das Gefängnis von Abu Ghoraib übernommen. Sein erstes Credo war die Feststellung, die Gefangenen seien „wie Hunde“ zu behandeln, so wie es in Guantanamo Praxis war. Daß es eine ganze Reihe solcher Rambos, die eigentlich Verbrecher sind, im US-Offizierscorps gibt, zeigt ein Ausspruch von General James Mattis in San Diego. Da hatte er frank und frei erklärt, es sei „lustig, einige Leute in Afghanistan und Irak zu erschießen“. Der angeklagte Unteroffizier Graner hatte in der Verhandlung ausgesagt, er habe „nur auf Befehl des Geheimdienstes gehandelt, die Gefangenen weichzuklopfen“. Die nun abgelöste Generalin Karpinski, der die US-Gefängnisse im Irak unterstanden, mußte zugeben, daß die Gefangenen „wie Tiere“ behandelt wurden.

Grundlage für das scheußliche Verhalten einer rohen Soldateska waren Änderungen der Richtlinien, die von der Administration der Bush-Regierung vorgenommen wurden, vor allem aber die Negierung der Genfer Konvention, die der juristische Chefberater des Weißen Hauses, Alberto Gonzales, schon im Januar

2002 vorangetrieben hatte. Als Dank für seine Skrupellosigkeit wurde er jetzt von Bush zum Justizminister erhoben. „Die Befürworter der Folter werden befördert“, kommentierten bitter die „New York Times“. Wesentlich war, daß auch das Pentagon den Begriff „Folter“ neu definierte. Brutale Verhörmethoden sollten nun soweit statthaft sein, daß das Leben des Gefangenen nicht gefährdet würde. Auf Druck des Präsidenten strich der Senat eine Passage, die Folter und unmenschliche Behandlung durch die Geheimdienste bisher verboten hatte. Und die ach so freundliche Condoleezza Rice hatte sich schon im Sommer vorigen Jahres geweigert, das Recht auf Verhöre ohne Zwang anzuerkennen. Es ist nach diesen Kriegsverbrechen nur zu offensichtlich, warum die USA sich so strikt weigern, sich dem Internationalen Gerichtshof zu unterwerfen.

Die Mehrzahl der Briten, die 65.000 Soldaten im Irak stehen haben, hatte sich, wie die anderen Europäer, über die Folterberichte heftig empört, bis es dann wie eine Bombe einschlug, als eine ganze Anzahl von Mißhandlungen und Vergewaltigungen durch die Soldaten Ihrer Majestät bekannt wurden. Das deutsche Magazin „Der Spiegel“ war flugs zur Stelle. Er konfrontierte die Briten „mit ihrer brutalen Vergangenheit als Kolonialmacht, etwa mit dem britischen Gulag im Kenia der fünfziger Jahre, mit seinen 1 ½ Mill. Inhaftierten, den über 100.000 Toten.“ (24.1.05) Natürlich hatten alle Kolonialmächte damals ihre massenhaften Verbrechen. Besonders schlimm wüteten z.B. die Franzosen in Algerien. Doch „Der Spiegel“ könnte anderes im Sinne haben, nämlich indirekt einen Beitrag zur Reinwaschung der deutschen Vergangenheit zu leisten.

Wie rücksichtslos das US-Justizwesen auch mit den Menschen im eigenen Land umgeht, kann man an den Zuständen in den Gefängnissen ablesen. In dem Land, das seine Besucher mit der Freiheitsstatue empfängt, werden die meisten Todesurteile in der westlichen Welt verhängt. Da wurden bis jetzt selbst Jugendliche und Geistesranke hingerichtet. Schuldig hin, schuldig her, das ist nicht immer so wichtig. Hauptsache, die Politiker, speziell die Gouverneure, wie einst Bush in Texas, haben,



unter dem Beifall der Meute, wieder mal scharf durchgegriffen. Manche Delinquenten schmachten schon 20 Jahre oder mehr in ihren Todeszellen. Nachdem es nun neue kriminaltechnische Möglichkeiten in Form der DNA-Analysen gibt, mußten 154 zum Tode Verurteilte entlassen werden, da sich dadurch ihre Unschuld herausgestellt hatte. Was wäre gewesen, gäbe es diese Tests nicht? Sind das die „Menschenrechte“, die die Bush-Regierung in fremden Ländern mit Bomben durchsetzen will?

Umsturz durch Subversion

Durch die Folterfotos, die Kriegsgreuel und nicht zuletzt durch die Zerstörung Falludschas haben die USA in der Welt, besonders in den islamischen Ländern, an Ansehen eingebüßt. Auch in Europa gab es große Empörung. Die Regierungen, die politisch tragende Kaste und Medien kritisierten zwar: „Abenteuer“, „töricht“, „Größenwahnsinniger“ etc., aber auf eine scharfe, sich distanzierende Verurteilung wartet man immer noch vergebens. Ob Chirac oder Schröder, Zapatero oder Berlusconi, alle gierten in Brüssel nach einem freundlichen Händedruck mit dem Kriegsverbrecher. (Bushs Umarmungstheater in Brüssel wird die Europäer bald teuer zu stehen kommen.)

Man mag sich die Reaktionen gar nicht ausmalen, wären kommunistische Regierungen für solche Folterszenen verantwortlich gewesen. Ein pausenloses Propagandatrommelfeuer wäre auf uns niedergeprasselt. Aber auch die Bevölkerung in den europäischen Ländern fällt immer wieder auf die Argumentation der Yankees herein, es gehe in den

ehemals zur Sowjetunion gehörenden, nun instabilen Ländern Osteuropas und des Mittleren Ostens darum, den Völkern „Demokratie“ und „Freiheit“ zu bringen. In Wirklichkeit wird der Cordon Sanitaire Rußlands aufgerollt und unliebsame Regimes fallen. Das gelingt um so leichter, da die Zustände dort meist verkrustet und nicht demokratisch waren. Ob das nun recht viel anders wird, ist fraglich; meist werden nur die Oligarchen ausgetauscht, die Korruption bleibt. Doch die neuen Herrscher mit ihren großen Versprechungen unterwerfen sich nun ihrem neuen Freund, den USA. Man muß sich einmal vorstellen, Rußland würde in Mittelamerika Vorposten installieren, im Hinterhof der USA!

Neben direkten Militärangeriffen wird die Methode der Subversion weiter zur Anwendung kommen,

und kann Rußland den Zugang zum Schwarzen Meer blockieren. Eine Anzahl Öl- und Gaspipelines durchqueren die ehemalige Kornkammer der Sowjetunion. Im Osten liegt das bedeutende Bergbau- und Schwerindustriegebiet.

Die Revolution in orange war nicht so spontan, wie sie die bundesrepublikanischen Medien hinstellten. Verschiedene US-Institutionen hatten sie gründlich geplant und beeinflußt. Es unterstützte nicht nur Putin die bisherigen Machthaber; die Opposition erhielt Geldmittel und Unterstützung aus den USA (über 105 Mio. \$). Vor dem Umsturz erschienen Madeleine Albright, Bush sen., Brzezinski, Leute von der CIA und andere auf der Bühne. Mehr als 600 westliche Berater arbeiteten in den Stäben Juschtschenkos. Das „Drehbuch“ war ähnlich wie in Serbien. Es könnte, bei

günstigeren Bedingungen, seine Fortsetzung in Weißrußland finden. Die Subversion von außen traf auf eine selbständig herangewachsene Demokratiebewegung, die aus den Mißständen im Lande gespeist worden war. Das waren die Voraussetzungen für den Erfolg. Außer für bestimmte Clans wird daraus wenig Nutzen für die Ukrainer entstehen. Wirtschaftlich sind sie weiter auch auf Rußland angewiesen. Die



und die Europäer werden dabei sein. Zuerst war ja der Umsturz in Georgien und dann im vorigen Jahr die Herauslösung der Ukraine aus der Verflechtung mit den GUS-Ländern und der starken Bindung an Moskau. Die Ukraine hat naturgemäß ein anderes Gewicht als z.B. Kyrgistan und Usbekistan, in denen es schon länger US-Stützpunkte gibt, in Usbekistan auch deutsche Soldaten. (Die USA haben jetzt Streitkräfte in 100 Ländern stationiert.) Das Land hat eine Fläche von 600.000 km² und 52 Millionen Einwohner. Es ist strategisch wichtig

EU lehnte eine angeordnete Mitgliedschaft bereits schroff ab. Der NATO andererseits wäre ein Land durchaus willkommen, das vor der Haustüre Rußlands und von Belarus liegt. Vor allem aber geht es der EU und den USA um Öl und Ölpipelines. Die kasachischen Erdölfelder sind schon in der Hand von US-Konzernen. Rußland ist mit diesem Schachzug entscheidend geschwächt worden. Putin versucht gegenzuhalten, und deshalb muß er den Staat stärken. Dazu gehören zentralistische Maßnahmen, eine nationalistische Ideologie, aber



auch mehr Mittel, um überhaupt intervenieren zu können. Mit dubiosen Machenschaften gegen den

Yukos-Konzern konnte der Staat dem Oligarchen ein Filetstück mit 50 Mio. Tonnen Ölförderung im Jahr wieder entreißen und den in Rußland sich einnistenden US-Ölkonzernen ein Schnippchen schlagen. Wie weit Moskau die Kontrolle über seine Energiequellen wiedergewinnt, bleibt abzuwarten. Die Machtverhältnisse im eurasischen Raum werden nicht zuletzt dadurch beeinflußt werden. Vorerst befindet sich Rußland immer noch in der Defensive. Für die USA können Rußland und China, aufgrund ihrer Bedeutung, Größe und Marktverflechtung mit dem Westen, auf absehbare Zeit kein unmittelbares Ziel für eine Unterwerfung sein. Jede Übermacht hat ihre Grenzen, die auch ihre innenpolitischen Ursachen haben.

Rüstung und Krieg versus soziale Befriedung

Bush, kaum als neuer Präsident eingesetzt, forderte zur Freude der Rüstungsindustrie zusätzliche 80 Mrd. \$ für die Fortsetzung der Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak. Mit dieser Summe klettern die Ausgaben allein für diese beiden Länder auf 105 Mrd. \$. Das Haushaltsdefizit, das 2004 412 Mrd. \$ betragen hatte, klettert immer weiter nach oben, ein Ende ist nicht in Sicht. Wie so vieles andere, war auch Bushs Versprechen, es zu reduzieren, nur Schall und Rauch. Schneller als gedacht kommt für die Bush-Clique die Stunde der Wahrheit, deshalb die außenpolitische Kursänderung der „Unipolaren“. Alles gleichzeitig miteinander zu leisten, Kriege und die Finanzkrise zu bewältigen, dafür reicht nicht einmal die Stärke der USA aus. Militarisierung und Dauerkriegszustand vertragen sich eben nicht mit sozialem und kulturellem Fortschritt und mit der Schonung der Umwelt. Das Eine ist nur auf Kosten des Anderen zu haben. Es steht schon auf der Agenda der neuen Bush-Regierung, den Sozialabbau voranzutreiben und andere schmerzhaft Kürzungen vorzunehmen. So soll die staatliche Rentenversicherung privatisiert werden,

zur Freude der Versicherungskonzerne. Mit der „Reform“ des Gesundheitswesens werden noch mehr Kosten auf die Beschäftigten abgewälzt. Ein Drittel der Rotstiftaktion betrifft allein den Bildungsbereich, womit die Halbbildung weiter voranschreiten kann. Die schon halb zugrunde gerichteten Gewerkschaften sehen sich neuen Blockiergesetzen gegenüber. (In der Privatwirtschaft sind nur mehr 8% organisiert.) Den Unternehmen wurde erlaubt, mit den Pensionsfonds ihrer Beschäftigten zu spekulieren; viele stehen nach der Börsenbaisse daher vor dem Nichts.

Während es den Arbeitslosen immer schlechter geht, werden die Reichen immer reicher. Die Steuersenkungsprogramme der Republikaner, die den Wohlhabenden mit über 200.000 \$ Jahreseinkommen zugute kommen, entziehen dem Staat die Mittel. Die Bush-Regierung wird deshalb die Unterstützungszahlungen für die Armen noch weiter reduzieren. Zwölf Millionen Familien in den USA müssen sich Sorgen um das Überleben machen. In vier Millionen Familien kommt es vor, daß die Menschen hungrig zu Bett gehen. Seit 1977 wurde der Mindestlohn nicht mehr erhöht. Viele Menschen müssen mehrere Jobs annehmen, da der karge Lohn sonst nicht zum Überleben reicht. In der belgischen Zeitung „la gauche“ werden die Zustände näher beschrieben: „Was soll man von der Ethik eines Systems halten, in dem 75% des erzeugten Reichtums von 10% der Bevölkerung vereinnahmt werden und wo die Profite seit 1989 um 50% gestiegen sind, während die Reallöhne beim Gros der Bevölkerung noch nicht einmal das Niveau von 1973 wiedererlangt haben, (...) wo 42,6 Millionen Menschen keinen Krankenversicherungsschutz haben, wo 32 Millionen Menschen – darunter 12 Millionen Kinder – in Armut leben und wo die öffentliche Infrastruktur auf den Hund kommt? Ein System, in dem das Einkommen des reichsten Prozents zwischen 1983 und 1999 um 157% gestiegen ist, während der Rest der Bevölkerung immer weniger verfügbares Geld hat.“ Die USA sind eine gesplattene Gesellschaft; die Kluft vertieft sich ständig. Das Problem ist, daß das Land zwar sozial gesplattent ist, doch die Unterklasse es bis jetzt nicht vermocht hat, als politisch handelnde Kraft ihre

Interessen wahrzunehmen. Das muß nicht immer so bleiben, wenn auch gegenwärtig von einem Aufkommen von Klassenbewußtsein in der US-amerikanischen Arbeiterschaft keine Rede sein kann. Doch der Sozialdarwinismus der Rechtsregierung in seiner Überdehnung könnte, zusammen mit der Kriegspolitik, zu neuen Politisierungsansätzen führen. Die entfachte Terrorismushysterie, die von den sozialen Problemen ablenken soll, kann nicht ewig die sozialen Erschütterungen überdecken. Ausschlaggebend wird sein, wie in den USA die wirtschaftliche und fiskalische Entwicklung weitergehen werden. Nicht zuletzt davon hängt auch der Spielraum für weitere imperialistische Vorstöße ab. Die militärische Stärke der USA ist nicht einholbar, nicht von den (alliierten) Konkurrenten und erst recht nicht von den potentiellen Feinden. Heute scheinen die Aussichten in der Welt für die Aufrechterhaltung nationalstaatlicher Souveränität äußerst gefährdet, die Perspektiven für nationale Befreiungsbewegungen oder gar für sozialistische Ansätze sind mehr als ungünstig. Die USA konnten die Kriege in Afghanistan, im Kosovo und im Irak verhältnismäßig leicht gewinnen, doch konnten sie diese Länder weder befrieden noch ihnen eine Entwicklungsperspektive geben. Die USA haben zwar nach wie vor die Vorherrschaft in der Welt; sie sind aber nicht allmächtig, das hat auch die Bush-Administration lernen müssen. Eine Veränderung des Kräfteverhältnisses und Spielraum für neue Emanzipationsbewegungen sind nur denkbar, wenn krisenhafte Erscheinungen des kapitalistischen Systems in der US-Gesellschaft selbst zum Ausbruch kämen. Eruptionsherde von großer Sprengkraft konnten bisher unter der Decke gehalten werden. Die Frage ist, wie lange ein Weiterwursteln, auch auf Kosten anderer Staaten und der eigenen Zukunft, noch möglich ist.

Krise der „Voodoo-Ökonomie“? (Bush senior)

In der Runde der angeblich Großen dieser Welt, in Davos, wurde kürzlich die Frage diskutiert: „Steuern die USA auf Crash und Chaos zu?“ Der Führer der demokratischen Minderheit im Senat, Harry Reid, hat-



te Alarm geschlagen: „Die Finanzlage dieses Landes ist schlimm. Rote

Zahlen, soweit das Auge reicht!“ In den einzelnen Bundesstaaten der USA schaut die Lage noch miserabler aus. Fünf Staaten haben die Mehrwertsteuer erhöht und die meisten haben zum Teil groteske Streichungen vorgenommen. So strich z.B. Iowa die Gefängnismenüs zusammen.

Der Chef der US-Zentralbank, Greenspan, schlug auf der Tagung der G 20 Ende November Alarm: Die Schuldenlast des Landes sei zu groß geworden, dadurch komme die Bonität in Verruf, der Dollar falle immer weiter, die Zinsen müßten erhöht werden, was schlecht für die Konjunktur sei.

In der Tat widerspiegeln die fiskalischen Daten ein nie dagewesenes Desaster, das in jeder Hinsicht dringend einer Bereinigung bedürfte. Staatsverschuldung, Auslandsverschuldung, Haushaltsdefizit, Handelsbilanzdefizit, Zahlungsbilanzdefizit und Dollarkrise sind die Krönung vor allem von vier Jahren Bush-Regierung. Die Kosten für die Kriegspolitik sind zwar nicht die Hauptursache, aber sie verschärfen die Finanzlage, was nicht zuletzt zu Bushs Versuch geführt hat, die Europäer stärker zu schröpfen.

Der Budgetentwurf Washingtons für das kommende Haushaltsjahr sieht Ausgaben von 2,57 Billionen \$ vor. Dabei wird ein Rekorddefizit von 430 bis 500 Milliarden erwartet, das wären ca. 3,8% des BIP's. Die Militärausgaben steigen auf die astronomische Summe von 441 Mrd. \$, was die Hälfte der Rüstungsausgaben der übrigen Staaten der Welt ausmacht. Wie hoch die Ausgaben für die Kriege in Afghanistan und im Irak bis jetzt waren, ob, wie genannt, 130 oder 200 Mrd. \$, wird im unklaren gelassen. Der Krieg gegen den Widerstand im Irak soll monatlich Kosten von 5,8 Mrd. \$ verursachen. Bush mußte beim Kongreß dafür weitere 82 Mrd. beantragen. Auch dafür müssen Anleihen am Kapitalmarkt aufge-

nommen werden. Die Zukunft nach Bushs Regierungszeit sieht noch düsterer aus. Wie der US-Ökonom Bergsten errechnete, erfordert die geplante Renten-„Reform“ in den nächsten zehn Jahren zwei Billionen \$. Auch die Umkämpfung der Gesundheits- und Rentensysteme schaffe in den nächsten 20 bis 30 Jahren große Finanzprobleme, die eine strenge Ausgabendisziplin erforderlich machten. Was das für die Arbeiterklasse bedeutet, weiß man aus Erfahrung.

Die Staatsverschuldung lag 2002 bei 4,7 Bill. \$ und ist seither weiter angeschwollen. Sie soll jetzt bei 70% des BIP liegen (BRD 61%, Japan 140%). Senat und Kongreß haben eben einer Ausweitung der Bundesschulden auf 8 Bill. \$ zugestimmt. Die Schulden des Bundes, der Bundesstaaten, der Städte, der Gemeinden, Unternehmen und Privathaushalte



zusammengenommen ergeben die schwindelerregende Summe von 33 Billionen \$. Die Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland beträgt 3,5 Bill. \$. In den siebziger Jahren waren die Vereinigten Staaten noch ein Gläubigerland. Das Leistungsbilanzdefizit könnte dieses Jahr 700 Mrd. \$ überschreiten, 1992 waren es „nur“ 50 Millionen!

Auf der einen Seite sind die USA mit 1/3 des Weltsozialprodukts nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch die stärkste Macht der Welt. (Die EU kommt nur auf etwa 65% des BIP der USA, China auf 13%, Japan auf 40%.) Die Zahlen gelten vorbehaltlich der Schwierigkeit, nationale Abgrenzungen in einer Welt zunehmender Globalisierung vorzunehmen. Die 100 stärksten transnationalen Konzerne bestreiten bereits 55% der Weltwirtschaft. Ein Drittel des Handels wird bereits innerhalb der Großkonzerne getätigt. „Drei-

hundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten (...) die Geschicke des Kontinents“, offenbarte der Siemens-Direktor Walter Rathenau vor 100 Jahren. Heute sind es etwa 500 Männer und Frauen, die an den Schalthebeln der internationalen Konzerne und des Finanzwesens die Geschicke der kapitalistischen Welt bestimmen.

Andererseits hat in den USA eine De-Industrialisierung stattgefunden. In riesigem Ausmaß ist die Produktion ins Ausland verlagert worden oder durch den Import aus Billiglohnländern ersetzt. Die verarbeitende Industrie hat nur noch einen Anteil von 20% am BIP. 53% der abgebauten Arbeitsplätze konnten nicht durch andere ersetzt werden. Die niedrigen Arbeitslosenzahlen von 5,5% verfälschen das Bild, denn sie haben mit der deutschen Berechnungsweise nichts zu tun.

Das Wirtschaftswachstum von 4% dürfte der Rüstungshausse zuzuschreiben sein. Die Stunde der Wahrheit kommt mit der Zuspitzung der Finanz- und Währungskrise, die zeigen wird, in welcher Schieflage die „Voodoo-Ökonomie“ sich bereits befindet. Am gefährlichsten für die USA wird das Handelsbilanzdefizit.

Im vergangenen Jahr stieg es um 24% auf 618 Mrd. \$. Die Vereinigten Staaten wurden zum Importsauger der Welt. Das Land lebt auf Pump. Der US-Ökonom C. Fred Bergsten prangerte im „Spiegel“ an, daß die US-Importe im Wert doppelt so hoch seien wie die Exporte. Das Defizit sei nur zu senken, wenn „man den Dollar um mindestens 20 bis 30 Prozent abwertet. Wird das noch lange hinausgezögert, wird der Wertverlust später sehr viel abrupter sein und sehr viel höher ausfallen. Wir haben jetzt schon eine Dollarblase. Und es ist nicht die Frage, ob sie platzt, sondern wann und wie heftig der Knall wird. Weil die USA neben China die Wachstumslokomotive ist, wird die ganze industrialisierte Welt betroffen sein.“ Und die „Wochenzeitung“ aus Zürich stellt fest: „US-Firmen besitzen Unternehmen im Ausland im Wert von sieben Billionen Dollar. Umgekehrt hält die Welt bei den USA Guthaben in der Höhe von zehn Bil-



lionen. Die USA stehen damit knietief im Minus. Wenn heute beglichen würde, dann könnten die USA und mit ihnen der Dollar sofort abdanken.“

Das „Gleichgewicht des finanziellen Schreckens“ kommt aus der Balance

Der ehemalige Finanzminister der USA, Larry Summers, sprach von einer Art „Gleichgewicht des finanziellen Schreckens“, das bis anhin eine globale Finanzkrise verhindert habe. Das größte Handelsbilanzdefizit in der Geschichte müsse reduziert werden. Die USA müßten die Importe drosseln, die Staatsausgaben noch mehr kürzen und die Zinsen erhöhen. Bush ist dazu nicht bereit, auch, weil er die Folgen für die wirtschaftliche Lage fürchtet. So sorgt der Devisenmarkt dafür, daß der Dollar fällt. Aber er fällt nur gegenüber dem Euro und da nicht stark genug. Eine echte Anpassung an seinen Wertverlust könnte zu einer weltweiten Rezession führen. Vorläufig sorgen die asiatischen Zentralbanken, vor allem die in Peking und Tokio, dafür, daß der an sich notwendige Sturz des Dollar nicht eintritt. Sie tun das aus eigenem Interesse, weil sie weiterhin ihre Waren massenhaft und billig in die USA liefern wollen. Dazu Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker an der Universität Zürich, in der WOZ: „Der Schreckensfaktor, der das Gleichgewicht stützt, ist also asiatischer Herkunft: Die Regierungen haben solche Angst vor einem schwachen Dollar, dass sie lieber die katastrophale Wirtschaftspolitik Washingtons finanzieren als die Bereinigung der unhaltbaren Situation den Devisenmärkten zu überlassen. Die grosse Frage ist nur: Wie lange soll das noch weitergehen? Niemand wagt eine Prognose, aber alle wissen, dass irgendwann der Zeitpunkt kommen wird, wo es auch den Asiaten zu blöd wird.“

Die Furcht vor einem Weltwährungsdesaster könnte eines Tages größer werden als die vor dem Verlust eines wichtigen Exportmarktes. Die Leitwährung Dollar könnte ihrem Ende zugehen. Nicht zuletzt führt aber auch die militärische Stärke der USA dazu, daß wirtschaftliche Gesetzmä-

Bigkeiten (noch) nicht zum Tragen kommen.

Die Notenbanken vieler Länder, vor allem der asiatischen, finanzieren seit Jahren die Schuldenwirtschaft der Bush-Regierung. Doch werden nun die Größenordnungen beängstigend. China z.B. hat für insgesamt 650 Mrd. \$ US-Staatsanleihen aufgekauft, das entspricht 45% des chinesischen BIP! 100 Mrd. \$ investieren allein die Chinesen in den USA, auch aus Japan kommen große Summen. Bei einer Aufwertung des Yuan bräche für die USA die Finanzkrücke weg. 11 Billionen \$ vagabundieren in der Welt und die US-Staatsanleihen drohen, wertloses Papier zu werden. Prokapitalistische Ökonomen wie Paul Krugmann sehen keinen anderen Weg, als die Wechselkurse den Realitäten anzupassen. 63% der Zentralbankreserven in der Welt werden noch in Dollar gehalten. Auch Krugmann sieht die große Krise fast unvermeidbar kommen. Es gehe eher um das wann als um das ob.

Inzwischen schichten immer mehr Länder vom Dollar auf den Euro um. Manche Beobachter sprechen schon von einem „Währungskrieg“. Ist es Zufall, daß der Iran auf Euro umstellt wie auch Nordkorea und der Irak dies im Jahr 2000 schon begonnen haben? Nun rumort es in den Scheichtümmern und in Venezuela. Sollte die Weltölwirtschaft vom Dollar Abschied nehmen, wäre das das Ende der Leitwährung Dollar. Das würden die USA nicht hinnehmen. Die Bush-Regierung rüstet sich gegenwärtig, um den Saudis und den anderen OPEC-Staaten Einhalt zu gebieten, auch auf ihrem Marsch zu einem Barrelpreis von 60-70 \$, der Ende 2005 erwartet wird.

Deutschland mit seiner Weltmarktabhängigkeit würde von einer Rezession schlimmer als andere Länder betroffen. Von 1993 bis 2002 haben sich die Exporte verdoppelt, der Ausfuhrüberschuß hat sich vervierfacht. Die sozialen und politischen Folgen wären entsprechend.

Neues Feindbild China?

Es ist wahrscheinlich, daß langfristig gesehen die USA China als ihren strategischen Feind betrachten, und zwar weniger aus ideologischen Gründen. Die knapper und teurer werdenden Rohstoffe und der Lebenssaft Erdöl finden in den Giganten USA

und China zwei immer unersättlicher werdende Konkurrenten. Beim Petroleumbedarf steht China schon heute an zweiter Stelle nach den USA. 2030 wird China so viel Energie verbrauchen, wie gegenwärtig USA und Japan zusammen. Heute schon verbraucht der 1,3 Mrd.-Menschen-Staat 50% der Weltproduktion an Zement, 40% der Kohle, 25% bei Eisen und Nickel. (Angaben aus „le monde diplomatique“) Auch der Nahrungsmittelbedarf wächst zum Problem heran. Die beiden Großmächte kommen sich schon heute mächtig ins Gehege, vor allem in Lateinamerika. Dort plant China, in den nächsten zehn Jahren 100 Mio. \$ zu investieren. In Afrika wurden mit 40 Ländern Abkommen geschlossen. Wegen der Ölgeschäfte hält Peking seine Hand über den Sudan. Washington schäumt über den Erdgas-Megadeal zwischen Peking und Teheran, der im Wert 100 Mrd. \$ übersteigt. Bei soviel Interessenkollision wird es verständlich, warum Bush sich so gegen die Absicht vieler europäischer Länder sträubt, das Waffenexport-Verbot gegenüber China aufzuheben.

Entgegen allen Versicherungen der politischen Kaste und ihrer Medien münden die Widersprüche des kapitalistischen Systems von Zeit zu Zeit in größere ökonomische Krisen. Was sich jetzt abzeichnet, kündigt eine gefährliche Periode der Instabilität an. Sie könnte günstigstenfalls den am Boden liegenden sozialistischen Kräften neue Chancen bieten und neue Aufgaben stellen.

Anzeige

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551 - 770 80 08 (Di. & Do. 15⁰⁰ - 20⁰⁰ Uhr)
Fax: 0551 - 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 19 11 00 - 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Neoliberaler Kurs und neofaschistische Gefahr



Unter Helmut Kohl hat die BRD im angeschlossenen Ostteil keine blühenden Landschaften, aber eine Industrie- und Wissenschaftsbranche sowie ein Eldorado für überwiegend westdeutsche Geschäftemacher zustande gebracht. Unter Gerhard Schröder wurden nicht weniger große Erfolge in der ganzen Republik erzielt. 1999 kam es zur ersten deutschen Kriegsbeteiligung nach Hitler. Im Januar 2005 wurde mit über fünf Millionen die höchste Zahl offiziell registrierter Erwerbsloser seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht, im Februar wurde sie um 180 000 überboten. 15,3 Prozent der Bevölkerung, 2,3 Prozent mehr als 1998, lebten 2003 im reichsten Land Europas in Armut. Die Zahl steigt rasch weiter an. Künftige Entwicklungen werden durch das Anfang 2005 in Kraft getretene „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt IV“, meist Hartz IV genannt, mitbedingt sein. Betroffen sind über vier Millionen Menschen. An „moderner Dienstleistung“ brachte der übereilte Start Pannen und Pleiten, darunter zahlreiche Fehlentscheide, nicht aber die versprochenen Arbeitsangebote. Sozialgerichte stuften das Gesetz als verfassungswidrig ein. Vertreter von Wirtschaftsinstituten und Großkonzernen

sowie Minister Clement fordern weitere Einschnitte zu Lasten abhängig Beschäftigter, Arbeitsloser und Rentner und Steuergeschenke an das Großkapital, die über die jetzige Senkung der Spitzensteuersätze noch hinausgehen. In der „Frankfurter Allgemeinen“ stand am 31. 1. ein treffender Satz: „Dass das Kapitalverhältnis auf Ausbeutung fußt, muss man nicht mehr wie in den Siebzigern (...) mühsam herbeideduzieren, weil der Kapitalismus nach dem Umweg über allerlei Sozialkreppelel jetzt, da die sozialistische Konkurrenz besiegt ist,

weltweit zu sich selber kommt und halt vollbringt, wozu er gut ist: Ausbeuten, Verwüsten, Krieg führen, sich von Krisen durchschütteln lassen, das ganze Programm.“ Die sozialdarwinistische Schraube zur Umverteilung der Einkommen nach oben wird weiter angezogen werden, bis sich eine ernstzunehmende Kraft von unten den Herrschenden und ihrer Politikerkaste entgegenstellt.

Die Erörterung der Frage, warum die Massen sich derzeit nicht wehren, wäre eine Doktorarbeit wert, zumal auch die Vernichtung der Umwelt und damit menschlicher Lebensbedingungen zu den Segnungen „moderner“ Profitwirtschaft gehört. Ein Grund für die Passivität der Massen ist neben forcierter Verdummung durch Medien das Versagen großer Teile der Linken, ein anderer das Versagen der Gewerkschaften, die volle Eingliederung ihrer Führer ins asoziale Herrschaftssystem. IG Metall und Ver.di knickten beim Kampf gegen Massenentlassungen und Lohnsenkungen einerseits, Arbeitszeitverlängerung andererseits ein. DGB-Vorsitzender Sommer erklimmte den Gipfel vollendeter Kapitulation. In seiner Neujahrs-Pressekonferenz am 26. 1. kündigte er die Abkehr von faktisch jedem ernsthaften Einsatz für die Interessen abhängig Beschäftigter an.

Im „Spiegel“-Gespräch vom 14. 2. 2005 leistete er – auch für seine Mitstreiter in den Gewerkschaftsspitzen – den Offenbarungseid. Sommer erklärte, der Weg sozialen Kahlschlags sei unumkehrbar. „Die Gewerkschaften verkennen nicht, dass die Politik in vielen Bereichen die Entscheidung getroffen hat, die Sozialsysteme auf eine Grundversorgung zu reduzieren. Das können wir kritisieren, ändern werden wir es nicht mehr... Ich akzeptiere, dass sich die Grundlagen des Sozialstaates durch die demographische Entwicklung, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Globalisierung stark verändert haben. Deshalb müssen wir intensiv darüber diskutieren, welche Aufgaben der Sozialstaat künftig noch übernehmen kann und wie seine Strukturen umgebaut werden müssen.“ Gab es jemals einen Gewerkschaftsführer, der die Entscheidung über Arbeitskämpfe oder Verzicht darauf allein „der Politik“ überließ? Gleichzeitig mit seiner Kapitulation, die weit über den einstigen Reformismus hinausgeht, beklagte Sommer den Rückgang der DGB-Mitgliederzahlen auf 7,013 Millionen, fast 350 000 weniger als 2004, während der Abstieg seit 1991 schon 4,79 Millionen beträgt. Er will die Wiedergewinnung von Mitgliedern zur Chefsache machen und bis Ende 2006 eine „Trendwende“ bewirken, ignoriert aber, dass gerade das fortgesetzte Kapitulieren vor Großunternehmern und der damit verbundene Verrat an Arbeitern und Angestellten entscheidend für die ungeheuren Mitgliederverluste sind.

Während der Kölner Montagsdemo vom 24. 1. 2005 am Gewerkschaftshaus verabschiedeten Teilnehmer eine Entschließung, welche die Antwort auf Sommers Offenbarungseid vorwegnahm. Sie verlangten den Rücktritt aller leitenden Gewerkschaftsfunktionäre, die nicht engagiert die Interessen der Arbeiter, Arbeitslosen und Rentner wahrnehmen, für drastische Arbeitszeitverkürzung, die Rücknahme von Hartz IV und einen Mindeststundenlohn von 10 € eintreten. Sollten die personelle Er-

neuerung scheitern und die Gewerkschaften den Kurs der Selbstliquidierung beibehalten, „werden wir in sehr kurzer Zeit planen und angehen müssen, wie neue Gewerkschaften geschaffen werden können“. Diese müssten bereit und fähig sein, „auch Mittel wie Streik und Generalstreik gegen die herrschende Profitlogik und gegen den herrschenden Sozialkahl-schlag einzusetzen“.

Dies ist der Standpunkt einer Minderheit. Die meisten Kolleginnen und Kollegen sind davon weit entfernt. Doch hat das Nachdenken über Sinn und Zweck von Arbeiterorganisationen auch in größeren Kreisen begonnen. Der Verbleib in einer Organisation mit Schröder-Sommer-Kurs ist sinnlos geworden, da sie nur Kapitalbelange vertritt. Der in Köln gewiesene Weg könnte sich als gangbar erweisen.

Das zweite anstehende Problem sind Rechtsextremismus und Neofaschismus. Ihren Ausgang nahm die Diskussion - nach den NPD- und DVU-Wahlerfolgen 2004 in Sachsen bzw. Brandenburg - von einer Provokation am 21. 1. 2005 im sächsischen Landtag. Angehörige der NPD-Fraktion setzten die anglo-amerikanischen Luftangriffe auf die Elbmetropole am 13./14. 2. 1945 als „Bomben-Holocaust“ und „kaltblütig geplanten Massenmord“ den NS-Vernichtungslagern gleich, werteten Deutschlands Befreiung vom Faschismus zur „vermeintlichen Befreiung“ ab, nannten die BRD eine „Umerziehungs- und Canossarepublik“ samt „Schuld-knechtschaft des deutschen Volkes“. Die Verwandtschaft dieser Sprüche mit altnazistischen ist unverkennbar. In Bestrebungen der Landtagsmehrheit, der Provokation entgegenzutreten, offenbarte sich die Schwäche bundesdeutscher „wehrhafter Demokratie“. Zwar begann die Staatsanwaltschaft Dresden gegen die NPD-Abgeordneten zu ermitteln, stellte dies aber unter der Maßgabe ein, es gebe keine rechtliche Handhabe zur Strafverfolgung, „da die fraglichen Äußerungen in der Landtagssitzung selbst fielen“. Laut sächsischer Verfassung dürfen Abgeordnete zu keiner Zeit wegen einer Äußerung im Parlament gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden, ausgenommen im Fall verleumderischer Beleidigung.

Etwa gleichzeitig mit diesem Nasenstüber für die Dresdner Landtagsmehrheit setzte eine gesamtdeutsche Debatte darüber ein, was gegen Neonazis „rechtsstaatlich“ zu machen sei. Es ging hier nicht um antifaschistischen Kampf, sondern darum, dass Bilder rechtsextremer Demonstrationen im Ausland Misstrauen gegenüber der Bundesrepublik hervorrufen könnten und man das vermeiden müsse. Beflügelt wurde die Debatte durch die Absicht der NPD, am 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, dem 8. Mai 2005, am Berliner Holocaust-Mahnmal vorbei zum Brandenburger Tor zu marschieren. Die Provokation wäre noch effektvoller als die im sächsischen Landtag.

An Möglichkeiten jetziger und künftiger Distanzierung von den Neonazis wurden folgende erwogen: Erstens eine durch SPD und DGB geplante Großkundgebung BRD-demokratischer Parteien und Organisationen am 8. 5. vor dem Reichstagsgebäude, die dem Kanzler zufolge „einen kraftvollen Beweis der Aufrechten und Anständigen gegen rechte Gewalt“ erbringen sollte; zweitens ein nochmaliger Versuch, die NPD verbieten zu lassen, nachdem der erste im März 2001 an eigener Unzulänglichkeit der Antragsteller, besonders des Bundesinnenministers, gescheitert war; drittens ein CDU-Vorschlag zur Ausdehnung der Bannmeile um den Bundestag auf angrenzendes Gebiet, damit sich Neonazis nicht gerade hier zur Schau stellen; viertens die Änderung des Versammlungs- und Strafrechts nach Vorschlägen von Regierungsinstanzen resp. der Koalition, um Verstöße leichter mit Haft- und Geldstrafen ahnden zu können.

Ein „Gegenaufmarsch der Anständigen“ stieß auf das Veto der CDU. Zum neuerlichen Verbotantrag rieten Verfassungsschutzpräsident Papier und sein Stellvertreter Hassenauer. Das Verfahren, konstatierten sie, sei nicht aus inhaltlichen Gründen eingestellt worden, sondern deshalb, weil von Geheimdienstinformanten gesammeltes Material gegen die Partei wegen des Neins der Innenminister zu Aussagen der Agenten vor Gericht nicht verwendbar war. Die Entscheidung für ein Zweitverfahren wurde vom Bundes- und den Länderinnenministern im Februar 2005 blockiert, indem sie den Abzug ihrer Informan-

ten aus der NPD verweigerten. Eine Erweiterung der Bannmeile und die mögliche Schaffung zusätzlicher Bannmeilen behandelte am 18. 2. der Bundestag zusammen mit dem Koalitionsantrag auf Änderung des Versammlungsrechts und des § 130 (Volksverhetzung) im Strafgesetzbuch. Ein Kompromiss mit der Opposition (die PDS ausgenommen) und die Verabschiedung der Gesetze am 11. 3. bahnt sich an.

Das einzige Projekt, das Aussicht auf Realisierung hat, würde den Neonazis kaum Schaden zufügen. Bundesinnenminister Schily und Justizministerin Zypries (beide SPD) wollten neben Versammlungen und Umzügen Rechtsextremer auch das generelle Verherrlichen und Verharmlosen von NS-Gewalttaten unter Strafe stellen. Die Koalitionsmehrheit machte in diesem zweiten Fall nicht mit, weil das Unterdrückung der Meinungsfreiheit wäre und die Gesetzesvorlage beim Verfassungsgericht durchfallen könnte. Erhalten blieb im Koalitionsantrag die Klausel, strafbar sei auch die Billigung von Handlungen, „die unter einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft begangen wurden, soweit die Handlung durch die rechtskräftige Entscheidung eines internationalen Gerichts, dessen Zuständigkeit die Bundesrepublik Deutschland anerkannt hat, festgestellt ist“. Ein derartiges Gericht ist, wie Zypries bestätigte, das vom UNO-Sicherheitsrat installierte Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, das sich mit z. T. rechtswidrigen Mitteln bemüht, den ehemaligen Präsidenten Milosevic und weitere jugoslawische Politiker und Militärs zu verurteilen. In der Konsequenz könnten auch antifaschistische Demonstranten verfolgt werden. Vielleicht ist das der Zweck der Vorlage.

In der Debatte über Abwehr- und Abgrenzmöglichkeiten gegenüber der NPD blieben Vorgänge unbeachtet, die belegen, dass nicht nur Neonazis rechte Standpunkte vertreten.

Die CDU-FDP-Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf in Berlin setzte am 19. 1. 2005 einen Beschluss zur bezirksamtlichen Gedenkveranstaltung am 8. 5. durch, der die Hitlerwehrmacht mit Kriegsoffizieren beider Seiten und den Alliierten gleichsetzt.

„Der 8. Mai“, heißt es darin, „steht neben der Befreiung vom totalitären Naziregime auch für den Schrecken und das Leid der Bevölkerung, den die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten hat. Im Rahmen der Veranstaltung gedenkt das Bezirksamt der Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes, der Kriegsoffer, Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkrieges.“ Erst nach z.T. heftigen Protesten und zweimonatigem Widerstand gegen jede Textänderung fand sich auch die CDU zu einer gemeinsamen Resolution aller BVV-Fraktionen bereit, die diese Gleichsetzung vermeidet.

Kulturstaatsministerin Christina Weiß (parteilos) hat vor, das geplante Ehrenmal für die 600 000 von Nazis ermordeten Sinti und Roma mit einer Inschrift zu versehen, in der der diskriminierende Begriff „Zigeuner“ verwendet und keine Parallele zwischen diesem Genocid und dem an den Juden gezogen wird. Protesten des Zentralrats der Sinti und Roma zum Trotz blieb sie bisher bei dieser Absicht.

Offenbar auf Drängen des türkischen Generalkonsuls ließ die SPD-geführte Regierung Brandenburgs das Thema Völkermord an Hunderttausenden Armeniern 1915/16 in der Türkei aus den Geschichtslehrplänen der Schulklassen 9 und 10 streichen. Armenische, z. T. auch deutsche Gegenwehr veranlasste sie, das rückgängig zu machen. Der zugrunde liegende Vorgang bleibt symptomatisch.

Wie eh und je ist für Haltung und Verfahrensweise politisch und gesellschaftlich Tonangebender in der BRD charakteristisch, dass Rechtsextreme und Neonazis in der Regel geschont, bisweilen gefördert werden, Polizisten sie vor Antifaschisten schützen und statt der Nazis deren Gegner verfolgen, Gerichte milde Urteile wider braune Gewalttäter fällen oder sie laufen lassen. Hintermänner und Sponsoren der Täter bleiben unerwähnt. Parallelen zur Verfahrensweise von Justiz und Polizei der Weimarer Republik sind offensichtlich. Die Maßgebenden in der Bundesrepublik brauchen Neonazis als zusätzliches Druckmittel gegen links und als mögliche politi-

sche Reserve. Geht es allerdings ums Ansehen der BRD im Ausland, schreiten Staatsgewalt und Gerichte bisweilen gegen Rechtsextremisten ein, so bei Verbotsverfahren seit Adenauers Zeiten. Die braunen Kader blieben erhalten und konnten leicht getarnt weitermachen. Gleichgültig, welche Maßnahmen künftig getroffen werden: Das Resultat dürfte ebenso kläglich sein.

Wer ernsthaft den Faschismus und dessen Auftriebskräfte analysiert – und heiße er Edmund Stoiber – stößt beim Establishment auf Protest. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ vom 6. 2. äußerte der bayerische Ministerpräsident, Massenarbeitslosigkeit sei „die Hauptursache für das Wiedererstarken der NPD“. Mit der Fünf-Millionen-Grenze bei den Erwerbslosen sei eine Schallmau-



er durchbrochen. Die Bundesrepublik stehe vor einer Situation, wie Deutschland sie seit 1932 nicht mehr gehabt hat. Die Generalsekretäre von CDU bzw. CSU, Kauder und Söder, und Brandenburgs Innenminister Schönbohm sekundierten Stoiber. Prominente Angehörige der Koalition und der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Zimmermann fuhren grobes Geschütz gegen ihn auf. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Sager und SPD-Generalsekretär Benneter behaupteten,

Stoibers Argumentation sei „verharmlosend und unverantwortlich, weil er damit die Neonazis von der Täter- auf die Opferrolle schiebt“ und „mit seinen geschichtsverfälschenden Entgleisungen die Nazis“ stütze. SPD-Chef Müntefering machte als Schuldige am NPD-Erfolg in Sachsen die Wähler aus. Zimmermann erklärte Parallelen mit der Weimarer Republik schon ökonomisch für „völlig falsch und an den Haaren herbeigezogen“, sei seien auch politisch verfehlt. Denn Deutschland habe heute „eine demokratisch gewählte Regierung, die einen Reformkurs erfolgreich eingeleitet hat und die dafür immer mehr Akzeptanz der Bevölkerung findet“. Was macht es bei solcher Konterattacke schon aus, dass Stoiber auf dem Boden gesicherter Tatsachen steht, mit denen einst auch die SPD antrat, und die Abbau-Taten des Schröder-Kabinetts gegenüber dem Sozialstaat in vielem denen Reichskanzler Brüning ähnlich sehen, der allerdings mangels parlamentarischer Mehrheit mit Notverordnungen regierte. Der von ihm beschrittene Weg führte über Papen und Schleicher zu Hitler.

Die PDS agierte prinzipiell richtig. Mit Ausnahme von Peter Porsch, der für ein neues Verbotverfahren plädierte, lehnte sie die von anderen angeregten Gegenmaßnahmen ab – auch deshalb, weil geltendes Recht zur Auseinandersetzung mit den Neonazis ausreichen würde, wendete man es an. In der Bundestagsdebatte vom 18. 2. verwies MdB Petra Pau darauf, dass über 20 Prozent der BRD-Bevölkerung latent und aktivierbar antisemitisch eingestellt seien, die Gewaltbereitschaft und soziale Verunsicherung zunehme. „Es geht also längst nicht mehr um die NPD und den rechtsextremen Rand, es geht um die Mitte und die Substanz der Gesellschaft.“ Die PDS erinnerte an ihren 2001 vom Bundestag abgewiesenen Antrag, in den Grundgesetz-Artikel 26,1 eine antifaschistische Klausel aufzunehmen, und brachte diesen Vorschlag nochmals für die Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns ein. Die Wiederbelebung nationalsozialistischer Gedankenguts soll demnach für verfassungswidrig erklärt und unter Strafe ge-

stellt werden. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Wiefelspütz äußerte stellvertretend für alle Gegner solcher Festlegungen, er habe eine antifaschistische Klausel „immer abgelehnt, weil das Fundament des Grundgesetzes aus der strikten Abgrenzung zur NS-Diktatur besteht. Deswegen brauchen wir keine antifaschistische Klausel... Man würde das Grundgesetz beschädigen, wenn man den Nazis die Ehre zukommen lassen würde, im Grund-

gesetz Erwähnung zu finden.“ Dieser Sentenz zu folgen, könnte bedeuten, jede Erwähnung verfassungswidriger Kontrahenten in Gesetzen auszuschließen. Wichtiger ist das Folgende: Es gibt zwar das von Wiefelspütz genannte „Fundament“ in Form von Artikel 139 GG, der besagt: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht betroffen“,

doch ist der Artikel vage und hat noch nie zum Kampf gegen den Neofaschismus geführt – abgesehen davon, dass er in juristischen Kommentaren für überholt deklariert wurde. Eine klare Absage an Nazismus und Neonazismus im GG als Grundlage für energisches Vorgehen gegen die rechtsextreme Gefahr hätte ihren Sinn. Da dieses Vorgehen nicht beabsichtigt ist, verwerfen „Anständige“ die Absage.

Manfred Behrend

NPD: Wegschauen oder widerstehen

Über die Gemengelage in einer oberbayerischen Kleinstadt



Dorfen, eine Kleinstadt zwischen Landshut und Wasserburg, macht gelegentlich Schlagzeilen. Die Anlässe waren bisher in der Regel unerfreulich. Da gab's zu Beginn des 20. Jahrhunderts, vier Jahre vor Beginn des 1. Weltkriegs, einen Vorfall. Wegen einer geringfügigen Bierpreiserhöhung wurden mehrere Gebäude in Brand gesteckt. Und ein halbes Jahrhundert später stürmte ein Jugoslawe die Polizeistation und richtete ein Blutbad an.

Endgültig in die Schlagzeilen und zwar weltweit geriet Dorfen, als eine Gruppe von ortsansässigen und ortsnahen Jugendlichen im April des Jahres 2000 versucht hatte, das Gemeindehaus niederzubrennen. Eigentlich wollte man ja „nur“ das autonome Jugendzentrum (JZ) in Flammen aufgehen lassen. Da die Aktion nicht gelungen war, entschieden sich die Jungnazis für das nahe gelegene Gemeindehaus, Wohnstätte von etwa 20 vorwiegend nichtdeutschen SozialhilfeempfängerInnen. Einem glück-

lichen Umstand war es zu verdanken, dass Dorfen heute nicht in einer Reihe mit Städten wie Mölln und Solingen genannt wird.

Die Täter sperrte man für einige Jahre weg und Dorfen dümpelte wieder in den provinziellen Alltag hinüber. Gelegentliche Hakenkreuzschmierereien in der Stadt wiesen auf vorhandene braunen Bodensatz hin. Jugendliche aus dem autonomen Jugendzentrum (ehemaliges Heim der örtlichen Hitlerjugend), nahmen schon mal einen Farbeimer zur Hand und beseitigten die größten Spuren.

Die kleinbürgerlich geprägte Mentalität der Dorfener Bevölkerung schätzt wie auch anderswo das Wegsehen. Von größeren sozialen Verwerfungen war die Kleinstadt in den letzten Jahrzehnten verschont geblieben. Durch den Bau des Münchner Flughafens im Einzugsbereich war zusätzlicher Arbeitskräftebedarf entstanden. Der ehemalige Arbeitsamtsbezirk Freising-Erding glänzte bis vor kurzem noch mit extrem niedrigen Arbeitslosenzahlen um die 5 Prozent. Vermehrt siedelten sich Arbeitssuchende aus den sog. neuen Bundesländern an. Einige waren bereits in ihrer Heimat mit Neonazis in Berührung gekommen. Die Neubürger trafen im Landkreis Erding auf ein politisches Massen„bewusstsein“, das zwischen CSU und REPS angesiedelt ist. Zu den Hochzeiten eines Franz Schönhubers war im Landkreis die Rechtspartei für die CSU ein Angst-

gegner, dem man inhaltlich wenig entgegenzusetzen hatte. Solange aber in der Region die ökonomischen Rahmendaten die soziale Frage nicht existenzieller werden lassen, gibt es hier keine ausreichende Grundlage für eine offen faschistische Bewegung. Sog. national befreite Zonen finden hier, im Unterschied zum Anschlussgebiet, (noch) keine materielle Basis.

Diese Feststellung ist auch wichtig für die Einschätzung von Vorfällen, die Ende 2004 für Schlagzeilen sorgten.

NPD und Kameradschaft – Süd kommen vorbei

Interessanterweise war es aber nicht das plötzliche Auftauchen der NPD in der Dorfener Innenstadt mit Infotisch, Transparent und Fahnen, was in der Öffentlichkeit hektische Nervosität hervorrief. Der Vorgang wurde mit „nicht verbotener Partei“ und „Informationsfreiheit“ schönge-redet. Vielmehr wurde ein anderes „Problem“ erkannt und beschworen: die Gewalt. Nicht die Gewalttätigkeit der Neonazis.

Die Regionalausgabe des rechtskonservativen „Münchner Merkur“, der „Dorfener Anzeiger“ titelte mit der Schlagzeile: „10 bis 15 Demonstranten schleudern Tisch gegen Marktkirche in Dorfen“. In Dorfen schleudert man keinen Tisch gegen die Marktkirche. Das hat auch niemand getan, aber in der von fast

allen als Informationsquelle benutzten Zeitung war's so zu lesen. Und dann wird schon was dran sein, denkt sich der unbescholtene Bürger, der sich im Ernstfall beim jährlichen Faschingstreiben an der Marktkirche seines Dranges entledigt (wenn's denn sein muss), aber das auch nur an besagtem Tag und nicht im nüchternen Zustand.

Die Demonstranten wurden von NPDlern, der Polizei und der Presse dem Jugendzentrum zugeordnet. Tatsächlich hatte sich wenig Aufregendes ereignet:

Junge Leute, die im JZ mit der Vorbereitung eines sog. Südseeabends beschäftigt waren, hatten vom Auftreten der Nazi-Partei Wind bekommen und dafür gesorgt, dass das weitere Verteilen von Propagandamaterial unterblieb. Bei einer Rängelei soll ein Biertisch unweit der Marktkirche umgefallen sein. Als dann eine Woche später erneut NPDler als Flugblattverteiler zugeworfen waren, kam es bei starker Polizeipräsenz zu weiteren spontanen Protesten, die zur vorzeitigen – manche sagen auch fluchtartigen – Abreise der vorwiegend auswärtigen Neonazis (darunter bekannte Figuren wie der Münchner Neonaziführer Norman Bordin von der Münchner Kameradschaft-Süd, ein bekennender Nationalsozialist) wesentlich beitrugen. Auch der zweiten Aktion wurde Gewalt attestiert und dem JZ zugeordnet. Unter der Überschrift: (Bürgermeister) „Sterr erwägt Konsequenzen gegen das JZ“ war von Hausverboten und Maßnahmen gegen den Verein JZ Dorfen e.V. die Rede. (DA, 24.11.04).

Schöner leben ohne Nazis

Bereits zwei Tage später wurde im Internet der Aufruf einer ominösen „Initiative schöner Leben in Dorfen“ zu einer Demo für den Samstag derselben Woche entdeckt. Der Aufruf stand unter dem Motto: „Kriminellen keine Plattform bieten – Schützt unsere Jugend vor politisch motivierter Gewalt“ und richtete sich gegen das JZ, in dem sich lt. Aufruf „brutale, poli-

zeibekannte Anarchisten zusammensetzen“ (!).

Nachdem das Vorhaben der Tarninitiative von NPD und Kameradschaft Süd bekannt war, wurde im Umfeld von AGI (Arbeitsgemeinschaft International) und JUZ ein „Bündnis gegen Nazis“ initiiert, mit dem Ziel, den Nazis mit einem möglichst breiten Widerstand zu zeigen: Ihr seid hier unerwünscht!

Der Bürgermeister hatte in der Zwischenzeit mit dem Landratsamt Erding vereinbart, für die Zeit der Demo die gesamte Innenstadt für die NPD wie auch für alle Gegenaktivitäten zu sperren. Begründet wurde die Sperrung mit der „Vorweihnachtszeit“, mit den „Buden des Christkindlmarktes“ und dem „Vorweihnachtseinkaufsummel“. Einer inhaltlich begründeten Ablehnung des NPD-Begehrens verweigerten sich die Behörden und beließen es bei der formalen Begründung.

Für Gegenaktionen wurde nach längerem Hickhack eine Kundgebung am Rande der Innenstadt genehmigt.

Im Anmeldebescheid des Landratsamtes heißt es: „*Angehörige der regionalen linksextremistischen, autonomen Szene weisen derzeit im Internet (www.a-i-z.net) auf die Veranstaltung der Rechtsextremisten in Dorfen hin und rufen zu Gegenveranstaltungen, insbesondere zum Schutz des Jugendzentrums in Dorfen, auf. Als Gegenaktion ist eine Kundgebung am Johannisplatz mit anschließender Demonstration ab 10.00 Uhr geplant. Es wird mit der Teilnahme von Angehörigen der linksextremistischen, autonomen Szene aus dem Einzugsbereich von Landshut, München, Erding und Rosenheim gerechnet.*“ Des weiteren wird eingeschätzt:

„Erwartetes Potential links: Zu rechnen ist mit 60 Antifaschisten (siehe oben), ca. 20–30 gewaltbereite Personen aus dem Bereich des Jugendzentrums Dorfen und mit einer nicht genau festzuhaltenden Anzahl von

gewaltbereiten Punkern, die am Abend des 11.12.04 ein im Jugendzentrum geplantes Punkkonzert besuchen wollen.“

Was amtlich als Punkkonzert definiert wurde, fiel einer verweigerter Genehmigung durch die Stadtbehörde zum Opfer. Diese wollte den Jugendlichen zeigen, wer da letztlich das Sagen hat. Originalton Bürgermeister: „Dorfen will mit Radikalen jeglicher Art nichts zu tun haben“ (DA, 10.12.04)

Nachdem sich herausstellte, dass Gegenveranstaltungen nicht zu verhindern waren, ließen sich die Stadträte mehrheitlich von SPD und GAL zu einer Teilnahme an der Gegenkundgebung überreden. Der Samstag wurde den Umständen entsprechend ein Erfolg. Fast 1000 Bürgerinnen und Bürger aus Dorfen und Umgebung beteiligten sich an der Kundgebung des Bündnis gegen Nazis. Im Anschluss daran sorgten etwa 350 Gegendemonstranten trotz der wie üblich brutalen Interventionen des massiv vertretenen USK erfolgreich dafür, dass die Herren Bordin und Klettenhofer bei ihren Reden nur von wenigen gehört wurden. Der Nazi-Umzug wurde bis zum Schluss lautstark und wütend begleitet, es kam zu einigen Verletzungen und Festnahmen auf antifaschistischer Seite, und „seit diesem Samstag steht Dorfen für die Erfahrung eines couragierten Widerstands, der eben auch möglich ist“. (H. Zeller, Erdinger SZ, 13.12.04)

Jugendzentrum nicht nur von Nazis bedroht

Das trotzigste: „Dorfen – wir kommen wieder!“ der Nazikader war eher an die eigene Gefolgschaft gerichtet. Großspurige Ankündigungen konnten sie bis dato (Ende Februar 05) nicht in die Tat umsetzen. Mit dem kläglichen Auftreten der Jungnazis endete vorerst der Versuch, in



Dorfen einen Fuß in die Tür zu bekommen.. Um auf weitere Versuche angemessen reagieren zu können, wurde das bestehende Bündnis gegen Nazis auf breitere Grundlage (1.Treffen mit 30 TeilnehmerInnen) gestellt. Man einigte sich darauf, bei erneutem Auftreten der Nazis, diesen die Plätze und Straßen in Dorfen offensiv streitig zu machen, auf eigene Kundgebungen vorerst zu verzichten und dafür mit einer Reihe von Veranstaltungen die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechter Ideologie zu suchen. Erwähnenswert, wenn auch nicht überraschend, ist das Fernblei-

ben des konservativen Spektrums bei allen Bündnistreffen. Für die rechtskonservativen Honoratioren war es bitter genug, an einer unverkennbar antifaschistischen Kundgebung auf Druck der Öffentlichkeit teilnehmen zu müssen.

Kaum hatten die Neonazis Dorfen verlassen, wurde von Seiten der städtischen Behörde eine verschärfte Kampagne gegen das JZ gestartet. „Stadt verbietet Jugendzentrum ‚linke Aktivitäten‘“ hieß es bereits am 17.Dezember im DA. Sog. linke Aktivitäten definiert die örtliche rechtskonservative Politzsene, indem sie sich

selber zur Mitte erklärt und alles, was sich links von der rechten Mitte artikuliert, als nicht zulässig betrachtet. So muss es auch dieser Mitte ein Dorn im Auge sein, wenn im JZ antifaschistische Veranstaltungen mit Zeitzeugen wie Martin Löwenberg oder Ernst Grube, beide engagierte Vertreter von VVN/BdA, stattfinden. Die verschärfte Angriffe der Behörden werden von der regionalen Naziszene mit großem Wohlwollen verfolgt, wie im Internet nachzulesen ist. Vielleicht schafft ja die städtische Behörde das, was den Nazis jetzt nicht gelungen ist: Die endgültige Schließung des Jugendzentrums!

Leh 27.2.05

ver.di

Öffentlicher Dienst: Anstatt einer Tarifrunde

Die Sonderstellung der Lohnarbeiter/innen im öffentlichen Dienst hat eine lange Geschichte. Seit im späten Feudalzeitalter die Fürsten die Verwaltung ihrer Territorien nicht mehr als Lehen vergaben sondern in eigene Regie nahmen, haben die Beamten einen Status, der sich bei allen äußerlichen Veränderungen in wichtigen Punkten bis heute erhielt. Die besondere Treuepflicht gegenüber dem Landesherrn hat heute dem Staat in seiner jeweiligen Form zu gelten. Wer dagegen verstößt, hat mit Repressalien zu rechnen (heute z. B. durch den „Radikalerlaß“, der immer noch gültig ist - auch wenn er seltener angewandt wird als in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts). Der Staat revanchiert sich durch die „Alimentation“ der Beamten, d. h. die Gewährleistung einer „angemessenen“ (d. h. nicht allzu üppigen) Versorgung auf Lebenszeit.

Der Gedanke der Versorgung hat sich teilweise auch bei den nicht beamteten Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchgesetzt. Keine anderen Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte enthalten so viele Lohnbestandteile, die die persönliche Situation des einzelnen Lohnarbeiters, seine finanziellen Belastungen, diverse Familienschläge und vor allem das Dienstalter

berücksichtigen. Auch die Arbeitsplätze waren lange Zeit fast so sicher wie diejenigen der Beamten. Das allerdings hat sich geändert. Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung auch für Angestellte und Arbeiter ist beamtenähnlich gestaltet.

Die Anhänger der z. Zt. vorherrschenden neoliberalen Ideologie wollen sich nicht damit abfinden, daß ein beträchtlicher Teil der Lohnabhängigen den Zwängen des Arbeitsmarktes nicht so ausgeliefert ist, wie die Lohnarbeiter in der privaten Wirtschaft. Das teilweise Alimentationsprinzip soll einer „leistungsbezogenen“ Entlohnung (einschließlich Arbeitszeit) weichen.

Angeblich soll das Lohnvolumen im öffentlichen Dienst langfristig gleich bleiben. Zweifel daran sind begründet. Die Kassen des Bundes, der Länder und Kommunen sind durch Steuernachlässe und Subventionen für das Kapital geleert. Die Unternehmer und ihre Verbände fordern darüber hinaus einen Rückgang der Staatsquote, d. h. des Anteils des Staats am Bruttoinlandsprodukt, was gesamtgesellschaftlich eine Ausweitung der Kapitalverwertung ermöglichen soll.

Zum Kräfteverhältnis

Die Gewerkschaft hat im Grundsatz der qualitativen Verände-

rung vom teilweisen Versorgungszum Leistungsprinzip zugestimmt. Das ist ein grundsätzlicher Wandel. Die langfristigen Folgen sind heute schwer abzuschätzen. Den heute Beschäftigten wird dies kaum bewußt werden, da sie Bestandsschutz genießen. Deshalb wäre eine Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten auch wenig erfolgversprechend. Wie lange dieser Bestandsschutz gesichert ist, wird die Zukunft zeigen. Er bezieht sich auf die jetzigen Bezüge. Zukünftige Verbesserungen wie z. B. eine höhere Dienstaltersstufe sind nicht geschützt. Insofern greift die tarifliche Änderung der Vergütungsgrundsätze in die Lebensplanung der Betroffenen ein. Auch dies wird vielen noch nicht klar sein.

Der öffentliche Dienst nimmt überwiegend (vgl. Grafik 1) Aufgaben wahr wie Betreuung der im Staatsgebiet ansässigen (z. B. Sozial- und Wohnungswesen), Aufrechterhaltung der staatlichen Sicherheit



Sieg auf der ganzen Linie, da freut sich der Innenminister.

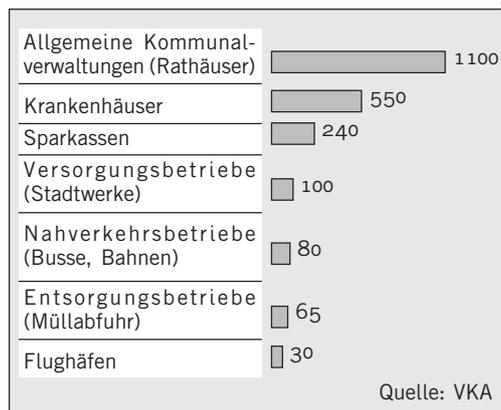
und Ordnung (nicht allein Polizei sondern auch Bauordnung, Gewerbeaufsicht usw.), Bewahrung und Ausbau der Infrastruktur (Verkehrswege, Rechtssicherheit u. a.). Die auf diesem Gebiet Beschäftigten sind nicht nur schwach organisiert sondern auch kaum streikfähig, da Streiks zwar durchaus längerfristig wirken könnten aber kurzfristig kaum wahrgenommen werden.

Ein ebenfalls nicht unbeträchtlicher Teil der Beschäftigten arbeitet in Bereichen, die im öffentlichen Bewußtsein höchstens eingeschränkt oder gar nicht streiken können, da Gesundheit oder Leben von Menschen gefährdet wären. Das umfaßt Krankenhäuser und Alten- und Pflegeheime, die Feuerwehr u. a.

Voll streikfähig ist lediglich der produktive Bereich des öffentlichen Dienstes wie Versorgungsbetriebe (Strom, Gas, Wasser, Fernwärme) und bürgernahe Dienstleistungen wie öffentlicher Nahverkehr. Die Beschäftigten dieser Bereiche waren es, die bisher fast ausschließlich Arbeitskämpfe stellvertretend für die überwiegende Zahl der Beamten, Arbeiter und Angestellten führten. Keine sehr starke Position einer Gewerkschaft.

Hinzu kommt, daß gerade in diesen potenziell streikfähigen Bereichen in den vergangenen Jahren heftig privatisiert wurde. Für viele der privaten Stadtwerke oder Buslinien gelten jetzt (wenn überhaupt) meist Haustarifverträge. Das Leistungsprinzip gilt hier sowieso.

Auch im öffentlichen Dienst geht die berechtigte Angst um den Arbeitsplatz um. Die Beamten sind die Ausnahme, doch bei Arbeitern und Angestellten wurden massenhaft Arbeitsplätze vernichtet oder privatisiert (vgl. Grafik 2).



Grafik 1

Die „Arbeitgeber“ im öffentlichen Dienst sind Bund, Länder, Gemeinden und Körperschaften. Die Länder beschäftigen die meisten Lohnabhängigen. Sie lehnen eine Übernahme der Vereinbarungen mit Bund und Kommunen ab. Sie wollen noch mehr an Arbeitszeit (natürlich ohne Lohnausgleich) und an Lohnkürzungen herauschinden. Das können sie sich leisten, weil die große Mehrzahl der bei ihnen Beschäftigten im Verwaltungsbereich arbeitet und wenig streikfähig ist. Nur einige Dienststellen (z. B. Streudienst bei den Straßenmeistereien) können erkennbar streiken - doch das ist die deutliche Minderheit. Trotzdem auch bei den Ländern Personal abgebaut wurde, stellen sie immer noch die Mehrheit der Arbeitenden im öffentlichen Dienst.

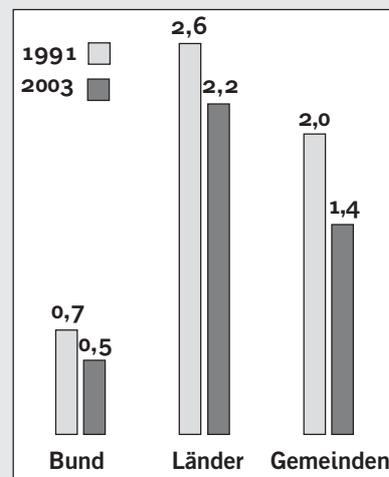
Bei Abschluß dieses Artikels gab es noch kein Tarifergebnis zwischen ver.di und der Tarifgemeinschaft der Länder.

Die Ergebnisse

1. Die **Lohntarifrunde** hat Reallohnabbau gebracht. Bei einer Laufzeit von fast 3 Jahren (35 Monate) sind 300,— Euro jährlich weit unter dem zu erwartenden Anstieg der Lebenshaltungskosten. Diese Jahreszahlungen sind nicht tabellenwirksam, d. h. etwaige prozentuale Lohnerhöhungen nach Ablauf des jetzigen Tarifvertrags beziehen sich auf die Tabellenwerte von 2004. „Nullrunde verhindert“ nennt das die Gewerkschaft (lt. Flugblatt Nr. 2 v. 9. 2. 2005).
2. **Leistungsorientierung:** Der Umbau der Manteltarifverträge (vor allem BAT für Angestellte/BMT-G für Arbeiter und diverse Sonderformen) wird zu erheblichen Veränderungen in den Entlohnungskriterien führen. Arbeiter und Angestelltentarife sollen vereinheitlicht werden, was sicher ein Fortschritt ist. Da die neuen leistungsorientierten Löhne und Gehälter zunächst nur bei neu Eingestellten greifen können (wegen Bestandsschutz) müßten eigentlich die Kosten für Bund und Kommunen steigen, da für neu in den öffentlichen Dienst eintretende jüngere Beschäftigte leistungsbedingt höhere Vergütungen anfallen würden, die

Radikaler Abbau

Beschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden 1991 bis 2003 (in Millionen)



Bei jeder sich bietenden Gelegenheit beschwören Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker den Konjunkturaufschwung, in der Hoffnung, daß sich dann auch am Arbeitsmarkt etwas tut. Das ist verständlich, denn die vielen Arbeitslosen kosten den Staat Milliarden. Ganz unschuldig daran, daß so viele Menschen vergeblich ein Job suchen, sind Bund, Länder und Gemeinden allerdings nicht. Seit 1991 ist die Zahl der bei ihnen Beschäftigten um 1,1 Millionen auf 4,1 Millionen gesunken. Allein bei den Kommunen sind 600 000 Arbeitsplätze verschwunden.

Grafik 2 – Quelle: DGB-„einblick“

wegen des Bestandsschutzes nicht bei den Älteren eingespart werden können. Die „Arbeitgeber“ werden angesichts leerer Kassen versucht sein, vor allem ältere Lohnarbeiter in hohen Dienstaltersstufen abzubauen und den Bestandsschutz nach Möglichkeit zu unterlaufen. Auch bei der Leistungsbeurteilung wird die Finanznot vor allem der Kommunen die Bäume nicht in den Himmel wachsen lassen. Auf die Betriebs- und Personalräte kommen da Druck und Versuchungen zu. Die Einzelheiten der Leistungsentlohnung werden in den nächsten Monaten und Jahren von den öffentlichen „Arbeitgebern“ und der Gewerkschaft ausgehandelt. Im öffentlichen Dienst wird es vermutlich noch schwieriger als in der Privatwirtschaft sein, objektive Leistungskriterien zu finden. Die Gefahr willkürlicher Beurteilungen dürfte erheblich sein. Langfristig werden

ältere Beschäftigte gemessen am jetzigen Stand verlieren (wegen Wegfall der Dienstaltersstufen) – Jüngere sollen wegen der Leistungszulagen mehr verdienen.

- 3. Leistungsprämien:** Diese sollen ab 2007 von zunächst 1 % bis auf 8 % steigen. Dafür sollen Weihnachts- und Urlaubsgeld „sozial verträglich“ gekürzt werden. Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden zusammengelegt. Diese „jährliche Sonderzahlung“ wird bei höheren Gehaltsgruppen bis auf 60 %; bei unteren bis auf 90 % des vorherigen Stands abgeschmolzen.
- 4. Arbeitszeit:** Im Bund wird die Arbeitszeit West von 38,5 auf 39 Wochenstunden angehoben. Dafür sinkt die Wochenarbeitszeit Ost von 40 auf ebenfalls 39 Stunden. In den Gemeinden bleibt es bei 38,5 Std./Woche im Westen und 40 Std. im Osten. Die Vereinheitlichung zwischen Ost und West wird als eine Errungenschaft des Tarifwerks angesehen. „An unserer Position gegen Arbeitszeitverlängerung hat sich nichts geändert. Bei fünf Millionen Arbeitslosen ist Arbeitszeitverlängerung das Falscheste, was man machen kann.“ Meint ver.di-Vorsitzender Bsirske lt. Publik 03/2005, S. 1. Eine Öffnungsklausel für Arbeitszeitregelungen für die Gemeinden kann nur auf Bezirksebene angewandt werden. Das soll verhindern, daß privatisierungsgefährdete Betriebs- oder Personalräte unter Druck gesetzt werden.
- 5. Flexibilisierung:** Die Normalarbeitszeit kann täglich bis zu 12 Stunden, die Wochenarbeitszeit bis zu 45 Stunden ausgedehnt werden. Dafür ist in einem Zeitraum bis zu 1 Jahr Freizeit ausgleich zu nehmen. Überstundenzuschläge werden damit weitgehend entfallen. Daß in Behörden nichts oder wenig gearbeitet würde, gehört zwar ins Reich der Legende oder der Stammtischwitze; doch daß der Arbeitsdruck zunehmen und sich dem in der „freien Wirtschaft“ annähern wird, ist abzusehen.
- 6. Niedriglohngruppe:** „Einfache Tätigkeiten“ werden in dieser neuen Lohngruppe um bis zu 300,- €/Monat geringer bezahlt. Damit soll der Privatisierung etwa von Putzdiensten, Wachdiensten usw. entgegen gewirkt werden. Das ist wohl der schwerste Verstoß gegen bisherige gewerkschaftliche Grundsätze. Tarif-

politik muß gewiß den gesellschaftlichen Tatsachen Rechnung tragen. Lohndumping bei derartigen Tätigkeiten ist leider üblich. Hier aber macht ver.di ein Türchen auf, das bald ein Scheunentor werden kann. „Einfache Tätigkeit“ ist ein schwammiger Begriff. Kommunale „Arbeitgeber“, selbst unter dem Druck tariffreier oder unter günstigeren Haus tarifen handelnden privaten Konkurrenten (z. B. in Krankenhäusern, bei ambulanter Pflege u. a.) werden gezwungen sein, den Begriff „einfache Tätigkeit“ weit auszulegen. Die Vorschriften der EU im Dienstleistungsbereich (sogenannte Bolkestein-Richtlinie), nach denen die Gesetze und Tarife des Herkunftslandes gelten sollen, tun ein Übriges. Übel ist, daß ver.di hier am deutlichsten vom Grundsatz des Tariflohns als eines Mindestlohns abweicht. Jahrzehntlang haben Gewerkschaften gegen „Leichtlohngruppen“ gekämpft. Jetzt werden sie offiziell wieder eingeführt. Es ist (wie bei den „Leichtlohngruppen“) damit zu rechnen, daß hauptsächlich Frauen unter diese Lohngruppe fallen werden.

Länder

Die Bundesländer, die den größten Teil der Lohnabhängigen im öf-

fentlichen Dienst beschäftigen, weigern sich, den abgeschlossenen Tarifvertrag beim Bund und bei den Kommunen zu übernehmen. Sie wollen noch mehr Zugeständnisse. Die Arbeitszeiten für Beamte der Länder wurden bereits erhöht (ohne Lohnausgleich). Spitzenreiter ist Bayern mit 42 Std./Woche.

Zusammenfassung

Es wäre billig, einer Gewerkschaft, die unter den oben geschilderten ungünstigen Voraussetzungen antreten muß, mangelnde Streikbereitschaft oder gar Verrat vorzuwerfen. Ver.di hat immerhin Bestandsschutz bei den Vergütungen erreicht. Bestandsschutz verringert aber die ohnehin geringe Kampfstärke noch mehr. Ich will deshalb gar nicht so sehr an einzelnen Vereinbarungen herum kritisieren, zumal viele Auswirkungen erst in der praktischen Umsetzung spürbar sein werden.

Ver.di versäumt aber, die Ursachen der Schwäche klar zu benennen. Ver.di schwankte im Vorfeld der „Tarifrunde“ zwischen Bejahung des Leistungsprinzips und lauwarmen Worten gegen das neoliberale Weltbild. Nach dem Abschluß wurde dieser als Erfolg verkauft. Wer eine Niederlage Siegen nennt, bereitet die nächste Schlappe

Beamte

Bereits am 4. 10. 2004 einigten sich Innenminister Schily, ver.di-Vorsitzender Bsirske und der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Heesen auf Eckpunkte einer Reform des Beamtenrechts. Die Arbeitszeiten für Bundesbeamte sollen einheitlich in Ost- und Westdeutschland auf 40 Wochenstunden festgelegt werden. Die Bezahlung soll noch radikaler als im übrigen öffentlichen Dienst auf Leistungsprinzip umgestellt werden. Die bisherigen Laufbahnen (einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst sowie einige Sondergruppen) sollen in Zukunft wegfallen und auf eine Bezahlung nach Leistung umgestellt werden. Mit Recht bemerkt dazu Michael Wendl, stellvertretender Bezirksvorsitzender Bayern von ver.di, „Einmal ist es ausgesprochen schwierig, gerade im öffentlichen Dienst Leistung objektiv zu messen. Es ist schon fast unmöglich, sich auf tragfähige Leistungskriterien zu verständigen. Also wird in der Praxis nach subjektiven Gesichtspunkten entschieden.“ (aus Sozialismus 12/2004, S. 40) Innerhalb der Beamenschaft wird eine Umverteilung der Einkommen stattfinden, die kostenneutral sein soll. „Für die überwiegende Mehrheit der Beamten heißt das, daß sie ab 2007 mit jährlichen Reallohnverlusten konfrontiert sind, da ihr Einkommen auf dem Stand des Jahres 2006 eingefroren wird.“ (Michael Wendl ebd.) Gewerkschaften, in denen ebenfalls Beamte organisiert sind, werden sich den mit ver.di abgeschlossenen Vereinbarungen anschließen müssen. Das betrifft hauptsächlich GEW und GdP.

Auch hier wird die Umsetzung der Beschlüsse erhebliche Zeit in Anspruch nehmen und unter dem Sparsamkeitsdiktat der öffentlichen „Arbeitgeber“ stehen.

vor. Eine offene Darlegung der mangelnden Kampfkraft als Grund für das magere Ergebnis unterblieb. Das wäre eine der Voraussetzungen, Mitglieder und Unorganisierte in Auseinandersetzungen der Gegenwart und Zukunft mit einzubeziehen um aus der Unterlegenheit herauszukommen.

Die Ideologie der neoliberalen Angebotstheorie wird allenfalls in Broschüren auf Funktionärschichtebene kritisiert - und auch das meist nur oberflächlich. Die Mitglieder bekommen davon wenig mit und sind der Meinungsmache in den Medien weitgehend hilflos ausgeliefert.

Mit Niedriglohngruppen kann der internationalen Lohnkonkurrenz nicht begegnet werden. Gegen Ein-Euro-Jobs (für „einfache Tätigkeiten“) kann keine Niedriglohngruppe konkurrieren. Ebenso wenig gegen Unternehmen vor allem aus ost- und südeuropäischen Ländern (gemäß GATS und der EU-Dienstleistungsrichtlinie* s. o.). Die Einsatzgebiete solcher Firmen sind groß. Nicht allein Putzdienste oder Küchen (die jetzt schon weitgehend privatisiert sind) werden diesem Lohndumping ausgesetzt. Transportbetriebe, ambulante Pflegedienste u. v. a. m. sind der internationalen Konkurrenz innerhalb der EU ausgeliefert. Gegen deren Löhne und Abgaben für soziale Absicherung (soweit vorhanden) können auch Niedriglohngruppen nicht aufkommen. Anstatt gegen die Einführung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, gegen Privatisierungen und Dumpinglöhne zu mobilisieren, läßt sich ver.di auf eine Standortkonkurrenz ein, die sie nur verlieren kann.

Als einzige langfristig erfolgversprechende wenn auch schwierige

Strategie gegen internationale Lohnkonkurrenz „müssen Europas Gewerkschaften stärker kooperieren, damit in einer europäisch vernetzten Wirtschaft die Möglichkeiten zu unfairer Lohnkonkurrenz zurückgedrängt werden.“ Das meint der DGB-Vorsitzende Michael Sommer lt. Spiegel 7/2005, S. 95. Den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift wird dieser Gedanke (wenn auch ohne Einschränkung auf Europa) nicht neu sein. Wir schlagen diesen Weg seit vielen Jahren vor. Nachdem er jetzt sogar schon bis in die DGB-Spitze bekannt ist, braucht er sich nur noch in den ver.di-Vorstand (und in die Vorstände der anderen Einzelgewerkschaften) herumzusprechen. Natürlich denken auch wir nicht, daß Sommer seinen o. g. Worten nun Taten folgen lassen bzw. die tarifabschließenden Gewerkschaften in diesem Sinne beeinflussen wird. Dennoch ist es bemerkenswert, daß eigentlich traditionelle gewerkschaftliche Standpunkte nach langer Zeit (der Not gehorchend) wieder auftauchen.

Schnell und geräuschlos wurden die Tarife mit Bund und Kommunen abgeschlossen. In der Tarifkommission stimmten 32 Delegierte überwiegend aus Baden-Württemberg, NRW und Bayern dagegen. Dem Vernehmen nach soll Bsirske im Falle der Ablehnung mit Rücktritt gedroht haben. Manche fühlten sich an die Vorgehensweise Schröders erinnert. Nur das „Basta“ fehlte.

Der Tarifreform“ gingen rd. 2-jährige Vorgespräche („Prozeßvereinbarung“) voraus. Die grundlegenden Veränderungen: Ende des (teilweisen) Alimentationsprinzips und Einführung „marktwirtschaftlicher“ Grundsätze in den Bereich des öffentlichen

Dienstes, gingen an der Masse der Mitglieder und erst recht der nicht organisierten Beschäftigten vorbei. Weder erfolgten ausreichende Informationen seitens der beteiligten Funktionäre an die Mitglieder noch wurde von letzteren Aufklärung oder gar Mitwirkung verlangt.

Es ist heute schon abzusehen, daß die Lobpreisungen: „Vielfach wurde er (der Abschluß, Anm. d. Verf.) als 'historischer Meilenstein' zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes gefeiert, durch den langfristig auch 2,1 Millionen Arbeitsplätze gegen Privatisierung und Auslagerung gesichert werden konnten.“ (Publik 03/2005, S. 1) Illusionen dieser Art werden bald platzen. Auch damit ist Enttäuschungen und weiteren Niederlagen der Weg bereitet.

Die Tarifmaschine ver.di hat formal funktioniert. Die gewerkschaftlich Interessenvertretung ver.di blieb auf der Strecke.

* Nachdem Lohndumping in den letzten Monaten auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde (z. B. Spiegel 7/2005 „Der Osten kommt“ u. a.) will der Bundeskanzler in Brüssel auf Änderungen der „Bolkestein-Richtlinie“ drängen. Dem dürfte mäßiger Erfolg beschieden sein, da diese EU-Richtlinie die Umsetzung des GATS (Allgemeines Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen) auf EU-Ebene ist. Die Welthandelsorganisation (einschließlich der EU-Staaten) hat dieses Abkommen im Prinzip bereits beschlossen. Vielleicht wird es kleinere Änderungen oder Aufschübe geben – an der verschärften Lohnkostenkonkurrenz wird sich wenig ändern.

Stand 27. 2. 2005



Attention!

Our comrade Mike Jones translated some documents by August Thalheimer which are published in Revolutionary History Volume 8, no. 4 „August Thalheimer and German Communism“, 320 p. Price 19,30 e and postage.

1. August Thalheimer, 1923: A Missed Opportunity? The Legend of the German October and the Real History of 1923

2. August Thalheimer, the Fifth Congress of the Communist International and its Results

3. August Thalheimer, The Strategy and Tactics of the Communist International

Please order by: **Thomas Gradl**
Postfach 910307
90261 Nürnberg

WSI-Mitteilungen, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts
in der Hans-Böckler-Stiftung, Heft 11/2004

Konturen der Klassen

WSI-Verteilungsbericht 2003:

Keine Trendumkehr der wachsenden sozialen Ungleichheit

In einer Gesellschaft, grob aufgeteilt in Kapitaleigner und Leuten, die davon leben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ist das Bild vom alljährlich gebackenen Kuchen „Gesamtprodukt“ geläufig. So läßt sich eine Vorstellung erzeugen, wer nun wieviel davon als Einkommen in Geldform schließlich zugeteilt bekommt. Die gegebene gesellschaftliche Kräftekonstellation entscheidet, wie die Ansprüche darauf definiert und geltend gemacht werden. Bei etwa 89 Prozent der Erwerbstätigen, die von Lohn oder Gehalt abhängig Beschäftigte sind, und deren Bruttoeinkommen derzeit mit sinkender Tendenz rund 72 Prozent des Volkseinkommens ergibt, bleibt daher die Frage: Wer erhält den Rest? Abzüglich der Einkünfte von Selbständigen und Freiberuflern stellen diese 28 Prozent die Gewinnquote der Kapitaleigner. Nach Einschätzung von Claus Schäfer, Referatsleiter für die Analyse der Verteilung von Lebenslagen im WSI „lassen die betrieblichen und politischen Akteure nicht davon ab, die Ungleichheit zu vergrößern bzw. die Nachfragebedingungen zu verschlechtern.“

Denn nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verbleibt den Lohn- und Gehaltsempfängern eine Nettolohnquote von 42,5 Prozent des Volkseinkommens (1980: 52,7 Prozent). Bei den Nettogewinn- u. Vermögenseinkünften stieg von 1980 (24,3 Prozent) der Anteil fast um sechs Punkte auf 30,1 Prozent in 2003. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit, die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitjobs und die allgemeine Lohn-dämpfung finden Ausdruck im Niedergang der Nettolohnquote und damit einer nachlassenden binnenwirtschaftlichen Dynamik. „Betrogen die effektiven Arbeits-

entgelte aller erfaßten Vollzeitbeschäftigten im Westen einschließlich Sonderzahlungen in 2002 noch 3.258 Euro pro Monat, so belaufen sie sich in 2003 auf 3.232 Euro. Die Differenz macht hochgerechnet auf das Jahr und die hier erfaßten Vollzeitbeschäftigten einen Einkommensverlust von 2,5 Mrd. Euro aus.“ Im Osten erreicht der Jahresdurchschnittsverdienst von Arbeitern und Angestellten zusammen 72,6 Prozent der Verdiensthöhe im Westen und verharrt bei geringen Schwankungen etwa auf dem seit 1996 erreichten Stand.

Beschäftigte in Ost wie West mit Monatseinkommen unter 75 Prozent des Durchschnittsbedarfs unterschreiten die sogenannte Prekärschwelle und rutschen bei Erwerbslosigkeit zwangsläufig umso eher in die Armut, je niedriger ihr Lohnniveau ausfiel. Wenn in Deutschland daher etwa ein Drittel der Bevölkerung in privaten Haushalten das Leben in einer Grauzone der Gefahr des Übergangs in weiteren sozialen Abstieg auf die Reihe bekommen muß, schnappt insbesondere bei jedem zweiten Haushalt von Alleinerziehenden mit Kindern die Armutsfalle zu. Leben demnach also mehr als elf Prozent der Betroffenen in privaten Haushalten unter der Armutsschwelle, ist nicht zu vergessen, das eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung solcherlei Probleme nicht kennt. Dies ist für die Stabilität der politischen Verhältnisse entscheidend.

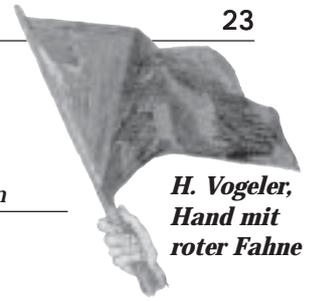
Im allgemeinen Kontrast dazu strebte die Entwicklung der Unternehmensgewinne eindeutig nach oben. „(...) 1991 standen in Deutschland einer Gewinnsumme von rund 185 Mrd. Euro bei allen Kapitalgesellschaften nur rund 22 Mrd. Euro direkte Steuern aus den

AGs und GmbHs gegenüber; in 2003 lautet die entsprechende (unechte) Relation rund 300 Mrd. Euro Gewinn und nur noch 16 Mrd. Euro Steuern. Im Trend also - nicht in jeder Konjunkturphase - sind die Gewinne aller Kapitalgesellschaften gestiegen, die Steuern der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn dagegen gesunken.“ Die produzierenden Kapitalgesellschaften bestritten in dieser Situation bei mäßiger Konjunktur ihre Investitionen in Höhe von etwa 204 Mrd. Euro aus der firmeneigenen Kasse und konnten sogar in 'beträchtlichem Umfang' (Deutsche Bundesbank) Bankkredite tilgen. „Die produzierenden Kapitalgesellschaften sind also trotz Konjunkturflaute nicht nur mit viel Finanzmitteln ausgerüstet, sie sind auch für einen künftigen Aufschwung wie für die Konkurrenz mit ausländischen Firmen gut aufgestellt - wenn der Aufschwung kommt.“

Allein in Anbetracht der seit Jahren vergeblichen Appelle von Claus Schäfer, die Steuerpolitik mehr nach Leistungsfähigkeit auszurichten, stimmen Hoffnungen auf die „Lernfähigkeit der deutschen Politik“ wenig optimistisch. „Das vermeintliche Problemlösungsrezept - die Umverteilung zugunsten von Unternehmen und 'leistungstragenden' hohen Einkommen und Vermögen - ist selbst der Problemauslöser“. Zu konsequenteren tarifpolitischen Möglichkeiten der Gewerkschaften, der Einsatz der eigenen (noch?) vorhandenen Kraft, ist allerdings nur gesammeltes Schweigen zu finden. Aus dieser Stimmung auf den organisatorischen Ebenen dürften auch wahltaktische Formierungsversuche nicht hinausführen, deren Programmatik an verteilungspolitische Defensivstrategien der IG Metall und ver.di angelehnt ist.

Seit einigen Ausgaben wird auch in der Arbeiterstimme über die neue „Linkspartei“, WASG diskutiert. In dieser Nummer setzen wir diese Debatte mit zwei Beiträgen fort.

Die Redaktion



H. Vogeler,
Hand mit
roter Fahne

Projekt Arbeiterpartei e.V. :

Welche Unterstützung verdient die neue Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit?

Wie zu vernehmen ist, scheint die Situation insbesondere im Landesverband NRW der Partei ASG nicht dafür zu sprechen, das Ansinnen eines Einzugs in das Landesparlament dort demnächst zu meistern. Dieses voreilige, man kann auch sagen vom Zeitpunkt her zu späte Einschwenken auf dieses Ziel muß nur durch die unüberwindene 5 %-Hürde versperrt bleiben – damit wäre der Aufbruchstimmung von Frühjahr bis Spätsommer 2004 die letzte Spur von Elan genommen.

Da nun die Partei ASG einen erneuten Versuch in der Geschichte der BRD darstellt, links von der SPD eine politische Formation zur gesellschaftlich wirksamen Repräsentanz der Interessen von Lohnabhängigen zu etablieren und auszubauen, dürfte die relativ isolierte sozialistische Linke daran interessiert sein, nicht erneut als Zuschauer beim Scheitern dieses Vorhabens dazustehen, sondern ihm zum Durchbruch zu verhelfen, um die eigenen Wirkungsmöglichkeiten nicht nur zu erhalten, sondern zu verbessern.

Richtschnur für das Verhalten konsequenter Antikapitalisten oder radikaler Sozialisten im Hinblick auf die Polbildung, als eventuelle Voraussetzung eines neuen historischen Blocks in Fortsetzung, kann die Aussage von Friedrich Engels (1894) bieten: „Ihr Platz ist in den Reihen der Kämpfer für jeden unmittelbaren Erfolg, der im Interesse der Arbeiterklasse zu erzielen ist; alle diese politischen oder sozialen Erfolge akzeptieren sie, aber nur als *Abschlagszahlungen*.“

Darum betrachten sie jede revolutionäre oder progressive Bewegung als einen Schritt vorwärts auf ihrem

eigenen Wege und ihre besondere Aufgabe ist es, (...) vorwärtszudrängen und (...) die Interessen des Proletariats zu wahren. Diese Taktik, welche das große Ziel nie aus dem Auge verliert, bewahrt die Sozialisten vor



den Enttäuschungen, denen die anderen, weniger klarblickenden (...) – ob reine Republikaner oder Gefühlssozialisten – unweigerlich unterliegen, da sie eine bloße Etappe für das Endziel des Vormarsches halten.“ (MEW 22, S. 440 f.)

Ob definitionsschwache Formeln von sozialer Gerechtigkeit und Arbeit, letzteres gehört ja möglichst reduziert für jeden, die richtige Leitparole bilden, sei hiermit kritisch bemerkt: Wenn die Kapitaleigner möglichst viel Arbeitsleistung für möglichst wenig Geld haben wollen plus gesellschaftliche Zustände, die das erlauben, sollte dann nicht die populäre Parole lauten: Leben wir, *nur* um zu arbeiten - oder arbeiten wir, um zu leben? Denn wo gilt in den oberen Etagen das Arbeitsideal, was sie nach unten verordnen wollen, obwohl oben „Absahnen wie nur möglich“ die Leitparole ausmacht?

Thesenartig ließe sich das Verhältnis zur Partei ASG so umreißen: Die Gründung kam im Frühjahr 2004 zwar spektakulär eingefädelt, aber zu spät, um einen aktionsfähigen Kern auszubilden, der mehr vermag als Termine von Versammlungen, Plakatkleben und andere Aktivitäten von Wahlvereinen abzuwickeln. Der Ansatz war spätestens 1999/2000 beim Systembruch der „Rieserreute“ überfällig. Kleinlaut hieß nach der Bundestagswahl 2002 bis ins Frühjahr 2004: Bitte „Politikwechsel“. Jetzt gilt Hartz IV auf weiteres mit genauso wenig Zeitabstand bis 2006, und gerade für die Gewöhnung an Alg II und sonstiges reicht das gut hin – aber auch für den anhaltenden Unmut und die Empörung, um sie auf notwendige politische Ziele hin zu lenken? Um gesellschaftliches Arbeitsaufkommen u.a. umzuverteilen, bietet das IG Metall-Flugblatt „Wirtschaft aktuell 03/2005“ Forderungspunkte, die als Ausgangsforderungen Unterstützung verdienen. Illusionärer verteilungs- wie machtpolitischer Selbstbetrug wie die „Bürgerversicherung“ bleiben immerhin unerwähnt. Dahinter eine Wahlbewegung zu versammeln, würde einen Ansatz im Sinne von F. Engels (s.o.) begünstigen.

Die begrenzt neoreformistische Orientierung der programmatischen Ideentifter der WASG, vor allem veränderte Sekundärverteilung über Steuersystem, ist unübersehbar. Damit auch die Juso- und Memo-Herkunft ergrauter „Reformsozialisten“, die nun unbedingt ihren zweiten politischen Frühling erhoffen, nachdem der erste den SPD-Bach runterging.

Dreißig Jahre haben sie die Formation gestützt, die jetzt soziale Demokratie kleindeutet und umschreibt. Mit wem wollen sie selbst bei fünfzig Abgeordneten im Bundestag Mehrheiten für ihren Verteilungssegen gegen die Allparteien-koalition der Sozialstaatsdemonierer bilden? Es kommt darauf an, Ziele nach vorn zu stellen, die im Erfahrungsraum der Alltags- wie Tarifkämpfe (Arbeitszeit) Erfolgchancen haben. Also: Sechstundentag für alle ohne Lohnverlust, Mindestlohn 11 Euro/brutto (etwa 8 Euro netto) für vollversicherte Tätigkeit, Rückwandlung von Teilzeit- und Minijobs in reell entlohnte Vollzeitstellen. Neoliberale EU-Verfassung? Weg damit! Verfassung ja, aber keine verfassungsrechtliche Festschreibung des EU-Kapitalismus, gegen die im Vergleich das bundesdeutsche Grundgesetz wie ein radikaldemokratischer Alternativentwurf klingt.

Darauf sich zu konzentrieren, darüber mit einsichtigen Alternativen aufzuklären; das wäre schon was.

Im Gründungsprogramm der ASG nimmt die Arbeitszeitfrage (35-Std.-Woche) nur eine nachgeordnete Position ein. Sie gehört aber nach vorn, weil soziale Aktion sie erkämpfen und auf Dauer sichern kann. Stattdessen verträsten steuerpolitische Träume und staatliche Investitionsprogramme weiter auf passive Erwartungen an eine Politik von oben, die

sozusagen mehr Vernunft annimmt und alles wieder hinbiegt. So wirken auch die ökologischen und pazifistischen Glaubensartikel am Programmschluß: Abgedroschen in ihrer Phrasenhaftigkeit, machtpolitisch ohne jeden Bezug auf reale Interessen und Gegensätze, quasi im luftleeren Raum.

Diese Kritik verdrängt nicht, daß von Seiten der realitätsorientierten radikalsozialistischen Gruppen (insbesondere denen in der KPO-Nachfolge) nach dem Ende der sozialliberalen Koalition seit 1982 im Hinblick auf eine erneute irgendwann erwartbare Regierungsübernahme der SPD aber auch gar nichts unternommen und alles unterlassen wurde, Publikationsorgane und Organisationsstrukturen darauf auszurichten, der dann umso desaströseren SPD-Politik im Anschluß an die Kohl-Ära wahrnehmbare Alternativen entgegenzustellen. Dieser Fatalismus sprachjeglichem „Eingreifen“ im Sinne einer materialistischen Praxis Hohn.

Neoreformistische Experimente, wie jetzt die Partei ASG, die einer populistischen Lafontaine-Sozialdemokratie nacheifert, haben es nun wieder leicht, ihre programmatischen Seifenblasen aufsteigen zu lassen. Daß die PDS programmatisch wie personell bei der sozialdemokratisch geprägten Wählermasse im Westen der Republik nicht punkten konnte,

war spätestens 1994 unübersehbar. Ihren Charakter als Mandatsträgerpartei des Ostens und eben nicht einer sozialistischen Kampfpartei begriffen manche erst zehn Jahre später. Und die DKP muß sich wieder jüngst nach ihrem letzten Parteitag fragen lassen, ob ihr Antikriegsgezeiter dabei weiterhilft, in der arbeitenden Bevölkerung mehr Gespür für die Folgen von Lohn- und Sozialkürzungen – und was dagegen wirksam zu tun ist – zu fördern. Die wachsende Verdrossenheit der arbeitenden Bevölkerung über die herrschende Politikerkaste in politische Stoßkraft für einsichtige Ziele zu transformieren, will der idealistisch-aktionistisch geprägten Linken besonders im Westen nicht gelingen. Dies ist nicht zu vergessen, wenn es um die Einschätzung der aktuellen Funktion einer neuen sogenannten „Linkspartei“ in Deutschland geht. Tatsächlich drängt die fehlende politische Repräsentanz der Interessenlage der lohnabhängigen Bevölkerung auf eine Lösung vorerst auch im parlamentarischen Raum, der mehr oder weniger effektiv je nach gesellschaftlicher Mobilisierung dort zu entsprechen ist. Manche mögen das für abwegig halten. Der historische Verlauf bewegte sich jedoch oft über Umwege, nimmt sogar neue Anläufe aus überholten Zeiten.

Göttingen, Anfang März 2005

Der Wink mit dem dünnen Zaunpfahl

Zur Gründung und den Perspektiven einer neuen Linkspartei

Im Parteiensystem rumort es und das ist angesichts der Wirkungen des neoliberalen Kapitalismus kein Wunder. Die SPD hat sich zu dessen unumwundenem Exekutor gemauert, baut den Sozialstaat flott zurück und bürstet die Gewerkschaften ab. Nach Anthony Giddens Rezept der „neuen Mitte“, dem auch die New Labour Party in England folgt, ist sie nach innen kapital und staatstragend, nach außen interventionsgeneigt geworden. Die „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ und

die Parteilinke sind praktisch nicht mehr existent. Ihre Reste ordnen sich dem Parteivorstand unter, um die Regierungsmehrheit nicht zu gefährden. Als Hort des Sozialreformismus hat die SPD ausgespielt und weist auch keine nennenswerte innerparteiliche Polarisierung mehr auf. Mit der CDU/CSU hingegen kungelt sie im Stile einer stillen großen Koalition. Die Mitglieder, vor allem Lohnabhängige, verlassen in Scharen das (noch nicht) sinkende Schiff, das nicht mehr am Rand der Sozialpartner-

schaft dümpelt, sondern in ihr Zentrum hineinflügt. Was Bodo Zeuner jüngst als „Privatisierung des Öffentlichen“ auf der ganzen Linie bezeichnet hat, findet in der SPD einen allzeit „reform“bereiten Anwalt.

Soziale Konflikte ohne Überbau

Die sich vollziehende Spaltung und Unruhe der Gesellschaft drückt sich nurmehr bedingt in dem obendrein stark repräsentativen Par-

teiensystem aus. Die „Politikverdrossenheit“ wie das eloquente Schlagwort lautet, artikuliert nicht einfach Unmut. Vielmehr reagiert das Wahlvolk auf diese Weise erschreckt auf das Dahinschmelzen des nolens volens liebgewordenen Sozialstaats unter den Schlägen der aggressiven Kapitaloffensive. Wenn fraglich sein muß, daß die Losung des „kleineren Übels“ SPD noch einmal zieht und die Wähler nicht lieber gleich sich in die Arme der 'ordentlichen' Unternehmerpartei CDU/CSU begeben, scheint ihre Ratlosigkeit andererseits eher den Rechtspopulisten zugute zu kommen als der sich (noch) systemalternativ verstehenden PDS. Es darf auch nicht übersehen werden, daß eine durchaus konflikt und kampfgeübte Bevölkerung mit einer der niedrigsten Streikraten der Welt nicht nur von der Massenarbeitslosigkeit und betrieblichen Rationalisierung in die Mangel genommen wird und guten Grund zur Besorgnis hat, sondern auch unter dem ideologischen Dauerfeuer der Angebotspolitik steht. Ihr zufolge brauche es, sooft das auch wissenschaftlich widerlegt werde, nur niedriger Lohnkosten, um den Tanker BRD wieder in Gang zu bringen und Arbeitsplätze zu schaffen. Schaut man sich den Exportrekord dieses Jahres an, braucht einem um seine fette Fracht nicht bange zu sein und entlarvt sich das neoliberale Gerede als interessierte Ignoranz.

Wirkliche Bewegung und Partei

Vom Aufflammen der OpelArbeiter und mittlerweile abgeebbten Montagsdemonstrationen gegen Harz IV abgesehen, regt sich indes wenig Widerstand. Das gesellschaftliche Bewußtsein 'derer da unten' bleibt meilenweit hinter dem objektiven Prozeß zurück. Die Gewerkschaften müssen bitter erfahren, daß die Waffe des reinen Lohnkampfes stumpf und die Einbindung in die sozialdemokratische Regierungspoli-

tik kontraproduktiv geworden sind. In dieser Situation hat sich in Gestalt der „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ eine neue Partei formiert. Sie besteht aus oppositionellen Gewerkschaftern, PDSlern, attac-Leuten und Intellektuellen. Nachdem sie ursprünglich auf einen inneren Kurswechsel der SPD setzte, versucht sie nun, diesen von außen zu erreichen, eben mit dem Zaunpfahl zu winken. Jene hat den „Parteirebellen“ eine glatte Absage erteilt. So besetzt die neue Partei die von der SPD geräumte Stellung reformistischer Politik, deren Achse die Verteidigung des Sozialstaats ist. Daß hier schon die PDS angelangt ist, wäre noch das geringste Problem. Die WASG geht zurecht von Zerfall und Enttäuschung im sozialdemokratischen Wählermilieu aus. Nur sagt sie



nicht und müßte es doch wissen, daß einer sozialdemokratischen Politik des Ausgleichs der Klasseninteressen heute die materiellen und ideologischen Voraussetzungen fehlen. Schon die bloße Verteidigung des Bestehenden stößt daher unweigerlich an die Grenzen des Systems und kommt daher nicht umhin, dessen wie auch immer geartete Veränderung und Überwindung zu formulieren. Davon hat man in der WASG bisher nichts gehört. Was auf ihrer anstehenden Parteikonferenz beraten wird, bleibt abzuwarten. Insbesondere wird sie der Frage nach der tradierten sozialpartnerschaftlichen Orientierung der Gewerkschaften nicht ausweichen können und wird auch bedenken müssen, was die Wähler mit einer (zweiten) protestierenden Minipartei überhaupt anfangen können. Nach eigenen Angaben gehen deren Mit-

glieder in die Tausende, gibt es 40 Regionalgruppen und 16 Landesverbände. Beachtlich, sollte man meinen, aber die Wahlaussichten sehen anders aus. Sie mußten bereits von 15 auf 5 und nun auf 3,5 % heruntergefahren werden. Wie soll damit das bestehende Parteienkartell aufgebrochen werden und die WASG mehr werden als ein Pilotfisch am großen Hai SPD? Der Impuls zur Parteigründung verdankt sich nicht dem Hauen und Stechen sozialer Konflikte, sondern dem Ärger von politischen Funktions und Einsichtsträgern über den Regierungskurs. Überdies steht sie in Gefahr, vom Sog eines Parteiwesens erfaßt zu werden, das schon andere oppositionell Gesonnene verschlungen hat. Schon hört man Klagen über das autoritären Gebaren der Parteiführung, die den Strudel nicht

sehen will, in den sie sich begibt. Um nicht mißverstanden zu werden: Jede Manifestation der politischen Kritik an der herrschenden bürgerlichen Abholzaktion ist erwünscht und zu begrüßen. Aber sie sollte doch ihre Möglichkeiten bedenken und erwägen, ob es sich in dieser Form nicht um eine Sackgasse

handelt, in der im schlechtesten Fall politische Energien verschleißt und/oder dem regierenden System frische Kräfte zugeführt werden, nachdem sie ihre Flausen von einer eigenständigen oppositionellen Politik abgestreift. Was davon übrig bleibt, kann man an den Grünen trefflich sehen. Angesichts des in vielfältigen Formen einsetzenden Rumorens an der gesellschaftlichen Basis wäre eine organisierende und vorantreibende Arbeit an politischer Aktion und Bewußtheit in derselben angesagt und dringend notwendig. Denn schon Marx wußte, daß ein Schritt wirklicher Bewegung wichtiger ist als hundert Parteiprogramme, und Christel Neusüss schrieb den Linken die Warnung vor den „Kopfgeburten der Arbeiterbewegung“ ins Stammbuch.

Gerhard Armanski

Wider den neoliberalen Zeitgeist Venezuela, ein Land im Aufbruch



Wandmalerei, Caracas

Als der Spiegel im November 2004 eine Südamerika-Landkarte mit den linken Regierungen des Kontinents veröffentlichte, fehlte darin Venezuela. Wenn Peter Burkhardt in der Süddeutschen Zeitung über den Staatspräsidenten Hugo Chávez berichtet, verwendet er zwanghaft die Begriffe „ehemaliger Putschist“, „Linkspopulist“ usw. Die Bilder und Berichte, die von den deutschen Fernsehsendern während der Putsch- und Streikversuche im Land gesendet wurden, entstammten den venezolanischen Privatsendern, die ohne Ausnahme extrem reaktionär sind. Allen deutschen bürgerlichen Medien ist gemeinsam, dass sie kaum Anstrengungen unternehmen aus eigener Anschauung über Venezuela zu berichten. Auch die linken Zeitungen waren lange Zeit – abgesehen von einzelnen Autoren – nicht besser informiert.

Was passierte dort, daß die hiesigen Medien sich so klar auf die Seite der Reaktion schlugen? War der Sozialismus im Anmarsch? Anfang September 2004 reisten wir, eine Gruppe von sechs Leuten aus dem süddeutschen Raum für vier Wochen nach Venezuela um uns selbst ein Bild der politischen Situation zu machen.

Wir führten in diesem Monat zahlreiche Gespräche mit Menschen aus verschiedenen Basisstrukturen, auf der Suche nach den Informationen, die hierzulande nicht zu erhalten sind. Die Ergebnisse dieser Reise haben wir anschließend zu einem Buch verarbeitet, das unter dem Titel

„Venezuela. Welcome to our Revolution. Innenansichten des bolivarianischen Prozesses“ im Verlag „Gegen den Strom“ erschienen ist. Der Großteil der geführten Interviews ist dort veröffentlicht um auf diese Weise die Ansichten und Kritiken derer weiterzugeben, die die maßgebliche Kraft hinter den gesellschaftlichen Veränderungen dort sind und die sonst kaum wahrgenommen werden.

Geschichtliches

Um das heutige Venezuela zu verstehen, muss man einige Jahrzehnte zurückblicken. Bis Ende der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde das Land mit kurzen Unterbrechungen von Diktatoren regiert. Diese Phase wurde 1958 durch einen erfolgreichen Volksaufstand gegen den Diktator Marcos Pérez Jiménez beendet. Maßgeblich organisiert wurde dieser Aufstand von der Kommunistischen Partei und der sozialdemokratischen „Acción Democrática“ (AD). Nach dem Sturz der Diktatur allerdings, suchte die AD das Bündnis mit der konservativen COPEI. In einem Abkommen wurde die zukünftige Aufteilung der staatlichen Macht zwischen diesen beiden Parteien festgeschrieben. Die politischen Kräfte, die dem entgegenstanden, wurden illegalisiert und bekämpft, allen voran die Kommunistische Partei. In den 60er Jahren entstanden verschiedene Guerilla-Bewegungen. Zum großen Teil entstammten sie den KP-Strukturen. Die

Partei erlebte in diesen Jahren mehrere Spaltungen und als sie Anfang der 70er Jahre wieder in die Legalität zurückkehrte, hatte sie ihren Einfluss innerhalb der Arbeiterklasse weitgehend verloren. Die Guerillabewegung erlitt militärisch wie politisch eine sehr große Niederlage, viele der ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfer kehrten in die Legalität zurück und organisierten sich in den neu entstandenen Parteien, vor allem an der Basis, also in Stadtteilen, Betrieben, auf dem Land usw. Viele von ihnen sind heute noch aktiv.

Im Zuge des „Ölbooms“ der 70er Jahre, erreichten die Staatseinnahmen, und damit einhergehend auch die Korruption, Rekordhöhen. Mittels dieser Einnahmen wurde aber auch der Versuch gestartet in Venezuela eine Schwerindustrie aus dem Boden zu stampfen. Vor allem im Bundesstaat Bolívar, im Osten des Landes entstanden riesige Wasserkraftwerke, eine Aluminium- und Stahlindustrie wurde aufgebaut. Die Schwerindustrie entwickelte sich schnell zum Zentrum der venezolanischen Arbeiterbewegung.

Zu Beginn der 80er Jahre brachen die Öleinnahmen ein und das System kollabierte. Dabei machten nicht nur die gesunkenen Erdölpreise dem venezolanischen Staat zu schaffen, sondern auch die Tatsache, dass sich der staatliche Ölkonzern PDVSA immer mehr zu einem Staat im Staate entwickelte. Das Management des Konzerns versuchte, die Einkünfte dem Zugriff des Staates

(und seiner Eliten) zu entziehen, und für den eigenen Vorteil zu verwenden. Es zeigte sich, dass die sozialen Konflikte in Venezuela auch in den 70er Jahren nicht gelöst wurden – trotz des Booms blieben bedeutende Teile der Bevölkerung von den Einnahmen ausgeschlossen. Mit der wirtschaftlichen Depression wuchsen die politischen Spannungen. Zeitweise etablierten sich in den 80er Jahren wieder Guerilla-Organisationen, die jedoch nie die Stärke wie in den 60ern erreichten.

1989 wurde Carlos Andrés Pérez zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt. Venezuela war zu diesem Zeitpunkt bereits hochverschuldet und die Regierung kam mit dem Internationalen Währungsfonds überein, das Land neoliberalen Strukturprogramm zu unterwerfen, um damit die Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Die Programme führten zu einer weiteren sozialen und damit auch politischen Zuspitzung: Letztendlich aufgelöst von der – im Zuge der Strukturprogramme durchgesetzten – Erhöhung der Preise im öffentlichen Verkehrssystem begann am 27. Februar 1989 der so genannte „Caracazo“: Die Bewohnerinnen und Bewohner

der Armenviertel verließen die Hänge rund um Caracas und es kam zu Plünderungen und Straßenschlachten in der Stadt. Die Regierung Pérez gab den Befehl, den Aufstand gewaltsam niederzuschlagen. Wie viele Opfer die Repression forderte, ist noch immer ungeklärt. Die Regierung sprach von einigen hundert Toten, unabhängige Quellen gingen jedoch von der zehnfachen Zahl aus.

Die blutige Niederschlagung des Aufstandes führte einerseits zu einer endgültigen Diskreditierung der traditionellen politischen Parteien AD und COPEI, andererseits zu einer Umorientierung innerhalb der Linken in Venezuela. Jenseits der traditionellen Politikformen begannen viele Aktivistinnen und Aktivisten aus linken Strukturen sich in Basis-

gruppen, Kulturzentren, Nachbarschaftsorganisationen, alternativen Medien etc. zu organisieren. Eine neue Opposition von unten sollte so gefördert werden.

Gleichzeitig garte es im Militär. Anders als in anderen Staaten setzte und setzt sich das venezolanische Militär – bis in das Offizierscorps hinein – vornehmlich aus Menschen zusammen, die den unteren Klassen und Schichten entstammen. Einer der Gründe für diesen Unterschied liegt in der Umgestaltung der Militärschule im Jahr 1970. Seither ähnelt die Offiziersausbildung teilweise einem Universitätsstudium, in dem auch politische Wissenschaft und Geschichte gelehrt wird. Diese akademische Laufbahn ist auch den Leuten aus den ärmeren Schichten zugänglich, für die höhere Mittel- und Ober-



Caracas, Innenstadt

schicht aber keine Alternative zu den Elite-Universitäten.

Anfang Februar 1992 versuchten einige Einheiten – teilweise unterstützt von linken Basisorganisationen – den Putsch gegen die Regierung Pérez. Zwar scheiterte das Unterfangen, verschaffte aber den Beteiligten Sympathie in der armen Bevölkerung. Vor allem der Anführer des Putsches wurde zur Identifikationsfigur: Hugo Chávez.

Der Zusammenbruch des politischen Systems beschleunigte sich, als Carlos Andrés Pérez wegen Korruptionsvorwürfen 1993 sein Amt niederlegen musste. Bei den darauf folgenden Wahlen setzte sich ein parteienübergreifendes Bündnis durch, das zwar von dem Konservativen Ex-Präsidenten Rafael Caldera ange-

führt, aber von linken Organisationen unterstützt wurde. Letztlich führte Caldera aber die Politik seines Vorgängers fort und begann mit der Privatisierung der staatlichen Industrie.

Ab Mitte der 90er Jahre begann der Aufbau neuer Strukturen innerhalb der Linken – die aus dem Chávez-Lager aufgebaute MVR (Bewegung 5. Republik) wurde zum Sammelbecken für unterschiedliche Strömungen. Nach langer interner Diskussion entschloss sich die MVR an den Wahlen 1998 teilzunehmen mit Hugo Chávez als Präsidentschaftskandidaten. Völlig überraschend gewann das Bündnis aus MVR, Kommunistischer Partei, MAS (Bewegung zum Sozialismus – 1971 aus Gewerkschafts- und KP-Strukturen entstanden) und der linkssozialdemokratischen PPT (Vaterland für alle) die Wahlen, Chávez wurde mit 56,5% der Stimmen Präsident.

Prozess und „Revolution“

Erstes Ziel der neuen Regierung war die institutionelle Neuorganisation des Landes. Bis Ende 1999 wurde ein neuer Verfassungsentwurf unter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet. Kernstück dieses Verfassungsentwurfs bildeten umfangreiche Partizipations- und

Gestaltungsmöglichkeiten, die den Bürgerinnen und Bürgern größeren und direkteren Einfluss in politische und administrative Entscheidungsprozesse eröffnen. Darüber hinaus wurden explizit einige Positionen festgeschrieben, die sich gegen den neoliberalen Mainstream absetzten, wie das Verbot der Privatisierung der Bodenschätze, oder in soziale Konfliktfelder wirkten, wie die Absichtserklärung, den Großgrundbesitz abzuschaffen. Durch eine Volksabstimmung wurde die Verfassung 1999 verabschiedet. Venezuela ist seitdem eine „Bolivari-anische Republik“ und versteht sich selbst als „partizipative und protagonistische Demokratie“.

Während sich in den ersten Jahren der Regierung Chávez die Veränderungen hauptsächlich auf die po-

litische Sphäre beschränkten, beschloss sie 2001 mehrere Gesetze, um die soziale Situation der marginalisierten Bevölkerung zu verbessern – unter anderem ein neues Landgesetz, das dem Verfassungsauftrag zur Beseitigung des Großgrundbesitzes Rechnung trägt. Spätestens mit der Verabschiedung dieser Gesetze wurde den nationalen Eliten Venezuelas klar, dass die Regierung Chávez vorhatte, auch in der sozialen Frage eine Transformation der Gesellschaft anzustreben. Entsprechend bildete sich ein Oppositionsblock, der sowohl die traditionellen Parteien AD und COPEI umfasste als auch die Spitze des Gewerkschaftsdachverbandes CTV, den Verband der Unternehmer FEDECAMERAS sowie einige hohe Militärs und des Klerus. Die eigentliche Führungsrolle kam jedoch den privaten Medien zu, die glaubten, über die uneingeschränkte Hegemonie im Kommunikationsbereich zu verfügen. Verstärkung bekam dieses Bündnis bald auch von der Führung des MAS, die die Regierungskoalition mehrheitlich verließ.

Putsch und „Streik“

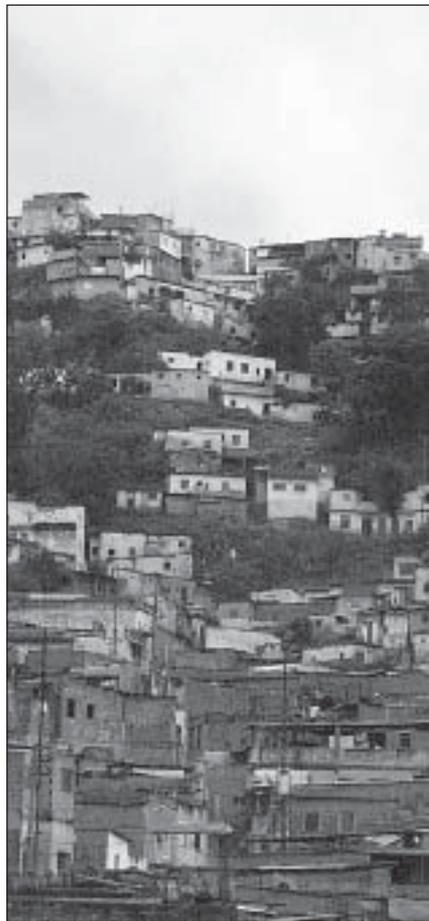
Am 11. April 2002 putschten die oppositionellen Kräfte des Militärs. Dabei schien zunächst alles nach Plan zu laufen: die Militärs verhafteten Chávez und andere Führungspersonlichkeiten, die Medien feierten den „Sieg der Demokratie“, der FEDECAMERAS-Vorsitzende Carmona wurde mit dem Segen der Kirche zum neuen Präsidenten bestimmt. Die neue Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, das Parlament aufgelöst und auf den Straßen begann die Repression gegen Linke.

In den darauf folgenden drei Tagen gelang es der Putschregierung und den Medien jedoch nicht, die Situation zu stabilisieren. Vor allem waren es die Menschen aus den Armenvierteln, die sich zur Wehr setzten. Sie verteidigten „ihren Präsidenten“ und „ihre Verfassung“. Es kam zu Massendemonstrationen und schließlich zu einer Revolte innerhalb des Militärs gegen die Putschisten. Nach 60 Stunden war die Regierung Carmona bereits am Ende.

Der massenhafte Protest der Armen auf der Straße brachte nicht nur Chávez wieder ins Amt sondern

sorgte auch für ein neues Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der Basisorganisationen.

Ende 2002 unternahm die Opposition einen zweiten Versuch, die Regierung zu stürzen. Im Dezember proklamierte sie den „unbefristeten Streik“, mit dem solange die Produktion in Venezuela lahm gelegt werden sollte, bis Chávez zurücktreten würde. Am stärksten betroffen war die Ölindustrie. Manche Einrichtungen wurden tatsächlich von der Belegschaft bestreikt, denn unter den Angestellten in der staatlichen Industrie hatte die Opposition eine gewisse Basis. In vielen anderen Betrieben glich dieser „Streik“ einer Ausspernung. Hinzu kamen Sabotage-Akte gegen Produktionseinrichtungen. Der „Streik“ brach nach drei Monaten zusammen, unter anderem weil



Caracas, San Agustín

vielerorts die Belegschaften gegen ihr Management die Produktion aufrechterhielten. Viele kleine und mittelständische Unternehmen, die sich dem „Streik“ angeschlossen hatten, gingen bankrott. Allein die Ausfälle in der Ölförderung kosteten die venezolanische Volkswirtschaft fünf bis

sieben Milliarden US\$. Die offizielle Arbeitslosenquote stieg auf über 20%.

Anders als nach dem fehlgeschlagenen Putsch – als nur einige hochrangige Militärs ihren Posten verloren – wurden die Verantwortlichen für den Streik in der Ölindustrie entlassen. Insgesamt wurden mehrere tausend Angestellte gefeuert, darunter fast das gesamte Management. Trotz der wirtschaftlich schwierigen Situation begann die Regierung 2003 ihr bislang ambitioniertestes Projekt im sozialen Bereich – die sogenannten *Misiones*. Die Kampagnen und Programme hatten und haben das Ziel, der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit den kostenlosen Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen zu garantieren, durch subventionierte Lebensmittel ihre Versorgung zu sichern, Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten, etc.

„Si“ und „No“

Der bislang letzte Versuch der Opposition, Chávez zu stürzen, war das Referendum im August 2004. Entsprechend der bolivarianischen Verfassung kann jeder Mandatsträger und jede Mandatsträgerin vorzeitig abberufen werden, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen in einem Referendum dies befürwortet und wenn insgesamt mehr Menschen für die Amtsenthebung stimmen als bei der vergangenen Wahl für die entsprechende Person. Das Referendum wurde jedoch zu einer eindrucksvollen Bestätigung der Präsidentschaft von Hugo Chávez. Rund 59% votieren mit „No“ gegen die Amtsenthebung. Vor allem in den Armenvierteln stimmten bis zu 80% für Chávez und damit für das Voranschreiten des „bolivarianischen Prozesses“.

Arbeiterbewegung

Stand die Arbeiterbewegung in den 60er Jahren – nach dem Verbot der KP – noch unter der Hegemonie der rechts-sozialdemokratischen Acción Democrática (AD) und des Gewerkschaftsdachverbandes CTV, änderte sich dies in den folgenden Jahren. Die Neuformierung der venezolanischen Linken nach der politischen und militärischen Niederlage der Guerilla, die Wiederzulassung der

Kommunistischen Partei, die Diskussions- und Organisationsprozesse, die in die Bildung neuer politischer Bewegungen mündeten, ging einher mit dem Bruch vieler Arbeiterinnen und Arbeiter mit der Politik der AD.

Ausdruck dieses neuen Selbstbewusstseins waren große Arbeitskämpfe. Sie kulminierten im Streik von 1971, als die Beschäftigten SIDOR bestreikten, die staatliche Eisenhütte in Ciudad Guayana und damals der wichtigste Schwerindustrie-Komplex des Landes. Zwei Monate lang wurde die Produktion lahmgelegt. Dieses neue Selbstbewusstsein beantwortete der venezolanische Staat mit Repression. Der Streik bei SIDOR wurde vom Militär beendet, das sowohl die Fabrik als auch die Stadt besetzte. Von zum Zeitpunkt des Streiks 5.100 Beschäftigten wurden 540 entlassen und auf schwarze Listen gesetzt, damit sie auch in keinem anderen Betrieb eine Anstellung finden könnten.

Für wenige Jahre gelang es mit repressiven Mitteln die Arbeiter der Schwerindustrie zu befrieden – jedoch bereits Mitte der 70er Jahre bildeten sich neue Strukturen und neue Arbeitskämpfe. Parallel dazu wuchs der Einfluss der Linken auch innerhalb der offiziellen und ausschließlich zugelassenen Gewerkschaften. 1981 gewann die Linke die innergewerkschaftlichen Wahlen in den wichtigen Industriesektoren Ciudad Guayanas. Auch hierauf war die Antwort repressiv: der Dachverband CTV annullierte die Wahlen und setzte von oben eine neue Gewerkschaftsführung ein. Ein Fakt, der die Sympathie der Beschäftigten für die gewerkschaftliche Linke noch anwachsen ließ.

Aufstieg und Fall der „Causa R“

Parallel zu dieser betrieblichen und gewerkschaftlichen Entwicklung wuchs auch der Einfluss der Linken in der politischen Sphäre – vor allem verbunden mit dem Aufstieg der „Causa R“. Aus einem Spaltprodukt der venezolanischen KP hervorgegangen, wurde die „Causa R“ in den 80er und 90er Jahren zur stärksten Kraft der parlamentaristischen Linken in Ciudad Guayana. Anfang der 90er Jahre gewann sie sowohl die

Gouverneurswahlen im Bundesstaat Bolívar als auch das Bürgermeisteramt des Kreises Caroní, zu dem auch Ciudad Guayana zählt.

Ciudad Guayana wurde die erste Stadt, in der ein partizipativer Haushalt aufgestellt wurde, d.h. die Bevölkerung hatte direkten Einfluss auf die Verwendung der öffentlichen Mittel. Ein Ansatz, der später in anderen Städten, wie im brasilianischen Porto Alegre, aufgegriffen wurde und heute ein Kernstück der bolivarianischen Vorschläge zur Kommunalpolitik bildet.

Der Niedergang der „Causa R“ begann Mitte der 90er Jahre, als innerparteilich die Differenzen wuchsen zwischen radikalen Kräften und denjenigen, die eine Teilhabe im Rahmen des klientelistischen politischen Systems in Venezuela anstrebten. Auch



Eisenerzverarbeitung, Ciudad Guayana

zeigte sich die „Causa R“ unfähig, eine eindeutige Ablehnung der neoliberalen Privatisierungspolitik – die vor allem gegen die staatliche Schwerindustrie gerichtet war – zu formulieren, wodurch sie ihre eigene Basis verprellte. 1997 kam es zum endgültigen Bruch, die „Causa R“ verschwand in der Bedeutungslosigkeit.

Solidarität mit der Regierung Chávez

In das Vakuum stieß 1998 die bolivarianische Bewegung von Hugo Chávez. Vor allem seine prinzipielle Ablehnung der Privatisierungspolitik verschaffte ihm Sympathie. Die bis 1998 von den Regierungen Andrés Pérez und Caldera durchgeführten Privatisierungen trafen zuerst die Beschäftigten. Allein bei SIDOR wurde nach der Privatisierung die Belegschaft von zuletzt über 20.000 Beschäftigten auf rund 4.000 reduziert. Chávez versprach das Ende der Privatisierungen und umfangreiche In-

vestitionen in den staatlichen Produktionssektoren – Versprechungen, die eingehalten wurden.

Folglich zeigte sich ein Großteil der Arbeiterinnen und Arbeiter mit der Regierung Chávez solidarisch, als die Opposition – zusammen mit der Führung des Gewerkschaftsbundes CTV – im Dezember 2002 zum unbefristeten Streik aufrief. Anders als in einzelnen Sektoren der Ölindustrie lief die Produktion in den staatlichen Industrien in Ciudad Guayana weiter. Mehr noch, als die Verknappung von Gas drohte die Aluminiumproduktion zum Erliegen zu bringen, waren es die Beschäftigten von VENALUM, die selbstorganisiert die Gasversorgung des Werkes sicher stellten – zusammen mit Kolleginnen und Kollegen von PDVSA. Mit dem Aufruf die Aluminiumwerke zu bestreiken, brachte die Opposition auch Beschäftigte gegen sich auf, die keine Sympathie für die Regierung Chávez hegten. Die Unterbrechung der Produktion hätte in den Anlagen einen Schaden verursacht, dessen Behebung Jahre in Anspruch genommen hätte. Ein Umstand, der die Leute um ihre berufliche Zukunft bangen ließ, sollte der Streikaufruf befolgt werden.

Diese durchaus unterschiedlichen Motivationen, sich nicht am Streik zu beteiligen, sowie die politische Ausrichtung der Gewerkschaften, drückten sich auch darin aus, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre de-facto-Macht über Teile der Produktion, die sie in den drei Monaten des Oppositionsstreiks innehatten, frag- und klaglos wieder an die Geschäftsleitung abgaben.

Die Gewerkschaften setzen auf die in der Verfassung vorgesehene „Cogestión“, die gemeinschaftliche Leitung des Betriebs durch Belegschaft und Geschäftsleitung. Wobei bis heute noch unklar ist, wie diese gemeinsame Leitung aussehen soll. Denn obgleich in der Verfassung formuliert, wurden in den staatlichen Schwerindustrien noch immer keine Strukturen und Gremien geschaffen, die die Partizipation der Belegschaft ermöglichen.

Obwohl also tatsächlich in der Frage der demokratischen Kontrolle der Produktion der venezolanischen Schwerindustrie bislang nichts erreicht wurde, scheint die Hoffnung in

den bolivarianischen Prozess weiter ungebrochen. Zuletzt drückte sich diese beim Referendum zur Amtsenthebung Chávez' aus. Über 66% der Bevölkerung des Bundesstaates stimmten für den Präsidenten, sieben Prozent mehr als im Landesdurchschnitt.

Ein Nebenprodukt des Putsches und des Streiks war die Entstehung des neuen Gewerkschaftsdachverbandes UNT, der im April 2003 gegründet wurde. Die Diskussion unter den klassenbewussten Gewerkschaftsmitgliedern, ob man weiterhin innerhalb der alten Gewerkschaft kämpfen oder eine Neue gründen soll war schon länger geführt worden. Eine knappe Mehrheit war bis dato für den Verbleib und Kampf innerhalb der CTV gewesen. Erst nach dem Putsch, als die Gewerkschaftsmitglieder dem alten Dachverband und den Einzelgewerkschaften den Rücken kehrten, beschloss die Linke die Neugründung.

Die UNT vertritt mittlerweile rund 95% der Arbeitenden im öffentlichen Sektor, der mit 700.000 Beschäftigten einer der größten des Landes ist, den gesamten Sektor der Energieerzeugung mit rund 30.000 Beschäftigten, ferner die Beschäftigten im Transportwesen, der pharmazeutischen Industrie, dem Ernährungssektor, der Metallverarbeitung und 90% des Baugewerbes. Fast alle Gewerkschaften, die in den großen Privatkonzernen arbeiten sind in der UNT organisiert. In den ersten vier Monaten des Jahres 2004 wurden in Venezuela insgesamt Tarifverträge für über 870.000 Personen abgeschlossen, 97% davon wurden von UNT-Gewerkschaften unterschrieben, 0,5% von der CTV und der Rest von unabhängigen (Betriebs-) Gewerkschaften.

Doch auch innerhalb der UNT existieren (übrigens ähnlich wie im Regierungslager) die alten Widersprüche: Viele Gewerkschaftsführer sind in die UNT übergewechselt, als sie plötzlich ohne Basis dastanden. Die Spannungen sind groß. So hatten z. B. leitende Funktionäre aus dem alten Verband bis September 2004 mit Erfolg Wahlen zu den Gewerkschaftsgremien verhindert.

Die offizielle Arbeitslosenrate beträgt zurzeit 15 Prozent. Nach unserer Einschätzung arbeitet nur die Hälfte der Berufstätigen in gesicher-

ten Arbeitsverhältnissen, die andere Hälfte ist von den unsicheren Einkommen im informellen Sektor abhängig. Ein Grund dafür ist sicher die extreme Konzentration der Bevölkerung in wenigen Ballungszentren – alleine in Großraum Caracas leben über 10 Millionen Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen). Die Landwirtschaft existiert nur noch marginal, 80 Prozent der Nahrungsmittel müssen eingeführt werden.

Unter anderem deshalb ist eines der ehrgeizigsten Projekte der venezolanischen Regierung das Programm zur beruflichen Bildung. Im Rahmen der „Misión Vuelvan Caras“ werden hunderttausende Arbeitslose in landwirtschaftlichen wie in handwerklich/industriellen Berufen ausgebildet. Nach Beendigung der Ausbildung sollen sie in Kooperativen arbeiten, die vom Staat mit billigen Krediten, Maschinerie und Grund und Boden versorgt werden. Diese Maßnahmen sollen, neben der Beseitigung der Arbeitslosigkeit Venezuela von den, vor allem landwirtschaftlichen, Importen unabhängig machen und neben dem staatlichen und privatkapitalistischen einen dritten Sektor entstehen lassen.

Fazit

Die Politik der Regierung ruft in den Basisbewegungen und Gewerkschaften oftmals auch heftige Kritik hervor. So z.B. als Chávez sich September 2004 mit Unternehmern, die noch vor kurzem versucht hatten ihn wegzuputschen, traf und über den Inhalt der Gespräche keine Einzelheiten verlauten ließ. Die Gewerkschaftssprecher erinnerten daran, dass es die Menschen aus den Armenvierteln, Arbeiterinnen und Arbeiter waren, die die Putschisten zurückgeschlagen haben und warnten vor Zugeständnissen an die Unternehmer. Kritisiert wurde auch die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kommunal- und Regionalwahlen im Oktober 2004. Viele Basisorganisationen sahen es in krassem Widerspruch zu den Mit- und Selbstbestimmungsrechten der Bevölkerung, dass es nicht den Gemeinden überlassen war ihre Kandidaten zu bestimmen, sondern den Regierungsparteien. Vielerorts führte das zu alternativen Kandidaturen. Unabhän-

gig davon wie man die Person Chávez einschätzt: Sowohl in der Bundesregierung wie auch in kommunalen Organen und Verwaltungen sind die Vertreter der „alten Ordnung“ zahlreich zu finden. Sie versuchen zu bremsen wo sie können. Die verfassungsmäßigen Rechte müssen oftmals gegen sie durchgesetzt werden. Dies alles verlangt ein hohes Selbstbewusstsein in der Klasse und in den unteren Schichten der Bevölkerung, was derzeit aber nur rudimentär vorhanden ist. Große Teile der Klasse sind anti-kommunistisch eingestellt und politisch zurückhaltend. Die Aktivitäten in Stadtvierteln, Betrieben und auf dem Land werden von einem relativ kleinen, bewussten Teil der Klasse entwickelt. Die große Masse lässt sich meist nur dann mobilisieren, wenn die elementaren Errungenschaften in Gefahr sind.

Günter Pohl (Nachdruck der UZ in der Arbeiterstimme Nr.146) ist zuzustimmen, dass Venezuela unsere Solidarität verdient. Ihm ist auch zuzustimmen, wenn er schreibt, dass die bisherigen Maßnahmen der Regierung nicht jenseits einer bis vor fünfzehn Jahren z. B. von der europäischen Sozialdemokratie als machbar gepriesenen Politik liegen. „Eine Revolution findet zurzeit in Venezuela nicht statt. Dafür sind die Bedingungen auch nicht gegeben. Zum einen sieht sich Venezuela etwas weiter im Norden mit einer Macht konfrontiert, die schon mit den bisherigen Reformen so unzufrieden ist, dass sie alle Putsch- und Sabotageversuche nach Kräften unterstützt. Zum anderen sind die Stärke und das Bewusstsein der Klasse noch weit davon entfernt. Was die Basisbewegungen vorwärts treibt, sind die Angriffe der Bourgeoisie auf die Regierung und auf das bisher Erreichte. Den großen Spielraum, den diese Regierung ihnen ermöglicht wissen sie zu nutzen, sie verteidigen ihn und trachten ihn zu erweitern.“

Die Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik, die eine solidarische ist, aber auch in öffentlicher Kritik ihren Ausdruck findet, überrascht angenehm. Der Prozeß in Venezuela, verändert (wie es auch sein sollte) rasant das Bewußtsein der Beteiligten. Auch das ist ein Grund, der Entwicklung in Venezuela gegenüber optimistisch zu sein.

Zur Lage in Spanien

Wirtschaft

Die Menschen stöhnen über die Inflation. Die Tarif-Löhne einfacher Arbeiter und Angestellter liegen zwischen 700 und 900 €. Viele verdienen noch weniger. Illegale Beschäftigungsverhältnisse – v.a. für Immigranten aus Afrika, Lateinamerika und Ost-Europa – sind weit verbreitet. Das Preisniveau ist annähernd „deutsch“. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen liegen bei 10%. Saisonarbeit – im Sommer arbeiten „bis zum Umfallen“, im Winter stempeln – ist in der Touristik-Industrie, auf dem Bau und in der Landwirtschaft „normal“.

Trotzdem ist die Stimmung anders als in Deutschland. Der Aufstieg des Landes von einem Armenhaus Europas unter der francistischen Diktatur zu einem „normalen“ westeuropäischen Land innerhalb historisch kurzer Zeit – gerade einmal 25 Jahren – prägt noch das Bewusstsein. Die wirtschaftliche Stagnation ist nicht so allgemein wie in Deutschland. Die Bauwirtschaft – in Spanien ein für die Gesamtsituation entschei-

dender Sektor – brummt noch. Die „sozialen Grausamkeiten“ des Neoliberalismus werden ein wenig abgefedert von der immer noch wirksamen traditionellen Familienstruktur. Die neue – sozialdemokratische – Regierung, gerade erst ein Jahr im Amt, nährt noch soziale und demokratische Hoffnungen. Der Abzug der spanischen Besatzungstruppen aus dem Irak hat der PSOE bis weit ins konservative Lager hinein Sympathien gebracht.

Vieles spricht dafür, dass Spanien innerhalb der nächsten zwei Jahre in eine zyklische Krise gehen wird.

Der Bausektor ist überhitzt. Die Sonderinflation in diesem Bereich ist horrend – v.a. in den touristischen Regionen und in den Ballungszentren wie Madrid oder Barcelona. Die Baupreise auf den Balearen haben sich z.B. von 2003 auf 2004 um unglaubliche ca. 60 % erhöht. Die Bodenspekulation ist heißgelaufen. Die Banken versuchen den Boom mit historisch niedrigen Zinsen für Baufinanzierungen am Laufen zu halten, aber für durchschnittlich bezahlte Arbeiter

und Angestellte wird es immer schwieriger, ein eigenes Haus zu bauen oder auch nur eine Eigentumswohnung zu erwerben. Versuche der PSOE-Regierung, staatlichen Boden nicht – wie unter Aznar – den Spekulanten in die Hände zu spielen, sondern für preiswerten Wohnraumbau zu verwenden, werden diesen Trend nicht ändern.

Im Tourismus gibt es erste Einbrüche. Noch sind die Zahlen kaum rückläufig, aber sie konnten in den beiden vergangenen Jahren nur gehalten werden, weil die Touristik-Konzerne in großem Umfang zu „all-inclusive“-Angeboten übergegangen sind, deren Kosten so weit möglich auf die von Kontingentverträgen abhängigen Hotelbesitzer – und in den eigenen Häusern auf die Beschäftigten – abgewälzt wurden. Die Kapazitätsauslastung wird zunehmend schwieriger infolge der sinkenden Massenkaufkraft in Deutschland und Großbritannien und der Konkurrenz von Tourismus-Regionen in Ost-Europa und der Türkei. Und das „all-inclusive“-Preisdumping ruiniert einen Teil der noch konzernunabhängigen Gastronomie.

Ohne weltwirtschaftliche Einbrüche wird die anstehende Krise vermutlich relativ mild verlaufen. Für

Ein revolutionäres Feuer erlosch – Pep ist tot!

Kurz vor Redaktionsschluß mußten wir erfahren, daß Genosse Joseph Bergmann am 18. Februar im Alter von 91 Jahren in Hamburg verstorben ist. Damit verliert die Deutsche Arbeiterbewegung und die Kommunistische Bewegung einen leidenschaftlichen Kämpfer und herausragenden Marxisten. In seinem langen politischen Wirken zeichneten ihn seine Tatkraft und sein politisches Wissen aus, das er unermüdet weiterzugeben versuchte, zuerst in der KPD und nach dem Ablehnen deren utralinken Kurses – der RGO- und der „Sozialfaschismus“-Politik – in der KPDO. Er war ein Arbeiterfunktionär von altem Schrot und Korn und hatte in Betrieb und

Gewerkschaft manchen harten Strauß zu bestehen und hat manche Aktion angestoßen. In der Nazizeit arbeitete Pep in der Illegalität. Aus dem Exil kehrte er nach dem II. Weltkrieg nach Deutschland zurück. Pep schloß sich der „Gruppe Arbeiterpolitik“ an, die er nach dem Tode Heinrich Brandlers entscheidend prägte. In vielen Reden und Aufsätzen formulierte er die Politik der Gruppe.

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre hatten wir mit ihm und einem Teil der Bremer Gruppe Meinungsverschiedenheiten, vor allem über die Einschätzung des Kräfteverhältnisses im Kampf auf der Glöckner-Hütte, im Hinblick auf die Entwicklung in den USA und hinsichtlich des

Verhältnisses von Basis und Führung in den Gewerkschaften. Die Auseinandersetzung in der Gruppe führte dann zur Abspaltung der Nürnberger Gruppe, von Teilen der Bremer Gruppe und von vielen Altgenossen, die sich dann zur „Gruppe Arbeiterstimme“ zusammenschlossen. Heute versuchen beide Gruppen, wieder auf einander zuzugehen.

Pep wird immer für uns in seinem großen Engagement, in seiner Uneigennützigkeit und in seinen internationalistischen Grundsätzen für uns ein Vorbild bleiben.

In der nächsten Nummer der Arsti erfolgt ein ausführlicher Nachruf.

staatliche Infrastrukturleistungen gibt es noch großen Bedarf. Die staatliche Haushaltslage ist nicht so prekär wie in Deutschland. Es gibt noch einen Puffer gegen das Sinken der Massenkaufkraft: Die „Finanzierung“ längerlebiger Konsumgüter wie Fahrzeuge oder Haushaltsmaschinen, Wohnungseinrichtungen etc. – also der Kauf auf Pump – hat gerade erst in den letzten Jahren Massenumfang angenommen. – Was die private Verschuldung angeht, ist also noch „was drin“.

Entwicklung der Klassenverhältnisse

Spanien hat im Großen und Ganzen seit dem Ende des Francisus zu den höchstentwickelten Staaten aufgeschlossen. Das spanische Großkapital durchdringt die gesamte Gesellschaft und macht sie sich „tributpflichtig“, und es agiert weltweit, mit Schwerpunkt Lateinamerika. In den Handelsbeziehungen mit Brasilien z.B. sind gerade die USA überholt worden. Die Grossbourgeoisie protzt recht selbstbewusst mit ihrem Reichtum. Was die Konzentration und Zentralisation des Kapitals angeht, gibt es noch einigen Nachholbedarf, und es wird diese winzige Schicht sein, die dabei noch reicher und mächtiger wird.

Die Hauptpartei des Großkapitals ist die PP, die mit „konservativen“, katholischen und nationalistischen Ideologie-Versatzstücken und Klientel-Politik die mittlere Bourgeoisie und Teile des Kleinbürgertums, der Reste der Bauernklasse und die rückständigsten Segmente des Proletariats in die politischen Strategien des Großkapitals einbindet. Sie ist auch die Partei der alten, zeitgemäß „demokratisch gewendeten“, Falange-Kader und ihrer Zöglinge (zu denen z.B. Aznar gehört).

Die kleine und mittlere Bourgeoisie wird zwar dezimiert und über die Kapitalvorschüsse der Banken und verschiedene Formen der Abhängigkeit von den Konzernen muss ein Teil des Profits an das Großkapital abgeliefert werden. Aber der Prozess verläuft kontinuierlich und wenig krisenhaft. Pleitewellen wie in Deutschland gibt es bisher nicht. Der Absturz von Kleinbürgern und Bauern ins Proletariat nach der Aufgabe

des elterlichen kleinen Geschäftes, Betriebes oder der kleinen Landwirtschaft wird oft – mit der noch vorhandenen Immobilie oder dem Stück Land „im Rücken“ – subjektiv eher als Erleichterung des Lebens – verglichen mit dem der Vorgeneration – empfunden. Widerstandspotential entsteht daraus kaum. Der Prozess ist auch nicht einbahnig. Im Bereich der „neuen Dienstleistungen“ und in Handel und Gewerbe versuchen beständig Lohnabhängige den Aufstieg zum Kleinkapitalisten. Der „Autonomo“-Status vieler Arbeiter – eine Eigentümlichkeit, die an die neuen deutschen „Ich-AGs“ erinnert, aber in Spanien seit jeher einen festen Platz hat, begünstigt diese Versuche. Dieses „neue Kleinbürgertum“ operiert allerdings häufig unter prekären Bedingungen.

Mittleres und Kleinbürgertum gewinnen, hauptsächlich über regionalistische Parteien wie die „eher rechte“ katalanische CiU, die baskische PNV und die kanarische CC und „eher linke“ wie die – ebenfalls katalanische – ERC oder die galizische BG eine gewisse politische Eigenständigkeit.

Der Arbeiterklasse sind in den letzten Jahrzehnten neue Schichten und aus den neuen Technologien und der Tourismus-Industrie entstandene Berufsgruppen zugewachsen, während ihr bisheriger Kern, das in großen Werken, Minen etc. konzentrierte „traditionelle Industrieproletariat“, zahlenmäßig abnimmt. Landproletariat ist in großem Umfang in Handel und Industrie abgewandert. Die Intelligenz ist zu einem größeren Teil proletarisiert als in Deutschland. Lehrer verdienen z.B. nicht mehr als Bauarbeiter. Mehr als eine Million Arbeitersimmigranten müssen unter illegalen Bedingungen für Hungerlöhne arbeiten. Das drückt auch auf die unteren legalen Lohnsegmente.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedriger als in Deutschland. Obwohl es auch in Spanien Tendenzen zum „Co-Management“ gibt, ist „traditionell-reformistische“ Gewerkschaftspolitik noch prägend und in den CCOO – dem neben der mehrheitlich sozialdemokratischen UGT etwas größeren Dachverband – haben Kommunisten nach wie vor bedeutenden Einfluss. In den Grossbetrieben, wie z.B. in der Fahr-

zeug-Industrie und auf den Werften, sind die Kolleginnen und Kollegen gut organisiert. Das Klassenbewusstsein ist – ohne dass das überschätzt werden darf – höher entwickelt als in Deutschland. Die Kampfbereitschaft ist größer. Kleinere Streiks sind an der Tagesordnung. Im Herbst des vergangenen Jahres haben die IZAR-Beschäftigten (staatlicher Schiffsbau) einen machtvollen Streik mit beeindruckenden Kampfformen durchgeführt. Die Verrechtlichung und staatlichen Einschränkungen von Arbeitskämpfen sind geringer als in Deutschland. CCOO und UGT agieren in der Regel gemeinsam und organisieren praktisch jährlich sektorale Generalstreiks, zuletzt im Gesundheits- und Erziehungswesen und in der Tourismus-Branche.

Insgesamt dominiert in der Klasse der sozialdemokratische Einfluss, der aber noch stärker reformistisch geprägt ist. Die Neoliberalen in der PSOE-Führung können nicht so frech auftreten wie in der SPD. Der kommunistische Einfluss ist nach wie vor bedeutend und größer als es in Parlamentswahlen zum Ausdruck kommt.

Kommunisten in Spanien

Die Kommunistische Partei hat eine große Rolle im Widerstand gegen die Falange-Diktatur und während deren Sturz gespielt. Von dem daraus entstandenen Ansehen in der Bevölkerung zehrt sie noch heute. Antikommunistische Feindseligkeit und Stigmatisierung gehen im heutigen Spanien längst nicht so weit wie in Deutschland. Allerdings treten die Kommunisten „als solche“ in der Öffentlichkeit wenig in Erscheinung. Der größte Teil der Kraft wird in die Gewerkschaftsbewegung und in die Bündnis-Organisation IU (Vereinigte Linke) gesteckt. Die Mitgliederzahl stagniert bei 30 000. Das Zentralorgan Mundo Obrero hat kaum Massen-Einfluss. Die Zahl der IU-Wähler hat sich in den letzten Jahren halbiert und liegt gegenwärtig bei ca. 5 %. Die IU ist im Baskenland Koalitionspartner der PNV in der Regional-Regierung, in der katalanischen Regional-Regierung Koalitionspartner der PSOE und ERC.

In der Partei wird offen und häufig ziemlich heftig diskutiert. Der

IU-Generalsekretär Llamazares, ein Kommunist, wurde auf dem letzten IU-Kongress mit nur ca. 60 % der Delegierten-Stimmen gewählt – und der Widerstand gegen ihn kam von einem Teil seiner eigenen Partei. Der Verfasser dieses Artikels muss gestehen, dass er die Ursachen und Inhalte der Streitigkeiten nicht „durchblickt“. Sie scheinen zum einen ein Erbe des – revidierten - desaströsen „eurokommunistischen“ Kurses unter dem ehemaligen Parteivorsitzenden Carillo zu sein. Wie in vielen kommunistischen Parteien steckt vermutlich auch den spanischen Genossinnen und Genossen noch der Schock über die erfolgreiche Konterrevolution in der SU und in Osteuropa und den Zerfall der dortigen scheinbar so mächtigen kommunistischen Parteien in den Knochen. Vermutlich ist ein allgemeiner Hintergrund der Streitigkeiten um politische Tagesfragen und Taktik die Frage nach dem proletarischen Charakter der Partei. – Die politischen Part-

ner in der IU sind neben kleineren kommunistischen Organisationen Kleinbürger und Intellektuelle, die ihre Interessen über eine „links-grüne“, „basisdemokratische“ Ideologie ausdrücken, wie man sie in etwa aus den Anfängen der deutschen Grünen kennt. Die „linken Grünen“ haben in den letzten Wahlen an relativer Stärke gewonnen. Von ihnen geht ein beständiger politisch-ideologischer Druck auf die PCE aus, der sich wohl in mancher innerparteilichen Diskussion widerspiegelt. In Katalanien hat sich die Partei in den 90iger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in zwei etwa gleich starke Organisationen gespalten – in die „alte“ PSUC (Vereinigte Sozialistische Partei Katalaniens), die sich seitdem PSUC-viu (etwa: wieder belebte PSUC) nennt und als katalanischer Parteiverband der PCE agiert, und in die PCC (Kommunistische Partei Kataloniens), die der PCE nicht angehört, aber gemeinsam mit PSUC-viu in der katalanischen IU agiert ...

Neben der PCE existieren mehrere kleinere Organisationen mit kommunistischem Anspruch, die sich z.T. auf Mao, z.T. auf Trotzki berufen. Einige arbeiten in der IU. Soweit sie eigenständig zu Wahlen antreten, liegt ihre Wählerzahl im Tausender- oder allenfalls Zehntausender-Bereich.

Mir scheint, dass in Spanien das Fortleben einer selbstbewussten proletarischen kommunistischen Partei mit Masseneinfluss gegenwärtig nicht gesichert ist; - und daß für die hiesigen Verhältnisse das Wichtigste ist, in dieser Richtung vorwärts zu kommen.

(Wer sich näher informieren will, kann vom Verfasser dieses Artikels das Hauptreferat des 16. Parteitag der PCE (2002) in deutscher Übersetzung beziehen. Unkosten-Erstattung 5,- €.

Kontakt über die Redaktionsadresse)

Leserbriefe

Struktureller Wahnsinn“ in Arbeiterstimme 145, Herbst 2004

Liebe Genossinnen und Genossen,

habe ich das in der letzten Ausgabe der ARSTI richtig verstanden, daß ich nach dem Fall der Mauer die Finger vom Marxismus lassen soll? Zumindest scheint der Autor des Textes „Struktureller Wahnsinn“ dieser Ansicht zu sein! Er schreibt zu den Konsequenzen des Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten: „Den Verlierern des Umbaus -den Unterschichten im Westen sowie den Massen der Dritten Welt- blieb nicht viel anderes übrig als sich für ihren legitimen Protest Ausdrucksformen zu suchen, die nicht den althergebrachten entsprachen.“

Ist dem so? Sind die althergebrachten, also sozialistischen, Ausdrucksformen des Protestes gegen den Kapitalismus überholt? Ich den-

ke nicht! Die klassische sozialistisch/kommunistische Politik ist immer noch das einzige Mittel gegen das Elend das der Kapitalismus für Millionen von Menschen bedeutet. Das hat man als Kommunist wieder und wieder zu vertreten! Es ist nicht unsere Aufgabe Verständnis für „Widerstand unter nationalistischem oder religiösem Vorzeichen“ zu wecken, wie es der Autor macht. Das er meint, damit von einer marxistischen Position aus zu argumentieren, ist schon eigenartig.

Eigentlich ist es überfällig sich in einer analytischen Weise mir der Tendenz um die Zeitschrift „Bahamas“ auseinander zusetzen. Doch dabei reicht es nicht, nur den Zeitraum seit dem Fall der Mauer zu betrachten. Beim Lesen eines Textes über Heinrich Heine hatte ich den Eindruck das schon damals Argumentationsmuster benutzt wurden, die man heute bei den „Antideutschen“ antrifft. Möglicherweise wür-

de sich bei einer eingehenden Analyse zeigen, daß die antideutsche Richtung so neu nun auch wieder nicht ist. Unter Umständen ist sie eine, wenn auch extreme, gesellschaftliche Reaktion darauf, daß es in Deutschland bisher keine erfolgreiche bürgerliche Revolution gab.

Doch so eine Arbeit ist natürlich sehr zeitaufwendig. Was macht dagegen der Autor? Er kombiniert richtiges mit falschem zu Argumentationsketten, die oberflächlich betrachtet logisch klingen. Damit ist er handwerklich auf dem gleichen Niveau wie die von ihm kritisierten. Während es bei „Bahamas“ heißt: „Bush the man of peace“ behauptet er: „Unter dem Vorzeichen ehemals linker Inhalte wie Antirassismus, Universalismus und Antifaschismus gelang die weitgehende Durchsetzung neoliberaler Reformen ...“ Damit mutiert bei ihm Pinochet zu einem linken! Schließlich begann der weltweite Siegeszug des Neoliberalismus während der Diktatur in Chile. Doch dort wurde das neoliberale Gesellschaftsmodell nicht mit „Antifaschismus, Antirassismus und Universalismus“ durchgesetzt sondern mit blutiger Repression gegen die Arbeiterbewegung. Und auch

beim Krieg gegen Jugoslawien wurde dem Neoliberalismus der Weg mit Waffengewalt geebnet und nicht mit der antifaschistisch klingenden Begleitmusik der Deutschen Regierung.

Ich denke diese zwei Beispiele belegen, daß der Autor als Marxist nicht ernst genommen werden kann. Wahrscheinlich geht es ihm auch gar nicht um eine fundierte Analyse sondern um Sympathiewerbung für nationalistische und religiöse Bewegungen. Das zeigt sich am Schluß seines Textes. Dort schreibt er:

„Welche Bruchlinien des weltweiten Herrschaftssystems in der antagonistischen Gegenüberstellung von nationaler Selbstbestimmung und imperialem Weltherrschaftsanspruch angelegt sind, sollte auf der Hand liegen, ebenso, dass erst diese Brüche im System Weiterentwicklungen im Sinne aufklärerischer oder gar sozialistischer Ideen möglich machen.

Nur Hohlköpfe und Rassisten können nicht erkennen, dass es nicht der westliche Menschenrechtsimperialismus ist, der die Kontinuität aufklärerischer Inhalte im Sinne der Befreiung des Menschen von Unterdrückung und Fremdherrschaft verkörpert, sondern die Befreiungsbestrebungen der neuen Sansculotten, und seien deren Erscheinungsformen noch so schmutzig und westlichen Traditionen unverständlich.“

Nun ja, die neuen Sansculotten sind für ihn, wie er an anderer Stelle formuliert, die islamistisch inspirierten Demonstranten in „Kairo, Dhaka, Karachi und Jakarta“. Mal angenommen, diese Bewegungen würden in ihren Ländern die Macht übernehmen, würde das einen Fortschritt „im Sinne aufklärerischer oder gar sozialistischer Ideen möglich machen“? Ich denke nicht! Ergebnis wären Islamische Republiken ähnlich der Iranischen. Das hatte bekanntlich den Tod zahlloser Kommunisten zur Folge. Es ist fraglich, ob es heute dort überhaupt noch linke Zusammenhänge gibt. In dem Land ist schon das verbreiten von aufklärerischen, und damit zwangsläufig auch gegen Religionen gerichteter, Ideen schwer vorstellbar. Wenn Linke der Etablierung solcher Verhältnisse das Wort reden ist das selbstmörderisch!

Auch ohne das abschreckende Beispiel im Iran ist der Islamismus keine Kraft, auf die Linke hoffen kön-

nen. Das zeigt schon die reale islamistische Bewegung. Betrachten wir, was über das Erstarken dieser Organisationen berichtet wird. Danach haben Gruppen wie die Hamas ein Netzwerk sozialer Institutionen aufgebaut. Das hat in den Elendsvierteln natürlich eine große Anziehungskraft. Niemand der z.B. eine kostenlose Armenspeisung nutzt wird sich gegen seine Wohltäter stellen. Auch wenn er von deren Ideen gar nichts hält. Das schafft einen kritikfreien Raum, in dem die dafür Anfälligen indoktriniert werden können. So wird über Jahre hinweg die Bewegung aufgebaut.

Woher haben die Islamisten das Geld für ihre Sozialprogramme? Wahrscheinlich nicht von ihren Mitgliedern. Denn sonst könnten dort linke Organisationen ähnliches machen. Im Fall von Palestina wird berichtet, daß das Geld aus den Golfstaaten stammt. Es sind Petrodollars die von den dortigen Adelsdynastien an ihre religiös/politischen Brüder weitergegeben werden. Man kann davon ausgehen, daß dabei keine Kräfte finanziert werden, die den Monarchien am Golf schaden könnten. Auf der anderen Seite haben die Herrscher der reichen Erdölstaaten nicht unwesentliche Summen am in-

ternationalen Finanzmarkt angelegt. So zum Beispiel in Aktien von weltweit tätigen Konzernen. Damit sind sie Teil der internationalen Bourgeoisie. Wie sollen Kräfte, die von einer Gruppe der internationalen Bourgeoisie ausgehalten werden, „entwicklungen im Sinne aufklärerischer oder gar sozialistischer Ideen möglich machen“? Das Gegenteil wird eintreten!

Das kann man sogar beim Autor des kritisierten Textes beobachten. Womit ihm aber nicht unterstellt werden soll, in fremden Auftrag zu wirken. Seine Ansicht, daß für die Armen der Welt der Sozialismus keine Handlungsanleitung mehr bietet, nützt der internationalen Bourgeoisie und schädigt die sozialistische Bewegung.

Der Verfasser eines Textes hat natürlich jede Möglichkeit seine Sicht der Dinge zu präsentieren. Es ist schön für ihn wenn eine Publikation seine Ansichten an die Öffentlichkeit bringt. Doch hätte das in diesem Fall aus den dargelegten Gründen nicht die **Arbeiterstimme** sein dürfen.

Mit sozialistischen Grüßen
Emil

„Geschichtsverdrehung in Sachen Mauerfall und Ende der SED“, *Arbeiterstimme* Nr. 146, Winter 2004

Liebe Freunde!

Der o.a. Beitrag muß m.E. ergänzt werden, da Manfred Behrend den „Mauerfall“ zu einseitig und „zu blauäugig“ darstellt.

Natürlich waren es **vordergründig** die Menschen, die am 09. November 1989 auf die Straßen gingen und letztlich war es der Befehl des damaligen Staatsratsvorsitzenden Krenz, die Übergangsstellen zu öffnen, die den Fall der Berliner Mauer herbeiführten.

Was aber spielte sich vorher und hinter den Kulissen tatsächlich alles ab? Dazu äußert sich außerordentlich aufschlußreich der amerikanische Politikwissenschaftler und ehemalige CIA-Berater Chalmers Johnson in seinem Buch „Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie“ (Goldmann-Tb. Nr. 15 324, S. 30):

„Auch hier waren nicht die Amerikaner, sondern andere, in diesem Fall die (West-) Deutschen, die handelnden Akteure. Hans-Hermann Hertle konstatierte in einer vom Deutschen Bundestag in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Untersuchung. (...) Nach einem Geheimabkommen mit Bonn, öffneten sie (die Ungarn) am 10. September (1989) die Grenze nach Österreich für DDR-Bürger. Im Gegenzug gewährte die Bundesrepublik Ungarn einen Kredit in Höhe von 500 Millionen D-Mark und verpflichtete sich, die Kosten zu übernehmen, die Ungarn aus möglichen Vergeltungsmaßnahmen der DDR entstehen würden. (...) Die DDR erlebte die größte Ausreisewelle seit dem Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961. Dieser Massenexodus demonstrierte die Schwäche der SED-Führung in dieser Frage und unterhöhlte die Autorität des Regimes in einem bis dahin nie erlebten Maße.“

Zwar lag die DDR-Wirtschaft infolge der Unfähigkeit ihrer Führungen (Ulbricht, Honnecker, Mielke u.a.) zu diesem Zeitpunkt bereits darnieder, aber den **Todesstoß** versetzte ihr letztendlich der Erzfeind im Westen resp. das Kapital mit der beschriebenen Transaktion.

Mit frdl. Gruß
Hansgeorg Feißt

Zur „Lage der Nation“

Es ist sehr zu befürchten, daß Deutschland eher zum Faschismus gelangt, als daß die BRD eine Demokratie wird. Das ist so traurig wie wahr. In Sachsen-Anhalt, in Radis, einem Ort im Kreis Wittenberg, wurde im vergangenen Monat ein Mitglied des Jugendclubs - ein Student - von Rechtsextremisten zusammengeschlagen. Er trug nicht nur Blessuren davon, auch sein Auto wurde erheblich demoliert. Das Ziel, sie wollen

einen „sauberen Ort“ mit Gewalt erzwingen. Vom Betroffenen und seiner Familie wurde Anzeige erstattet; die Täter sind bekannt, die Polizei nahm alles auf. Jetzt wartet man darauf, daß der Staatsanwalt etwas unternimmt, die Rowdies nicht nur „verhört und wieder laufen läßt.“ Das sind ja in der BRD keine Einzelfälle, die kommen öfter vor. Frei nach Kurt Tucholsky: auf dem rechten Auge ist der Staatsanwalt blind.

Sprechen wir über Fehler, die links gemacht werden, so ist der zuallererst zu nennende, daß eine vielfältige Zersplitterung in Deutschland wie auch in ganz Europa existiert. Die Lohn- und Gehaltsabhängigen lassen sich nach dem Prinzip „**Teile + Herrsche**“ spalten und regieren. Allerdings tut sich etwas im Europa Parlament, dort ist die Europa Linke gegründet worden. Ein Hoffnungsstrahl am politischen Himmel.

Man kann feststellen, daß das Kapital besser organisiert ist als die Lohnabhängigen. Jeder Industrie-

zweig ist in einem Verband mit einem Vorstand organisiert und oben noch darüber ein Rogowski oder noch ein Hund(t), der aufpaßt, der dirigiert und dabei werden alle Massenmedien nach der gleichen Melodie eingesetzt. Sie sind gleichgeschaltet, außer den Zeitungen **Freitag** und **ND**. Alle anderen Medien sind im Besitz des Kapitals. Sie wirken tagtäglich - von morgens bis in die Nacht - auf die Abhängigen ein. Der Klassenkampf wird von denen von **Oben** geführt und uns aufgezwungen. Viele Leute unten erkennen das gar nicht. Sie sind verblendet, werden durch die Massenmedien irreführt, durch Werbung und Konsum abgelenkt.

Solange die Linken sich nicht zusammenfinden und gemeinsam organisieren, bleibt ihr Erfolg im berechtigten Abwehrkampf gegen **Oben** aus. Es muß immer wieder der Ruf ergehen: Alle vom Kapital Abhängige **vereinigt euch!**

Peter Panter aus dem Osten

Venezuela:

Der neoliberale Koloss ist verwundbar



Vorliegendes Buch ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens wurde es – vom Venezuela-Besuch des Kollektivs p.i.s.o. 16 im September

2004 bis zum Erscheinen zwei Monate später – in kürzester Frist erarbeitet und ist daher hochgradig aktuell. Zweitens wurde es dem Tempo zum Trotz nicht „hingehauen“, sondern stellt ein wohl-erwogenes Ganzes dar, das gleichermaßen kompakt und locker gefügt ist. Das Letztere wird wesentlich durch wechselnde Aufeinanderfolge eigener Darstellungen, von Interviews und Auszügen aus Dokumenten, so der auf Mitbestimmung der Massen im demokratischen, „bolivari-anischen Prozess“ gerichteten 1999er Verfassung, bewirkt. Drittens ist das

Buch konkret und kritisch. Es vermeidet überflüssige Wiederholungen und Floskeln, weist entgegen anderen Neuerscheinungen wenig Druckfehler auf und ist gut lesbar.

Die Einleitung birgt einen historischen Abriss seit Simón Bolívar, unter dessen militärischer Führung es der weißen, kreolischen Oberschicht latein-amerikanischer Kolonien Spaniens in den Kriegen 1810-1821 gelang, das spanische Joch abzuschütteln. Ungelöst blieben die soziale Frage, das Verhältnis zwischen der Oberschicht und den spanisch-indianischen und indigenen Massen, sowie das Problem der ebenfalls von Nationalheld Bolívar angestrebten, aber unerreicht bleibenden kontinentalen Einheit auch als Gegen- gewicht zum – damals potentiellen – neuen Herrn USA. Die skizzierte Abfolge korrupter Diktaturen in Venezuela rührte aus dem Fortwirken dieser Widersprüche her, die durch enorme Erdölfunde, deren Abbau und die Vernachlässigung der meisten anderen Wirtschaftszweige im Land verschärft

und modifiziert wurden. Unter einem konservativ-sozialdemokratischen Kompromissregime setzte sich, vorangegangene wirtschaftliche Krisen und den Ölpreisverfall nutzend, ab 1989 auch hier der Neoliberalismus durch. Das Schwergewicht der Darstellung liegt bei den Vorgängen seit 1998, der Reaktion von links auf das raubtierkapitalistische Wirtschafts- und Regierungssystem. Unter Hugo Chávez, der als erster von unten kommender und nichtweißer Politiker Venezuelas mit 56,5 Prozent der Stimmen Präsident geworden war, wurde ein progressives Reformprogramm in Angriff genommen, das im momentanen Geschichtsablauf seinesgleichen sucht. Bei dessen Realisierung stützt sich Chávez einestils vor allem auf die bürgerlich-demokratische Sammelpartei Movimiento Quinta Republica (Bewegung Fünfte Republik), andernteils auf die Massen in den riesigen Armenvierteln (Barrios) der Städte, besonders von Caracas, in denen sich seit Mitte der 90er Jahre starke neue linke Strukturen

herausbildeten. Mit ihrer Hilfe gelang es dem Präsidenten und seinen Anhängern, den Verfechtern des Neoliberalismus standzuhalten, wichtige Reformvorhaben ins Werk zu setzen und mehrjährige Vorstöße der Oberschichten, die Regierung zu stürzen, zurückzuschlagen.

In vier Kapiteln befassen sich die Autoren mit Folgendem: Mit Zuständen in den Barrios und den vielfältigen politischen und kulturellen Aktivitäten eines Großteils ihrer Bewohner; mit der Tätigkeit von der Regierung berufener Misiones, die der Verwirklichung eines umfassenden sozialen, z. T. auch wirtschaftspolitischen Programms von medizinischer Grundversorgung, Beseitigung des Analphabetismus, Bildung, Weiterbildung und Berufsbildung der Massen bis zum Aufbau von Kooperativen in Land und Stadt dient, mit deren Hilfe die Ernährung Venezuelas aus eigener Kraft und eine Rückkehr zu wichtigen handwerklichen Produktionen gesichert werden soll; mit dem Ringen um Kontrolle über die Erdölindustrie sowie Herausbildung und Aufschwung des Gewerkschaftsverbandes Nationale Arbeiterunion (UNT), der erfolgreich mit der sozialdemokratisch orientierten, an regierungsfeindlichen Aktionen und Quertreibereien beteiligten Konföderation der Arbeiter Venezuelas (CVT) konkurriert; mit dem Kampf gegen den Großgrundbesitz, welcher gleichermaßen ein Hort politischer Reaktion wie Garant fortwährender landwirtschaftlicher Rückständigkeit ist, und für demokratische Landverteilung an Werktätige aus den Barrios, die den Boden mit moderneren Mitteln bearbeiten könnten. Die Autoren sind um exakte Darstellung nicht allein der Vorgänge, sondern auch der in diesen zutage tretenden Widersprüche bemüht. Letztgenannte bestehen unter Anhängern der „bolivarianischen Revolution“ zwischen den aufs bürgerlich-parlamentarische System fixierten Partei- und Regierungskreisen einerseits, den außerparlamentarisch aktiven, auf rätedemokratische Strukturen drängenden Organisationen der Massen andererseits. Auch für Einwohner der von Segnungen sozialen Kahlschlags nach Rezepten Maggie Thatchers und der Schröder, Fischer & Co. betroffenen Weltmetropolen dürfte das Faktum interessant sein, dass in Venezuela medizinische Betreuung (größtenteils durch kubanische Ärzte) und Bildung für Arme kostenlos sind und Studenten aus dem Volk Stipendien erhalten, statt Studiengebühren zahlen zu müssen.

Ein weiteres Kapitel informiert über die Medien. Für Presse, Fernsehen und Rundfunk in den Händen der Ober-

schicht sind das Verschweigen wesentlicher in- und ausländischer Tatbestände, kombiniert mit Verdrehungen und Lügen über sie zu dem Zweck charakteristisch, das Volk dumm und gehorsam zu erhalten. Doch entstand ihnen gegenüber ein System aus Freien Radios, Internetseiten, Flugblättern und einer hier leider nur in abgekürzter Form als „VEA“ erwähnten neuen Tageszeitung, das wirksamer als die zwei regierungsnahen FS-Stationen gegen die neoliberale Reaktion angeht. 2002/03 erwies es sich bei Putsch und Unternehmerstreik gegen Chávez als stark genug, um in kürzester Frist die Massen zu mobilisieren, damit sie die Reaktion in die Schranken wiesen.

Das vorletzte Kapitel gilt ANROS, einem auch im beigegebenen Glossar nicht näher bezeichneten Verband von Chávez-Anhängern, dessen Hauptanliegen höhere Einflussmöglichkeiten der Basisbewegungen auf staatliche Entwicklungsprogramme besonders der Misiones sind. Im Interview mit Organisationssprecher German Ferrer und dem Koordinator von „Red Social Guayana“ (mit „Guayana“ ist der Osten Venezuelas, nicht der genauso benannte souveräne Staat gemeint; M. B.), José Guariguata, wird neben klaren Vorstellungen führender VertreterInnen der „bolivarianischen Revolution“ manche Ungereimtheit erkennbar. So lobt Ferrer den Slogan von Präsident Chávez: „Um das Problem der Armut zu lösen, muss den Armen mehr Macht gegeben werden“ (S. 126), der hochherzig sein mag, aber dem Grundsatz widerspricht, die Armen müssten – im Bund mit anderen Volksschichten – selbst die Macht erobern und ausüben. Seltsam mutet auch die Äußerung Guariguatas an, es gehe um die „Vereinigung der Ideen und Träume aus den 60er Jahren“, wenn es sich dabei um ein Amalgam aus Mai 1968 in Paris, der Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings, der Hippie-Bewegung, dem Zweiten Vatikanischen Konzil und der maoistischen „Kulturrevolution“ handelt. (S. 135) Hier wird Unvereinbares zusammengewürfelt, das in dieser Mixtur Schaden statt Nutzen stiften dürfte.

Inhalt des letzten Kapitels sind vor allem ein weiteres Interview mit Ferrer, eines mit dem ehemaligen Bürgermeister von Caroni, Clemente Scotto, und eins mit den anarchistisch orientierten Aktivisten Ronald Denis und Antonia Cipallone. Daraus geht hervor, dass sich die größtenteils immer noch im Land dominierende, vorwiegend mit Erdöldollars unterhaltene Korruption, die

„Seilschaften“ auch von Parteien der Chávez-Anhänger, Kontrolle „von oben“ aus dem Präsidentenpalast und Befehlsstrukturen des Militärs – das in Venezuela überwiegend auf Seiten der Regierung steht – hemmend auf Basisinitiativen und soziale Reformen auswirken. Denis vermerkt, nach Chávez' Wahlsieg hätten sich die ihn unterstützenden Parteien in klientelistische, d. h. auf Posten und Einfluss für durch sie repräsentierte Gesellschaftsschichten ausgehende Gebilde verwandelt, die den Entwicklungsprozess im Land durch Verhandlungen mit ökonomisch dominierenden Sektoren und den USA zu neutralisieren bestrebt sind. Andererseits versuchten die Volksbewegungen, auf Basis in den letzten drei Jahren errungener politischer Siege eine neue Gesellschaft zu errichten. (S. 158)

Denis propagiert die Ausweitung der Volksmacht, insbesondere durch einen Kongress der linken Bewegungen, der sich zur Gegenmacht gegenüber den Herrschenden entwickelt. Sozialismus allein in Venezuela würde genau wie anderswo zum totalitären Staat führen. „Die einzige Art, einen Sozialismus aufzubauen, wäre auf Grundlage libertärer Ideen und bedürfte der Ausdehnung des Prozesses weit über die Grenzen von Venezuela hinaus... Der venezolanische Prozess hängt von der lateinamerikanischen Rebellion ab.“ (S. 161 f.)

Skeptiker mögen einwenden, dass das noch gute Weile haben wird. Angesichts der imperialistischen Übermacht von heute ist der Einwand berechtigt. Doch demonstrieren die Linken Venezuelas und manche von der Regierung durchgesetzte Reform, dass es möglich ist, dem neoliberalen Koloss entgegenzutreten und ihm Verletzungen zuzufügen. Für Linke in anderen Ländern, auch der Bundesrepublik, könnte das Ansporn zu eigenem Tun sein, wobei es nicht um bloßes Nachahmen, wohl aber um Richtung, Entschiedenheit und Nachhaltigkeit des Auftretens geht. Informative Schriften wie die vorliegende können nützlich sein. Das Autorenkollektiv ist exzellent. Warum es sich hinter einer für Laien unverständlichen, vielleicht gar absatzschädigenden Abfolge von Buchstaben nebst Zahl verbirgt, bleibt unerfindlich.

Fred Wilm

Kollektiv p.i.s.o. 16: „Venezuela. Welcome to our Revolution. Innenansichten des bolivarianischen Prozesses.“ Gegen den Strom, München 2004, 169 Seiten, 10,- Euro

Michael Schumann: Mehr als ein Parteisoldat der PDS

Zusammen mit seiner Frau starb Michael Schumann am 2. 12. 2000, knapp 54jährig, infolge nicht verschuldeten Autounfalls. Die PDS verlor mit dem Mitglied des Bundesvorstands, innenpolitischen Fraktionssprecher im Brandenburger Landtag und Kuratoriumsvorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung einen ihrer loyalsten und populärsten Genossen. Erinnerungen hat er nicht hinterlassen. Wolfram Adolphi, vormals PDS-Landesvorsitzender in Berlin und seit 1992 Redakteur von „Utopie kreativ“, unternahm den – wie er schreibt – ersten Versuch, „das Wirken eines der führenden Mitglieder dieser Partei mit einer... kommentierten Herausgabe von Reden, Aufsätzen und Entwürfen nachlesbar zu machen und würdigend in die Gesamtentwicklung der Partei einzuordnen“. (S. 11) Das gelang – auch dank kenntnisreicher Erläuterungen seinerseits.

Im Vorwort stellt er die Biographie des am 24. 12. 1946 in Zella-Mehlis geborenen Werkmeistersohnes Schumann zur DDR-Zeit dar. Sie weist mit den Stationen Abitur und Facharbeiterbrief 1965, Philosophiestudium an der Leipziger Karl-Marx-Universität bis 1970, SED-Beitritt 1967, dann Parteiorganisator des jeweiligen Studienjahrs, Assistententätigkeit an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ in Potsdam-Babelsberg, zwischendurch 1970/72 Grundwehrdienst bis zum Unteroffiziersrang, 1979 Promotion, 1983 Dissertation B und 1986 Ordentliche Professur, Lehrstuhlleiter und Sekretär der SED-Grundorganisation keine Unebenheiten auf. Allerdings lehnte 1974 das Institut für Gesellschaftswissenschaften in Berlin seine Zulassungsarbeit zur Aspirantur ab. Warum, hat der Herausgeber nicht ermitteln können. 1988 tritt Schumann mit Juraprofessor Michael Benjamin darüber, ob soziale Sicherheit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bewirkt, wie dieser meinte, oder ob dazu nicht auch Demokratie erforderlich ist. Das Krisen-

jahr 1989 wühlte den Philosophen so auf, dass er am 18. 11., bei der wohl letzten öffentlichen SED-Kundgebung, auf dem Platz der Nationen zu Potsdam Parteichef Krenz harsch kritisierte, weil der die Parteierneuerung verzögere. Neun Tage später wählte die Grundorganisation der Babelsberger Akademie Schumann gegen andere Kandidaten zum Delegierten für den Außerordentlichen SED-Parteitag. Diesem trug er am 16. 12. 1989 ein Referat vor, dass unter dem vom ND formulierten Titel „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ Geschichte machte. Es stellt den ersten und wichtigsten Text im Buch dar.

Schumanns Darstellung der Vorgeschichte dieser Rede hat Adolphi mit beigegeben. Demnach wurde sie von einer Gruppe Parteiarbeiter und Wissenschaftler unter Heinz Vietze, dem neuen SED-Bezirkssekretär in Potsdam, entworfen, war Markus Wolf in dieser Gruppe der „spiritus rector“. (S. 97) Schumann kam auf einen Anruf Vietzes hin dazu, steuerte Korrekturvorschläge bei und wurde von der Gruppe als am besten für den Vortrag geeignet nominiert. Seiner Meinung nach gehörte das Referat zu den Parteitagsergebnissen, welche „die Transformation der zusammenschmelzenden Staatspartei zu einer demokratischen sozialistischen Partei wesentlich beförderten“. Er übt im Nachhinein Kritik daran, dass eine tiefgründige Analyse historischer und sozialer Wurzeln des „realsozialistischen“ Herrschaftssystems fehlt. (S. 100 f.) Gleichwohl ist das Referat die beste Darlegung über das „bürokratisch-zentralistische Regime“ (S. 42), die SED und PDS zustandegebracht haben. Den Abschluss bilden Maßnahmen zur Wiedergutmachung an den Opfern und zur Überwindung der Folgen des Stalinismus.

Mittels weiterer Texte und deren Kommentierung verdeutlicht der Herausgeber, dass und wie es in dieser Frage in der PDS zum Konflikt kam. Er war dem Bestreben einer 1989

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 146 Winter 2004, 44 S.

- Der große Raubzug
 - Wetzels Innovation der Tarifpolitik
 - Unsere Jahreskonferenz 2004
 - Generalangriff des Kapitals
 - Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag
 - Der Ruf nach dem archaischen Kämpfer
- Nr. 145 Herbst 2004, 40 S.

- Angriff auf die Tarifverträge
- Kuba in Gefahr
- Kuba und die Linke
- Zur Diskussion über die neue Partei
- Die angestrebte Abwahl des Berliner Senats

• Rote Hilfe (Rezension)

Nr. 144 Sommer 2004, 40 S.

- Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?
- Zur Perspektiven sozialistischer Revolutionen
- Sozialistische Revolution/subjektiver Faktor
- Bildung (noch) für alle?
- Die Thalheimers (Rezension)
- 1923 Die abgesagte Revolution (Rezension)

Nr. 143 Frühjahr 2004, 40 S.

- Panik bei der SPD Nomenklatura zeigt Wirkung
 - Tarifabschluß Metall
 - Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus
 - Streiks im Wintersemester
 - PDS im politischen Wechselbad
 - Einkommensverteilung in der BRD
- Nr. 142 Winter 2003, 44 S.
- Gerster: Der neolibérale Sonnenkönig
 - Zur Gründung einer neuen Linkspartei
 - Gewerkschaften am Scheideweg
 - Die Klassenoffensive des Sozialabbaus
 - Oktober 1923: Eine Legende wird 80
- Nr. 141 Herbst 2003, 44 S.
- Die Niederlage (zum Streik im Osten)
 - PDS - Triumph der „Reformlinken“
 - GATS - Weltrecht des Kapitals
 - Der Putsch in Chile vor 30 Jahren
 - China - gestern und heute

Nr. 140 Sommer 2003, 40 S.

• Die alte Sozialdemokratie ist tot

• Steht die PDS vor dem Aus?

• Nach dem Irakkrieg

• Der bittere Weg der POUM

• Um den 17. Juni 1953

Tarifabschluß im öffentlichen Dienst

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

schweigenden, jetzt gegen den damaligen Parteikonsens aufbegehrenden Gruppe geschuldet, die – durch die „Weißenseer Blätter“, eine ND-Redakteurin und zwei ehemalige Politbüromitglieder unterstützt – das Rad gern zurückgedreht hätte. Schumann hielt am Konsens fest und trat weiter für eine demokratisch-sozialistische Partei ein. Gemeinsam mit der Vorstandsmehrheit neigte er zeitweise zur Bagatellisierung prosozialistischer Tendenzen.

Andere Buchschwerpunkte sind Auseinandersetzungen um ehemalige IM-Tätigkeit von PDS-Funktionären für die Stasi (wobei Schumann Offenlegung der Partei gegenüber forderte), Polemik gegen antikommunistische Fälschungen und die pauschale Verurteilung von DDR-Geschichte, Einsatz für den demokratischen Verfassungsstaat und wider die von BRD-Gewalten erzeugte Rechtsunsicherheit zu dem Zweck, weitere Repression zu legalisieren, Kampf gegen wachsenden Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Exzesse.

Im Spätherbst 1994 beteiligte sich Schumann am Hungerstreik führender PDS-Politiker gegen den Versuch, die Partei mit Hilfe einer ungerechtfertigten Steuerforderung von 67,5 Mill. DM für nie bezogene Einnahmen zu strangulieren. 1997 entwarf er eine Vorstandsstellungnahme dazu, dass als einziges Staatsoberhaupt in Deutschlands Geschichte Egon Krenz von einem deutschen Gericht wegen Ausübung seiner Hoheitsgewalt verurteilt wurde. Zur altbundesdeutschen Argumentation, man wolle „Fehler“ bei der juristischen (Nicht-)Verfolgung der NS-Täter nun im Umgang mit „DDR-Tätern“ nicht wiederholen, bemerkte er treffend: „Es handelt sich nicht um ‚Fehler‘. Die Schonung und Integration von NS-Verantwortlichen waren Bestandteil des Gründungskonsenses der Bundesrepublik-Alt. Der Staat, der dem Nachfolger Hitlers (Großadmiral Karl Dönitz; B. M.) bis an sein Ende die Admiralspension zahlte, dessen Justiz ungezählte Großverbrecher in deutschen Uniformen und Roben unbehelligt ließ, bringt den Nachfolger Honeckers hinter Gitter. Das ist der Gründungskonsens der Bundesrepublik-Neu.“ (S. 206)

Der PDS-Spitze war Schumann ein treuer Parteisoldat, auch als sich

Gysi, Bisky und Brie schon weit vom gültigen Programm entfernt hatten und die „Hoffnung PDS“ verloren ging. Er rechtfertigte (mit Argumenten, die mäßig waren) das Drängen der Führer auf ein neues, der „Moderne“ verpflichtetes nichtsozialistisches Programm und ihren Vorstoß zur möglichen Billigung von Bundeswehr-Kriegseinsätzen dann, wenn der UNO-Sicherheitsrat sie beschloss und die Parteiobere sie „geprüft“ hätten. Die Begründung eines entsprechenden Leittrags an den Parteitag in Münster besorgte am 8. 4. 2000 Schumann. Sie war im Gegensatz zum 89er Stalinismusreferat apologetisch, gewunden und konfus. Der Vorstand, hieß es, sei weiter gegen Kriegsabenteuer. Unterstellungen, er wolle „Beschlüsse zum Einsatz militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen“ durchpauken, müssten zurückgewiesen werden. Doch dürfe sich keine Situation wie im Vorjahr (beim ersten Krieg gegen Serbien seit Hitlers Überfall 1941; B. M.) wiederholen, als statt der UNO die NATO bestimmte. „Die Verteidigung der Vereinten Nationen und des Völkerrechts als zivilisatorische Errungenschaft ist ein überragendes politisches Gebot.“ (S. 171) Es schließe unbedingte Einhaltung der UNO-Charta samt des Kapitels VII ein, das Militäreinsätze durch den Sicherheitsrat als einzig hierzu befugter Instanz regelt. Gleich anderen PDS-Diskutanten ließ Schumann zwei Tatsachen außer acht: dass sich die UN samt Weltsicherheitsrat längst von den nach 1945 geltenden Prinzipien gelöst, und dass seit Ende der UdSSR fast ausschließlich imperialistische Mächte, vor allem die nun einzige Supermacht USA, den Kurs bestimmen. Damit ist die ursprüngliche Geschäftsgrundlage für „erlaubte“ Kriege geschwunden. Als schlichtweg falsch erweist sich die auch von Schumann vorgenommene Gleichsetzung einer Ablehnung von Kriegen mit UNO-Mandat mit dem Nein zum Recht der Völker auf Selbstverteidigung gegen Aggression und Abwehr von Unterdrückungsmaßnahmen. (S. 171) Selbstverständlich gilt dieses Recht weiter.

Sylvia-Yvonne Kaufmann und der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow hatten vor dem Parteitag Bedenken gegen den Leittragsvortrag. Beim Kongress bekräftigte Kaufmann den Standpunkt fort dau-

ernder Gegnerschaft zu allen Kriegseinsätzen in einer Weise, die dazu beitrug dass die Delegiertenmehrheit den Antrag ablehnte. Das löste besonders bei Bundestagsfraktionschef Gysi Verdruss aus. Herausgeber Adolphi aber war noch 2004 so über das Parteitags-Nein zum Willen der Führung betroffen, dass er Schumann nachsagte, dies im gleichen Maße gewesen zu sein. Im Vorwort unterstellt er, dessen Niederlage in Münster habe der 1989er Absage an den Stalinismus gegolten. (S. 30 f.) Die im Text wiedergegebene Parteitagsrede und ihre Kommentierung durch Adolphi selbst erhellt, dass diese Deutung falsch ist.

Es ist müßig, darüber zu rätseln, wie sich Michael Schumann heute zu damaligen Problemen verhalten würde. Er war weder so wendig wie Gysi noch ein Widersprüche verkleisterner Taktiker wie Bisky. Schumann diente als Parteisoldat, war aber nicht nur das. Texte in diesem Band, darunter Passagen seiner Arbeiten fürs „Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus“, zeugen von dem wissenschaftlichen Ernst, mit dem er überwiegend an Fragen heranging. Die PDS-Entwicklung zur staats- und systemkonformen Partei war weit fortgeschritten, als er starb, hatte aber noch nicht den heutigen Tiefstand erreicht. Beachtlich ist seine Warnung von 1993: „Aber wenn wir es nicht schaffen, ein Stück weit anders zu bleiben, als die anderen Parteien sind und die SED war – mit ihren gnadenlosen internen Machtkämpfen, der Atmosphäre eines Schlangennestes, in dem keine Charaktere, sondern Charaktermasken wuchsen -, dann werden wir zu ihrem Duplikat und völlig unfähig, politische Alternativen zu verkörpern, geschweige denn durchzusetzen.“ (S. 83) Dem Philosophen Schumann wäre zuzutrauen gewesen, dass er die eigene Warnung zu gegebener Zeit berücksichtigt hätte.

Bruno Mander

Wolfram Adolphi (Hrsg.): **Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000.** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte Band 12. Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, 283 Seiten

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 6,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 2,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 2,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 2,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 2,00 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU (z. Zt. vergriffen) 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,50 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 10,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
 € 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

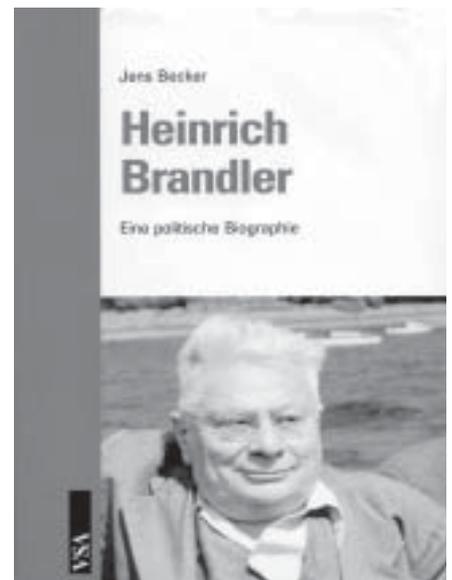
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema unzähliger Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

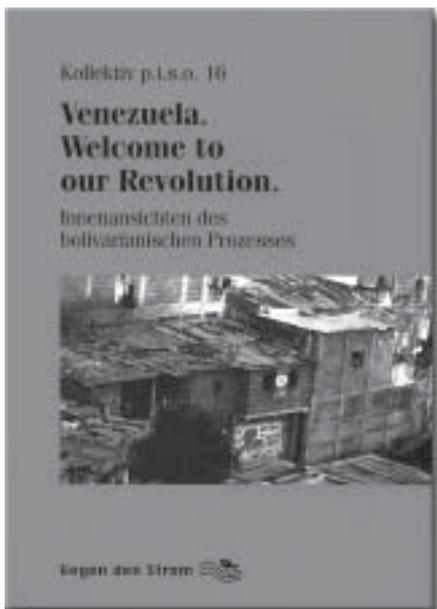
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
 € 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
 Schwanthalerstraße 139
 80339 München
 gds-verlag@gmx.de

oder:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg



624 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg